Peinliche Possen um Hindenburg S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 11 – 16. März 2013

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt





„Vorwärts" zu mehr Umverteilung: Die Frage ist nur, wer Profiteur der SPD-Pläne ist

Bild: pa

Verlogene Propaganda

SPD will mehr Geld von den Deutschen – doch sie verschweigt, wofür

Von wegen „sozial": Die Steuererhöhungspläne der SPD sind nur eine weiterer Winkelzug im „größten Raubzug der Geschichte".

Das Wahlprogramm der SPD ist vor allem von einem roten Faden durchzogen: Die Sozialdemokraten wollen Steuern erhöhen. Bestärkt fühlen sie sich durch den neuesten „Reichtums- und Armutsbericht", der eine drastische Ungleichverteilung der Vermögen in Deutschland offenbart habe.

Neben einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes setzen Steinbrück und Co. auf eine neue Vermögensteuer oder eine „zeitlich befristete Vermögensabgabe". Damit sollen die „Reichen" stärker „in die Pflicht für die Solidargemeinschaft genommen" werden.

Einen anderen „Reichtumsbericht" übersehen die Sozialdemokraten geflissentlich bei ihren Umverteilungsphantasien. Er liegt derzeit bei der Bundesbank und bleibt, wie die „FAZ" vermutet, vorerst unter Verschluss, weil er als „zu brisant" gilt.

Im Auftrag der EZB haben die nationalen Notenbanken der Euro-Zone den „Reichtum" ihrer Bürger gemessen und sind dabei zu erstaunlichen Resultaten gelangt. Die Ergebnisse zu Österreich und Italien sind bereits öffentlich. Danach liegt das mittlere Nettovermögen der italienischen Haushalte (die eine Hälfte ist ärmer, die andere reicher, Schulden abgezogen, Stand 2010) bei 164 000 Euro, das der österreichischen dagegen nur bei 76 000. Fachleute gehen davon aus, dass die Vermögenslage der privaten Haushalte in der Bundesrepublik in etwa auf dem österreichischen Niveau liegt. Hinzu kommt, dass das mittlere Vermögen der Italiener seit 1991 um 56 Prozent gewachsen ist, selbst in der Krise 2008 bis 2010 um jährlich fünf Prozent. Im Falle der Deutschen gehen die Experten davon aus, dass das mittlere Vermögen seit 1991 bestenfalls stagniert hat.

> Deutsche sollen zahlen, obwohl Italiener viel reicher sind

Nun also fordert die SPD höhere Steuern und Abgaben für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Um für mehr sozialen Ausgleich in Deutschland zu sorgen, behaupten die Sozialdemokraten. Was sie verschweigen: Im Rahmen der „europäischen Solidarität" in der Euro-Krise geht Deutschland gigantische Zahlungsverpflichtungen ein, um vor allem ausländische Banken zu „retten" und faule Kredite jenseits der Grenzen zu bedienen. Geradestehen müssen dafür die deutschen Steuerzahler.

Auch Italien rückt zunehmend in die Nähe der „Rettungsschirme". Und besonders die SPD drängt die Deutschen zu noch mehr „europäischer Solidarität", also Zahlungsfreude. Genau dafür aber würden langfristig die Erlöse weiterer Steuererhöhungen verwendet werden müssen und nicht für die Armen hierzulande. Mit anderen Worten: Die Genossen wollen den Deutschen noch mehr von ihren stagnierenden Privatvermögen abknöpfen, um die Vermögen weitaus reicherer Nachbarn und milliardenschwerer Finanzjongleure zu schützen. So erscheint das SPD-Programm nur als weiterer Winkelzug im „größten Raubzug der Geschichte". *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Doppelmoral

Das Brandunglück von Backnang ist tragisch und erschütternd. Als Ursache gilt ein technischer Defekt, weil es keine Hinweise auf Fremdverschulden und erst recht nicht auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund gibt. Doch weil es sich bei den Opfern um Türken handelt, bekommt der Fall eine politische Dimension. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmer beeilte sich, höchstpersönlich am Unglückort zu erscheinen – ganz so, als ob er sich als Regierungschef für irgendetwas zu entschuldigen hätte. Dem ist aber nicht so. Backnang ist nicht Solingen oder Mölln, wo feige Täter wehrlose Menschen in ihrem Heim verbrannt haben. Es hätte genügt, wenn er seine Betroffenheit ausgedrückt hätte – so und nicht mehr, als er es wohl im Falle deutscher Brandopfer getan hätte.

Für die türkische Regierung zählen die ohnehin tragischen Fakten wenig. Sie arbeitet lieber weiter an der Vergiftung der sowieso schon komplizierten deutsch-türkischen Beziehungen, indem sie eine umfassende Untersuchung der „wahren Ursachen" fordert. Damit unterstellt sie unterschwellig einen fremdenfeindlichen Hintergrund des Brandes und zugleich den deutschen Behörden, etwas zu verschleiern. Darüber könnte man mit Rücksicht auf die Trauer, die in der Türkei verständlicherweise herrscht, hinwegsehen, wäre da nicht der Fall Onur U., einer der mutmaßlichen Totschläger vom Alexanderplatz. Der hat sich in die Türkei abgesetzt, wo er unbehelligt von den Behörden lebt. Der Verdacht drängt sich auf, dass diese ihn decken, um ihn vor einer Auslieferung und einer Verurteilung in Deutschland zu bewahren. Diese Doppelmoral Ankaras ist mehr als befremdlich.

Abrechnung mit Steinbrück

Finanzministerium arbeitet Schuldenkrise auf

Das ohnehin schon stark angekratzte Renommee des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück als Finanzfachmann erhält weitere Kratzer. Eine Aufarbeitung der eigenen Verantwortung bei der Entstehung der globalen Finanz- und Schuldenkrise durch das Bundesfinanzministerium, aus der die „Wirtschaftswoche" zitiert, ist quasi nebenbei zu einer Abrechnung mit zwei ehemaligen Hausherren geworden: mit Hans Eichel (SPD), Finanzminister von 1999 bis 2005, und mit seinem Nachfolger Peer Steinbrück, der das Amt von 2005 bis 2009 innehatte. Eine Auflistung von „Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung" macht auch deutlich, was in der Zeit nach der Jahrtausendwende im Finanzministerium immer mehr um sich gegriffen hat: der Geist der Deregulierung, der Entfesselung der Finanzmärkte. Das jedoch ist das genaue Gegenteil von dem, mit dem der SPD-Kanzlerkandidaten nun bei den Wählern punkten will.

> Warnungen wurden einfach ignoriert

Dies ist aber nicht der einzige Fakt, der an der Wirtschaftskompetenz des damaligen Finanzministers Steinbrück ernste Zweifel aufkommen lässt. Steinbrück war ebenso für eine schwache Bankenaufsicht verantwortlich. Damit nicht genug, selbst als es bereits deutliche Warnsignale gab, hat Steinbrück sie nicht zur Kenntnis genommen. Warnende Berichte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) über die angeschlagene Hypo Real Estate Holding im Jahr 2008 scheint er nicht einmal gelesen zu haben. Nur wenig später war das Desaster um die Bank allerdings nicht mehr zu übersehen, die Hypo Real Estate Holding musste mit Milliarden an Steuergeldern vor dem Kollaps bewahrt werden. Am Image Steinbrücks als Finanzfachmann hat sich durch dieses Versagen damals nichts geändert. *Norman Hanert*

Vielversprechender Start

Neue Partei »Alternative für Deutschland« erhält großen Zuspruch

Der Gründungsvorstand der neuen Partei „Alternative für Deutschland" (AfD), die am 6. Februar bereits gegründet wurde, ist vom großen Zuspruch, den die junge Partei allein in den letzten Tagen erhalten hat, überwältigt. Aus ganz Deutschland erhalten Bernd Lucke, Konrad Adam, Alexander Gauland, Joachim Starbatty und Beatrix Storch tausendfach Lob für ihr Engagement. Da die junge Partei, die im Herbst zur Bundestagswahl antreten will und aus der Bürgerbewegung „Wahlalternative 2013" hervorgegangen ist, die Abschaffung des Euro fordert, schießen sich bereits einige Medien auf sie (siehe Seite 24) ein.

Sachlich berichtete hingegen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", der ehemalige Arbeitgeber von Adam, von der Parteiveranstaltung in Oberursel bei Frankfurt am Main.

> »Politik lebt von Alternativen«

Die „FAZ" informierte, dass die Veranstaltungshalle bis auf den letzten Platz belegt war und somit 1200 Besucher den Worten der Redner lauschten. Diese kritisierten die von der Regierung als alternativlos bezeichnete Euro-Rettungspolitik, schließlich lebe Politik von Alternativen. Damit die junge Partei, die am 14. April in Berlin ihren Gründungparteitag hat, auch wirklich bundesweit zur Wahl am 22. September antreten kann, bedarf sie allerdings noch zahlreicher Unterstützer. Bis jetzt hat die AfD 2000 Mitglieder. Sie benötigt aber in jedem Bundesland 2000 Unterschriften. Doch der Volkswirtschaftler Lucke ist überzeugt, dass die gebrochenen Versprechungen der Volksparteien der AfD Unterstützer zutreibt. „Man muss den Wählern doch geradezu jetzt eine Gelegenheit geben, sich von den wortbrüchigen Parteien abzuwenden, sonst ist Demokratie als Volksherrschaft gar nicht möglich", sagt er im Interview mit der *PAZ*, das in der nächsten Ausgabe zu lesen ist. *Bel*

Zwischenruf

Gier!

Unter dem Stichwort „Gier“ wird in dieser Republik eine Kampagne gegen die Bezahlung der Vorstandsmitglieder großer Konzerne sowie gegen die Vergütung und Boni der oberen Ebene der Investmentbanker geführt. Die Debatte ist von Scheinheiligkeit und selektiver Wahrnehmung geprägt. Die Wortführer dieser Diskussion wollen bei den Menschen im Lande als Gutmenschen wahrgenommen werden; alle, die hier nicht lautstark mitmachen, werden als die Beförderer der Gier im Lande stigmatisiert.

Keine Frage, die Vergütung einer bestimmten Schicht der Investmentbanker ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Wenn die Leitung der Großbanken hier nicht gegensteuert, ist der Gesetzgeber gefordert. Zu beachten ist, dass dieses Problem weltweit auftritt, also nicht nur bei uns in Deutschland. Das erschwert die Lösung enorm.

Die Kritik an der Bezahlung der Vorstände der Dax-Konzerne ist dagegen eine Neid-Kampagne. Sicherlich verdienen die Damen – es

Die Neiddebatte wird sehr einseitig geführt

sind nur wenige – und Herren sehr sehr viel. Aber wo ist das Problem? Solange es den Unternehmen gut geht, werden nicht nur die Führungskräfte, sondern alle Mitarbeiter entsprechend entlohnt. Die Mitarbeiter der großen deutschen Autokonzerne erhalten nicht nur hervorragende Sozialleistungen, sondern auch 13 Monatsgehälter und zuzüglich einen Jahresbonus in Höhe von etlichen tausend Euro. Wir leben in einer Leistungsgesellschaft. Leistung soll sich lohnen.

Wenn man über Gier in unserer Gesellschaft reflektiert, müssten noch ganz andere Bereiche in den Blick kommen. Da wäre zu nennen, die Vergütung der Medienschaffenden bei ARD und ZDF, die Bezahlung der EU-Beamten, die EU-Agrarsubventionen, die kriminellen Machenschaften im Lebensmittelbereich und die Milliarden-Subventionen aus dem Bundeshaushalt. Die Aufzählung ist keineswegs vollständig. Die Dienstpostenbewertung in der höheren Beamtenlaufbahn ist korrekturbedürftig. Muss ein Samtgemeindebürgermeister einer Samtgemeinde mit 25 000 Einwohnern nach B3 wie ein Leitender Ministerialrat oder Regierungsdirektor bezahlt werden? *Wilhelm v. Gottberg*

Die Schulden-Uhr:

Weniger Neuschulden

Die Bundesregierung hat für das kommende Jahr eine geringere Neuverschuldung veranschlagt als geplant. In dem Etatentwurf für 2014 wird von 6,4 Milliarden Euro ausgegangen. Dies sei etwa die Hälfte weniger als im geltenden Finanzplan, heißt es aus dem Bundesfinanzministerium in Berlin. Ein Jahr später solle dann ganz auf neue Schulden verzichtet werden. Damit will der Bundesfinanzminister die Vorgaben der Schuldenbremse zwei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen einhalten. *M.R.*

2.069.282.697.053 €

Vorwoche: 2.068.756.528.215 €
Verschuldung pro Kopf: 25.235 €
Vorwoche: 25.229 €

(Dienstag, 12. März 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Brüssel wird zur Gefahrenzone

Immer mehr Juden verlassen wegen Übergriffen von Muslimen ihre traditionellen Stadtviertel

Das traditionsreiche jüdische Schulzentrum „Maimonides“ im Zentrum Brüssels hat 65 Jahre nach seiner Gründung unter einem immer aggressiver werdenden Antisemitismus muslimischer Prägung zu leiden. Ein Kippaverbot soll jüdische Kinder vor der Gewalt der Islamisten schützen.

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entstand auf Initiative des Direktors des Jüdischen Waisenhauses und Holocaust-Überlebenden Seligman Bamberger mit Unterstützung des Brüsseler Rabbiners Steinberg die jüdische Schule Brüssel. Sie sollte auch als Zeichen der Wiederkehr des jüdischen Lebens nach dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Besetzung errichtet werden. So entstanden 1947 zunächst eine Vorschule und eine Primarschule, ab 1959 wurde die Schule um einen Sekundarschulbereich erweitert.

Da die Schule neben den weltlichen materiellen Fächern auch einen Schwerpunkt auf die spirituellen Werte des Judentums und klassische Bildung legte, gab sie sich den Namen des großen Talmudgelehrten Maimonides. Den Namen Athenäum erhielt sie später dazu. Im Jahre 1965 machten die ersten Schüler an dieser Schule ihr Abitur und begannen mit ihrem Studium. Das jüdische „Athenäum Maimonides“ erlebte viele Umzüge in der Brüsseler Innenstadt, bevor es 1993 am Boulevard Poincaré seine endgültige Bleibe fand. Zum Jubiläum ihrer Gründung 1997 übernahm die Schule als Reverenz gegenüber ihrem Gründer auch den Namen Seligman Bamberger.

Rund 65 Jahre später kämpft die Schule ums Überleben. Denn die Gegend in Brüssel, in der die Schule liegt, das Stadtviertel Anderlecht in Sichtnähe zum Gare de Midi, hat sich im Lauf der vergangenen Jahre zu einem überwiegend muslimischen Stadtteil entwickelt. Gerade in den letzten Jahren haben hier die Delinquenz, der Islamismus und die Abkehr in eine Parallelwelt sehr stark zugenommen. Die Juden sehen sich hier immer stärkeren Anfeindungen ausgesetzt. Die Folge: Ein dramatischer Rückgang der jüdischen Bevölkerung und damit auch eine kaum lösbare Situation für die Schule. „Die Gegend hat eine zugewanderte Bevölkerung, die Juden nicht gerade positiv gesinnt ist“, meint Agnes Bensimon, eine Sprecherin der israelischen Botschaft in Brüssel, die selbst ehemalige Schülerin der „Maimonides“ ist. Schon seit Jahren gebe es in Anderlecht eine stetige Verschlechterung der Lebensqualität, was Sicherheit und Sauberkeit beträfe, erklärt auch der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Schule Jacques Wajc.

„Die Geschichte des Maimonides Schulzentrums ist die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft von Brüssel und ihres wachsenden Unbehagens“, erklärt Joel Rubinfeld, ehemaliger „Maimonides“-Schüler und Vize-Vorsitzender des Europäischen Jüdischen Parlaments, der Zeitung „Times of Israel“. An die Stelle der Juden wanderten in die Innenstadt Brüssels vor allem muslimische Immigranten aus Marokko und der Türkei ein. Jedes Mal, wenn die Spannungen im Nahen Osten steigen, wächst auch deren Antisemitismus. Der 8000 Quadratmeter große Schulkomplex reagierte mit der Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen, heute gleicht die Schule eher einer streng geheimen Militäranlage. „Maimonides“ hat keine Fenster, die Außenfassade ist mit Panzerplatten verstärkt. Besucher müssen durch eine Sicherheitsschleuse und werden von Wachleuten hinter Panzerglas beobachtet. Auch die Eltern reagierten auf die Verschlechterung der Sicherheitslage und schickten ihre Kinder auf andere Schulen. Die jüdische Schule verzeichnet immer weniger Anmeldungen. Die Schülerzahl sank von einst 600 auf heute 150. Derzeit belaufen sich die Schulden bei öffentlichen Stellen auf fast sechs Millionen Euro. Rund 100 jüdische Familien wohnten einst in der Brüsseler Innenstadt um den Südbahnhof und lebten vom Handel. Bis in die frühen 90er Jahre harrten ein paar Dutzend Familien aus, heute sind es nur noch drei. Schon dieses Jahr könnte die Schule schließen müssen. Um dies zu verhindern, wird nun ein Umzug in die Vororte der Stadt in Betracht gezogen. Dort gibt es jedoch bereits die jüdische Ganenou-Schule in Uccle und die Beth-Aviv-Schule in Forest. „Maimonides“ ist die letzte jüdische Schule im Zentrum von Brüssel, wo einst die meisten Juden gelebt haben. Das Viertel um den Gare du Midi wurde einst wegen der Dichte seiner jüdischen Bevölkerung „Klein Jerusalem“ genannt.

Die Schule ist wie eine Militäranlage gesichert



Gefahr durch Kippa: Kinder dürfen die religiöse Kopfbedeckung nicht mehr zur Schule tragen, da sie sie als Juden kenntlich macht und antisemitische Übergriffe drohen Bild: Patrick Sinkel/dapd

Vor allem seit dem Anschlag von Mohammed Merah auf die jüdische Schule in Toulouse mit vier jüdischen Toten im letzten Jahr ist die Angst vor dem radikalen Islamismus nordafrikanischer Prägung auch in Brüssel sehr stark gestiegen. Der Direktor hat damals seinen Schülern untersagt, außerhalb der Schule die Kippa zu tragen. Die Kippa ist ein Zeichen des Respekts gegenüber Gott. Damit war schon ein Fundament, das eine jüdische Schule ausmacht, nicht mehr gegeben. Auch das Verbot des Direktors, die Metrostation Lemonnier zu benutzen, die zum Sammelunkt des aggressiven muslimischen Antisemitismus in Brüssel geworden ist, hat zu einem Aufschrei in der jüdischen Gemeinde in der Hauptstadt der EU geführt.

Ähnliche Zustände wie in der Hauptstadt der EU gibt es auch in einigen Metropolen Frankreichs und Hollands. Besonders, wenn Juden als solche zu erkennen seien, beispielsweise an einer Kippa, könnten sie sich dort nicht mehr in bestimmte Gegenden wagen, so Rubinfeld: „Mit einer Kippa umherzulaufen, ist in vielen europäischen Städten gefährlich.“ *Bodo Bost*

Diskriminierung fortgesetzt

Türkei: Keine Fortschritte im Kampf um mehr Rechte für Christen

Das Kloster Mor Gabriel und der Mord an drei christlichen Buchhändlern in Malatya im Jahr 2007 gehörten zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten bei den Gesprächen zwischen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Ankara Ende Februar, an dem auch verschiedene spirituelle Führer der in der Türkei lebenden Religionen und Konfessionen teilnahmen.

Die Enteignung des Klosters Mor Gabriel im Bezirk Midyat in der südöstlichen Provinz Mardin durch das oberste türkische Gericht trotz mehrfacher Appelle der Kirchen und politischer Instanzen aus der ganzen westlichen Welt stand an erster Stelle bei den Gesprächen, wie die Zeitung „Hürriyet“ berichtete. Der Deutsche Bundestag hatte im Juni 2012 auf Vorschlag der Regierungsfraktionen CDU/CSU und FDP beschlossen, die Existenz des Klosters Mor Gabriel zu schützen. Bereits 2011 hatte der türkische Staatschef dem syrisch-orthodoxen Patriarchen Mor Ignatius Zakka Iwas während eines Besuches in der Türkei versprochen, die Angelegenheit des Klosters zur Chefsache zu machen, um das Problem im Sinne der syrisch-orthodoxen Gemeinde zu lösen. Geschehen war jedoch nichts.

Auf Anregung von Ümit Sahin, dem Generalsekretär des Evangelischen Kirchenbundes, wurde auch das Zirve-Massaker in Malatya von 2007 angesprochen, bei dem drei christliche Buchhändler von Islamisten auf grausame Art gefoltert und ermordet worden waren. Eines der Opfer war der Deutsche Tillmann Geske. Seine Witwe, Suzanna Geske, wollte als Zeichen der Versöhnung mit ihren Kindern in der Türkei bleiben und hatte deswegen einen Antrag auf Verleihung der Türkischen Staatsangehörigkeit gestellt. Dieser Antrag wurde jedoch bereits zweimal abgelehnt.

Selbst Merkels Anwesenheit erbrachte keine Zusagen

Der türkische Ministerpräsident versprach der Witwe jetzt, dass sich seine Berater mit ihrem Anliegen befassen würden. Weitere Themen waren die Eintragung der Religion in den türkischen Personalausweisen und die Frage der Rückgabe der Kirchenvermögen.

Auch das orthodoxe Seminar von Chalki auf der Insel Heybeliada stand auf der Tagesordnung. Das im Jahr 1844 eröffnete Seminar hatte sich als private Einrichtung der orthodoxen Kirche 1971 geweigert, sich der staatlichen Universität Istanbul einzugliedern, und war deshalb geschlossen worden.

Premierminister Erdogan machte die Wiedereröffnung dieses Seminars von zwei Bedingungen abhängig. Die eine ist der Bau einer Moschee in Athen sein. Er soll jetzt in Angriff genommen werden. Griechenland legt jedoch Wert darauf, dass diese Moschee ein Projekt aller griechischen Muslime sein wird und dass diese ihre Moschee ohne Hilfe aus der Türkei bauen sollen. Eine weitere Vorbedingung für die Wiedereröffnung des Seminars von Chalki dürften mehr Rechte der muslimischen Minderheit im griechischen West-Thrakien sein. *B.B.*

Rundumschlag

Moskau schränkt Religionsfreiheit ein

Im Kampf gegen den Terrorismus hat die russische Staatsduma in erster Lesung eine Gesetzesänderung verabschiedet, die die Religionfreiheit einschränken soll. Zwar richtet sich die Gesetzesnovelle in erster Linie gegen den Teil der Muslime, die nicht zum vom russischen Staat kontrollierten offizellen Islam gehören, sie wird aber Auswirkungen auf alle in Russland vertretenen Glaubensgemeinschaften haben.

In Zukunft dürfen religiöse Gemeinden nämlich nur noch Geistliche beschäftigen, die ihr Wissen in Lehranstalten erworben haben, die sich auf russischem Territorium befinden. Diese Vorgabe können weder katholische noch evangelische Gemeinden, deren Priester alle im Westen ausgebildet wurden, erfüllen, noch die jüdischen Gemeinden, deren Rabbis in Israel, den USA oder in Ungarn ihr religiöses Wissen erworben haben.

Künftig will der Staat mitentscheiden, wer in einer religiösen Gemeinde predigen darf und wer nicht. Maxim Schewtschenko, Mitglied beim Menschenrechtsrat des Präsidenten, kritisierte den Vorstoß heftig, indem er den Befürwortern der Gesetzesänderung vorwirft, die Folgen nicht bedacht zu haben. Er sieht darin eine repressive Methode und eine Diskriminierung gegenüber allen Muslimen. Nach Meinung des Experten spiele es überhaupt keine Rolle, wo jemand seine Kenntnisse erworben habe, sondern wichtig sei es, welchen politischen Standpunkt ein Religionsführer vertritt. Zudem sei es auch gar nicht möglich, das Ausbildungssystem mit „Polizeigesetzen“ kontrollieren zu wollen. Für wichtiger hält Schewtschenko eine Überprüfung des Wahhabitengesetzes von 1998, mit dem die radikalislamische Gruppe als terroristische Vereinigung verboten wurde. In der Folge führte dies zu viel Blutvergießen.

Novelle betrifft alle Glaubensrichtungen

Der Vorsitzende des Islamischen Komitees in Russland, Gajdar Dschemal, befürchtet einen Rückschritt in mittelalterliche Überwachungsmethoden. Die Gesetzesnovelle stünde in der jahrhundertealten Tradition russischer Zaren, bei der der Staat alle Konfessionen überwacht hatte. *MRK*

Neue Mauerlügen

Von Vera Lengsfeld

Seit dem 1. März gibt es wieder mal Aufregung in Berlin. Diesmal geht es um die Versetzung eines 20 Meter langen Stücks am westlichen Ende der „East-Side Gallery“, die im offiziellen Auftrag des Ministerrates der Noch-DDR am Spreeufer im Friedrichshain entstand und die es inzwischen zu einer weltweit beachteten Touristenattraktion gebracht hat.

Kurz nach dem Mauerfall haben 118 Künstler aus aller Welt einen 1,3 km langen Abschnitt der Berliner Mauer bemalt. Die Malereien verwitterten schnell, die Betonelemente der ehemaligen Hinterlandmauer eignen sich nicht gut als Malgrund. Außerdem waren die Bilder teilweise mit Graffiti überschmiert worden.

Vor wenigen Jahren hat die chronisch klamme Stadt die Malereien restaurieren lassen. Allerdings nicht alle, denn manche Künstler weigerten sich, sich an der Restaurierung zu beteiligen, weil die angebotene Bezahlung zu gering war. Manche verboten die Restaurierung ihrer Gemälde ganz. Die Ausstellung ist immer noch eindrucksvoll, obwohl leere Mauerstücke die Reihung immer wieder unterbrechen.

Als die O2-World gebaut wurde, ist schon einmal ein 45 Meter breites Mauerstück versetzt worden. Es steht jetzt auf dem ehemaligen Todesstreifen und die Besucher haben einen schönen Blick auf die Spree, deren Ufer wunderbar rekultiviert wurde. Dieser Durchbruch hat die Attraktivität des Ortes erhöht, weil in der Mitte der Gallery die Möglichkeit besteht, eine Pause auf der Spreewiese einzulegen.

Die nun begonnene und inzwischen wegen des Protests von 600 Demonstranten vorläufig eingestellte Versetzung weiterer Mauerstücke steht seit Jahren fest. Sie ist nötig, um den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Brommybrücke zu ermöglichen. Deshalb haben nicht nur das Landesdenkmalamt und die Obere Denkmalbehörde zugestimmt, sondern Stadtbezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) soll den Investor sogar verpflichtet haben, den Durchgang zu schaffen.

Das war den Demonstranten egal, die mit Honeckerbildern und SED-Sprüchen gegen die „Zerstörung“ des „letzten zusammenhängenden Stücks Mauer“ protestierten. Dabei steht die „East-Side Gallery“ nicht als Mahnmal für die einst tödliche Grenze, die fast 30 Jahre die Stadt auseinandergerissen hat, sondern für die neuen Möglichkeiten, die sich nach dem Mauerfall ergaben.

Der Weltöffentlichkeit erfolgreich zu suggerieren, Berlin würde sich seiner eigenen Geschichte entledigen wollen, was sogar (den ahnungslosen) David Hasselhoff in New York zum „Kämpfer für die Mauer“ machte, ist heuchlerisch. Vielmehr wird klar, dass hinter den Protesten diejenigen stehen, die eine Bebauung des Uferstreifens mit allen Mitteln verhindern wollen.

Politik machtlos vor Investoren

Europacity am Berliner Hauptbahnhof: »Mehrwert« siegt über lebendige Stadtgestaltung



Doppelt so groß wie das Areal um den Potsdamer Platz: Wo heute noch Brachflächen dominieren, soll die Europacity in Berlin ein Herzstück der Stadt direkt neben dem Hauptbahnhof neu beleben

Bild: CA Immo

Berlins größtes Bauprojekt, die 40 Hektar große Europacity zwischen dem Berliner Hauptbahnhof und der Perleberger Brücke in Moabit bekommt Zuwachs. Zugleich kündigt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an, hier künftig selbst zu planen. Ob die neue politische Hoheit über dem Reißbrett nach der Katastrophe des Flughafenprojekts BER einen Gewinn darstellt, bleibt fraglich.

Lange lag die Europacity als Planungsbrache offen dar, erkennbar bestenfalls am Turm der französischen Erdölgesellschaft Total. Am Hauptbahnhof Ankommende blicken auf Straßentunnel und sandige Leere hinterm Bauzaun. Seit Kurzem kommt Leben in die Baustelle. Zugleich beschließt Berlins Senat, das Gelände um die Heidestraße zu einem Gebiet von „außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung“ zu ernennen.

Die Landespolitik zieht symbolisch die Planung an sich. Das Gelände ist die größte Zukunftsfläche für Stadtentwicklung der Hauptstadt, gut doppelt so groß wie einst der Potsdamer Platz. Nirgendwo bietet sich Investoren zentrumsnah so viel Raum, entsprechend hoch sind die öffentlichen Erwartungen an die Qualität und Dauerhaftigkeit der Nutzung. Der Bezirk Mitte ist nun mit den neuen Zuständigkeiten einverstanden, legt sogar selbst die Hoheit über das Wohnungsbauen dem Land in die Hände. Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und seine Parteifreunde Raed Saleh (Fraktionschef) und Jan Stöß (Parteichef) hatten jüngst in einem Positionspapier mit einer derartigen Übernahme gedroht. Nun muss die regierende SPD liefern. Gut 20 Millionen Euro Steuergeld pumpt sie über den Senat in Grünanlagen und Straßenumbauten der Europacity. Ob ein lebendiges, attraktives Stadtviertel entsteht, bleibt indes weiter privaten Investoren überlassen, eine Gewichtung, die selten zu ausgewogener Bebauung führt. Berlins Erfahrungen mit Gebieten außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung sind entsprechend: Auf dem 2008 in diesem Sinn erweiterten Messegelände siedelte sich der gewünschte Investor BMW erst mit Jahren Verspätung an.

Für erbitterte Diskussionen sorgt hingegen bis heute das Meininger-Hotel in der nun im Mittelpunkt der Berliner Investitionshoffnungen stehenden Europacity. Das Zwei-Sterne-Hostel löste eine Debatte um Berlins eintönige Gegenwartsarchitektur aus. Dessen Investor CA-Immo will jetzt nach den drei Hotelbauten Meininger, InterCity und Steigenberger erneut in der Europacity bauen. Das Hostel hatte der Senat noch ohne Auflagen entstehen lassen. Schon 2014 soll der Grundstein für ein rund 22000 Quadratmeter großes Büro- und Geschäftshaus gelegt werden. Der österreichische Konzern wirbt mit bis zu 800 neuen Arbeitsplätzen. Vier Neubauten mit 30 Metern Traufhöhe verdecken in Zukunft den Blick auf das Meininger Hotel. Noch fehlen dem Senat allerdings Investoren, um den anspruchsvollsten Bau des Ensembles nahe dem Bahnhof, den Kubus, zu verwirklichen. Glanzlichter der Gesamtplanung bleiben also in der Schwebe.

Bezahlbare Mieten wird es kaum geben

Wie begrenzt der politische Einfluss ist, lässt der vom Senat gewünschte Kunstcampus erkennen. Um den Hamburger Bahnhof projektiert der Senat ein Kunstquartier und hofft auf zahlungskräftige Kunstsammler. Dieser „Kunstcampus“ belebt nach Senatsberechnungen schon 2015 das Gelände am Museum für Gegenwart. Einen Gebäudeentwurf haben die Stadtentwickler zusammen mit dem privaten Bauherrn Edel AG gerade preisgekürt, einen Bau, der womöglich in „Betonfertigteilen“, also als Plattenbau entsteht. Prägende „Verdrehungen lassen ein auffallendes Gebäude entstehen, das die Hinterhofruhe zwischen der Rückseite der Galerien und dem Invalidenfriedhof konstruktiv stört“, lobt das von Privat wie Senat besetzte Preisgericht. Ein eher öffentlich genutztes Erdgeschoss trägt drei Büroetagen – finanziell ist es umgekehrt.

Wenn in zehn bis 15 Jahren das Gelände der Europacity für mehrere Milliarden Euro bebaut ist, geben Firmen-, Büro- und Geschäftshäuser den Stil vor. Der Senat kommt nur durch die Privaten voran: Die sagen nun Fahrradstellplätze und diesmal anspruchsvolle Fassaden zu.

Die neue Handschrift der Politik erlahmt darüber. So gehören auch Luxuswohnungen des Unternehmers Klaus Groth, der gerade am Mauerpark investiert und dort angesichts der verlangten Kaltmieten von 11,50 Euro pro Quadratmeter Kritik wegen mangelnder Sozialverträglichkeit erntet, zur Europacity. Sein Kunstcampusbeitrag sind nun Galerieräume mit Deckelmiete.

Wenn Ende des Jahres der Vertrieb darüber liegender Wohnungen startet, bewahrheitet sich für Berlins Politik erneut, dass privat erstellter Wohnraum mit ortsüblichen Mieten an derart prominenter Stelle kaum realisierbar ist. Senatsbaudirektorin Regula Lüscher preist den Kunstcampus dennoch als „wichtigen Baustein für die Europa-City“. Und auch Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) betonte am Montag, die Stadt lasse sich nicht „erpressen“. Stolze Worte, doch der gestalterische Erfolg Berlins hängt wegen der Kassenlage in Wahrheit stärker denn je von Investoren ab. Die erteilen dem Senat eine klare Ansage: Gemischte Quartiere mit günstigen Wohnungen, gern, doch zuerst müsse „Mehrwert abgeschöpft werden“, so CA-Immo. Die Bauwirtschaft hat die Erpressbarkeit des Senats erkannt.

Sverre Gutschmidt

Rechtsbrecher soll bleiben

Abgelehnter Asylbewerber spielt mit dem Staat Katz und Maus

Bereits im Dezember 2012 erteilte das Landratsamt Passau dem Ugander Patras Bwansi einen Ausweisungsbescheid. Der Asylantrag des Mannes, der von sich behauptet, in seiner Heimat politisch verfolgt zu sein, wurde im März 2012 als unbegründet abgelehnt. Unter anderem behauptete er, verfolgt zu sein, weil er sich für die Rechte Homosexueller einsetze – ein inzwischen sehr beliebtes Vorbringen. Im Bescheid wird ihm vorgehalten, er gefährde durch seinen Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Zudem habe er bei der Beschaffung eines neuen Passes nicht mitgewirkt.

Tatsächlich ist die Liste der Rechtsverstöße Bwansis beachtlich. Es beginnt mit der fortlaufenden Verletzung der Residenzpflicht, der er als „geduldeter“ Ausländer nach Ablehnung eines Asylverfahrens nachkommen muss. Der Ugander weigerte sich, auf dem Ausländeramt ihm vorgelegte Erklärungen zu unterschreiben, und war im November 2012 an der Besetzung der nigerianischen Botschaft in Berlin beteiligt. Dadurch wurde er auch zur außenpolitischen Belastung.

Zurzeit hält sich Bwansi im vom Kreuzberger Bürgermeister Franz Schulz (Grüne) geduldeten „Flüchtlingscamp“ am Oranienplatz auf. Seine Einstellung zur Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland machte Bwansi bereits vor einem Jahr deutlich, als er sich weigerte, eine Registrierung beim Ausländeramt als „Geduldeter“ zu beantragen. Mit den Worten „Mein Versteck ist die Öffentlichkeit“ gab er zu erkennen, dass er sich stark fühlt. Seine Rechtsanwältin Petra Haubner unterstützt ihn darin: „Die Argumentation (des Bescheides) ist rechtswidrig.“ Sie ignoriert, dass mit der öffentlichen Zustellung des Ausweisungsbescheides im Dezember die einmonatige Klagefrist verstrichen ist. Haubner meint stattdessen, dass nur bei Vorliegen einer Straftat eine Ausweisung Bwansis in Frage komme.

Behörden ließen den Botschaftsbesetzer unbehelligt

Das wirft allerdings die Frage auf, warum die zuständigen Berliner Behörden (die von Innensenator Frank Henkel und Justizsenator Thomas Heilmann, beide CDU) wegen der Botschaftsbesetzung keine Anzeigen erstattet haben, obwohl das öffentliche Interesse an der Verfolgung dieser Aktion unbestreitbar ist. Nun muss sich noch herausstellen, wie ernst es die Behörden in Bwansis legalem Aufenthaltsort Passau mit der Ausweisung meinen, oder ob deren rigides Vorgehen nicht mehr ist als warme Luft im bayerischen Wahlkampf.

Theo Maass

Einsamer Streiter

Alt-Linker Neskoviv tritt allein gegen alle an

Wolfgang Neskovic will versuchen, was seit 1949 niemandem gelungen ist: Nachdem sich der 64-jährige Bundestagsabgeordnete im Dezember von der Fraktion der Linkspartei getrennt hat, will er nun als unabhängiger Kandidat ins Parlament einziehen.

Neskovic war einer der wenigen direkt gewählten Bundestagsabgeordneten der Linkspartei, Wahlkreis Cottbus/Spree-Neiße. Solche Wahlkreise können entscheidend werden, wenn die Partei unter fünf Prozent rutscht. Denn dann darf sie nur ins Parlament zurückkehren, wenn sie mindestens drei Direktmandate errungen hat.

Er strebt an, 100000 Euro für den eigenen Wahlkampf zu sammeln, und hofft auf die Gegner des Braunkohleabbaus, deren Interessen er im Bundestag vertreten will. Die Kandidaten von CDU und SPD sind Befürworter eines weiteren Kohleabbaus.

Der aus Lübeck stammende ehemalige Richter am Bundesgerichtshof war zunächst SPD-Mitglied, dann Grüner und landete schließlich bei der früheren DDR-Staatspartei. 2005 warb ihn Gregor Gysi für eine Kandidatur zum Bundestag an. Aber der Alt-Linke aus dem Westen wurde mit den früheren SED-Genossen nie richtig warm.

Mit den Ex-SEDlern nie warm geworden

Den brandenburgischen Wirtschaftsminister Ralf Christoffers nannte er eine Fehlbesetzung und den Ex-Bundesgeschäftsführer und Lafontaine-Feind Dietmar Bartsch einen „Sprechblasenfacharbeiter“. Wasser auf die Mühlen Neskovics könnte die Ankündigung des Energie-Riesen Vattenfall sein, Arbeitsplätze in der Lausitz abzubauen.

Hans Lody

Hintergrund der »Döner-Morde«

Was sind die wahren Hintergründe der sogenannten „Dönermord“-Serie? Was steckt wirklich hinter dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) Das politische Monatsmagazin „Compact“ hat diesen Fragen sein erstes „Compact Spezial“-Heft gewidmet, das Chefredakteur Jürgen Elsässer am Donnerstag, den 21. März, im Berliner „Viethaus“, Leipziger Straße 54, Berlin-Mitte, vorstellen will.

Es geht um brisante Details wie das Rätsel der Mordwaffe, die Rolle des CIA-Agenten Mevlüt Kar und des Verfassungsschutzmannes, der während der Tat am Ort des letzten „Dönermordes“ war, die türkische Spur oder das „Spukhaus in Zwickau“. Beginn der Veranstaltung ist um 19 Uhr, Einlass ab 18.30 Uhr. Interessierte können sich per unter www.compact-live-21-03-berlin-operation-nationalsozialistischer-untergrund/ oder telefonisch beim Kai Homilius Verlag (03327/5698611) anmelden. *H.H.*

Zeitzeugen



Mirko Cvetkovic – Der 1950 geborene Politiker war von 2008 bis 2012 Ministerpräsident von Serbien und dazu von 2011 bis 2012 Finanzminister. In dieser Zeit wurde das serbische Restitutionsgesetz verabschiedet. Der parteilose Politiker ist ein angesehener Ökonom und Privatisierungsexperte. Cvetkovics Großvater wurde 1941 bei einem Massaker von Deutschen erschossen.



Strahinja Sekulic – Der 1967 geborene promovierte Jurist ist Direktor der serbischen Restitutionsagentur. In einem Interview erklärte er im Juli 2012, dass bis zu diesem Zeitpunkt 4200 Restitutionsanträge gestellt worden seien. Sekulic hat von sich aus den Kontakt zu den Donauschwaben gesucht, nachdem von ihnen zunächst nur sehr wenige Anträge gestellt worden waren. Seine Agentur informiert auch auf Deutsch unter www.restitucija.gov.rs/ger.



Alfred de Zayas – Für den US-amerikanischen Völkerrechtler und Historiker ist die serbische Restitutionspolitik eine besondere Bestätigung. Er ermutigt die deutschen Vertriebenen seit über 30 Jahren, ihr Recht geduldig zu vertreten. In Fällen von Völkermord – wie bei den Donauschwaben – sei Rückgabe oder Entschädigung für entzogenes Eigentum völkerrechtlich geboten. Die serbische Wiedergutmachung sei vorbildlich für andere Länder, aus denen Deutsche vertrieben wurden.



Klaus Brähmig – Er ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Flüchtlinge und Vertriebene der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die von Slowenien, Kroatien und Serbien beschlossenen Entschädigungsgesetze lobt der CDU-Politiker als „sehr ermutigend“. Das serbische Gesetz sei „bemerkenswert, weil es sich vom Prinzip der Kollektivschuld abkehrt“ und auch Donauschwaben Rückgabe beantragen können. „Unsere Gruppe ist dabei zu klären, inwieweit hier Bundesbehörden helfen können.“

Das Wunder von Belgrad

Vorbildliche Wiedergutmachung in Serbien – Jetzt gilt gleiches Recht für alle

Ausgerechnet Serbien! Das Land, das so viele Negativschlagzeilen durch Kriege und Vertreibungen produziert hat, hat ein absolut vorbildliches Restitutionsgesetz verabschiedet. Bis zu 350 000 vertriebene Deutsche und ihre Erben können ebenso wie enteignete Serben, Ungarn und Juden auf Eigentumsrückgabe hoffen.

Worüber soll man mehr staunen? Dass ausgerechnet Serbien, das unter Slobodan Milosevic noch im Jahre 1999 eine große Vertreibung ins Werk gesetzt hat, ein Gesetz verabschiedet hat, das sogar den ab 1944 geflohenen und vertriebenen Deutschen die Rückgabe ihres Eigentums ermöglicht? Oder darüber, dass deutsche Zeitungen nichts darüber berichten?

Klar ist: Beim serbischen Restitutionsgesetz geht es nicht um eine symbolische Geste, sondern um substanzielle Wiedergutmachung. Beobachter rechnen mit rund 150 000 Anspruchsberechtigten, die nun Anträge auf die Rückgabe von 300 000 Hektar Land stellen können. Das sind knapp vier Prozent des serbischen Staatsgebietes. „Gegenstand der Rückgabe ist das gesamte Vermögen, das nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet wurde, von Liegenschaften und Unternehmen über bewegliche Sachen bis zu Ackerboden und Bauland“, erklärte der damalige Vizeministerpräsident Bozidar Djelic vor der Verabschiedung des Gesetzes. Soweit enteignete Immobilien einen neuen privaten Eigentümer haben oder öffentlich genutzt werden, soll statt Rückgabe Entschädigung geleistet werden, wobei sich diese am heutigen Wert orientiert. Von der Entschädigung werden zehn Prozent direkt ausgezahlt und die übrigen 90 Prozent in Form von Staatsanleihen geleistet, wobei Belgrad für diesen Zweck zwei Milliarden Euro im Laufe der kommenden zehn Jahre im Haushalt reserviert hat. Wie weit die Wiedergutmachung geht, zeigt eine Gesetzesklausel, die die Entschädigung pro Antragsteller auf 500 000 Euro begrenzt.

Enteignete können bis März 2014 einen Antrag stellen

„Das Gesetz ist allemal vorbildlich“, erklärt der Bundesvorsitzende der Donauschwaben, Hans Supritz auf Anfrage der *PAZ*. Die Enteignung der einst 550 000 Jugoslawiendeutschen – davon rund 350 000 in der serbischen Provinz Woiwodina – habe bereits im November 1944 mit einem der berüchtigten „AVNOJ-Dekrete“ begonnen. „Damit wurden fast alle Jugoslawiendeutschen mit einem Federstrich enteignet.“ Ab 1945 wurden diese Enteignungen formal vollzogen, so dass sie jetzt unter die Wiedergutmachung fallen. Das jetzige Gesetz geht über die Regelungen in anderen Ländern deutlich hinaus, weil die Entschädigung unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Enteigneten ist und auch nicht – wie im Falle der Tschechischen Republik – ein Stichtag dazu führt, dass die Deutschen ausgeschlossen werden. „Damit wird für die Donauschwaben aus Serbien Gerechtigkeit möglich“, würdigt Supritz. Die Antragsstellung ist nicht ganz einfach, die Nachweispflicht liegt ganz bei den Alteigentümern. Nach *PAZ*-Recherchen gibt es bisher erst eine Handvoll vollzogener Restitutionen, die Abwicklung der Entschädigung beginnt ohnehin erst nach Ende der Antragsfrist im März 2014. „Noch weiß niemand, wie sein früheres Vermögen bewertet wird und auf welche Entschädigung es hinausläuft“, erläutert Supritz, der die serbische Sprache beherrscht. Für viele Donauschwaben sei die Antragstellung ohnehin eher eine moralische Frage, ein Protest gegen das an ihren Eltern und Großeltern verübte Unrecht. Die Donauschwaben loben die Anstrengungen Serbiens für eine Wiedergutmachung ohne Diskriminierung hinsichtlich der Volkszugehörigkeit. Supritz: „Jetzt gilt gleiches Recht für alle. Mehr haben wir nie verlangt und so will es ja auch die EU.“ *Konrad Badenheuer*



Immerhin nicht bei Eis und Kälte: Viele Donauschwaben wurden zur Osterzeit 1945 aus ihrer Heimat vertrieben Bild: suabios.com.br

Von Medien verschwiegen

Fast unbeachtet von der breiten Öffentlichkeit hat Serbien im Herbst 2011 das am weitesten gehende Gesetz zur Wiedergutmachung alter Enteignungen in ganz Europa beschlossen. Ausgeschlossen sind lediglich Kriegsverbrecher und Angehörige von früheren Besatzungstruppen und deren Erben sowie diejenigen, die bereits von einem anderen Land entschädigt worden sind. Diese Bestimmungen, so erklären Vertreter der Donauschwaben, schließen die Deutschen offenbar nicht von der Rückgabe aus. Zwar seien diese 1944/45 ähnlich wie die Sudetendeutschen kollektiv kriminalisiert worden, außerdem gab es viele rechtsstaatlich unhaltbare Verurteilungen angeblicher Kollaborateure und Kriegsverbrecher. Jedoch hat Serbien ein Rehabilitierungsgesetz beschlossen, das auch dieses Problem bereinigt. Der deutsche Lastenausgleich wiederum war zu gering, um einer Wiedergutmachung entgegenzustehen.

Chance für Donauschwaben

Natürlich bleibt die Umsetzung des Gesetzes abzuwarten. Aber wenn es seinem Wortlaut gemäß vollzogen wird, könnte das Gesamtvolumen von Rückgabe und Entschädigung eine Größenordnung von sechs bis zehn Milliarden Euro erreichen. Kein anderes Land in Europa macht in ähnlicher Weise „reinen Tisch“ – auch Deutschland nicht, das Enteignete der Jahre 1945 bis 1949 bekanntlich mit Brosamen abgespeist hat.

Wieso gerade Serbien? Nach Recherchen der *PAZ* waren es die serbischen Alteigentümer selbst, die dieses Gesetz durchgesetzt haben – unterstützt von Budapest und Wien, die sich für „ihre“ Volksgruppen eingesetzt haben. Außerdem wollte Belgrad mit diesem Gesetz erklärtermaßen seine Annäherung an die EU voranbringen. Serbische Zeitungen berichten, dass das Restitutionsgesetz in Brüssel geprüft und für gut befunden worden ist. *K.B.*

Papierkram, der sich lohnt

Komplizierte Antragsstellung schreckt offenbar viele ab

Eigentumsrückgabe nach fast 70 Jahren ist keine ganz einfache Sache. Im Falle Serbiens kommt die räumliche Entfernung hinzu, die Anträge müssen mit etlichen beglaubigten Nachweisen in Serbien selbst versendet werden. Kein Wunder, dass sich die Zahl der Anträge bisher sehr in Grenzen hält. Wenn von den einst 350 000 Donauschwaben im heutigen Serbien geschätzt jeder siebte restituierbares Eigentum besaß, könnten heute 50 000 Erben einen Antrag stellen. „Tatsächlich hat die serbische Restitutionsagentur bis 31. Dezember 2012 erst wenige Dutzend Anträge bekommen, davon gut drei Viertel aus Deutschland, die anderen aus Österreich“, erläutert Rudolf Reimann, der Bundesvorsitzende des Verbands der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ) – quasi der dortige Bund der Vertriebenen.

Die geringe Zahl hat in Serbien selbst für Verwunderung gesorgt, und so hat sich der Chef der serbischen Restitutionsagentur Strahinja Sekulic selbst an Reimann gewandt. Er wollte die Gründe erfahren und zusammen mit der Landsmannschaft auf die Restitutionsmöglichkeit hinweisen. Es folgte Ende Februar eine Informationsveranstaltung des VLÖ mit Vertretern der serbischen Botschaft und des österreichischen Außenministeriums im Haus der Heimat in Wien.

Schon seit Inkrafttreten des Gesetzes informieren die Donauschwaben in Deutschland und Österreich laufend über das Gesetz. Das österreichische Außenministerium tut dies außerdem auf seiner Internetseite. In den Zeitungen war über dieses Thema zwar viel in Serbien zu lesen, aber nur wenig in Österreich und so gut wie nichts in Deutschland.

Erst wenige Dutzend Anträge

„Man braucht faktisch einen Anwalt, schon zur Beschaffung von Dokumenten in Serbien und weil der Antrag in serbischer Sprache zu stellen ist“, erläutert Reimann. Nötig sind Belege wie die Konfiskationsurkunden, Geburtsurkunden und Todeserklärungen von Alteigentümern, die nicht selten in jugoslawischen Lagern oder in sowjetischer Gefangenschaft ums Leben gekommen sind. Außerdem gilt serbisches Erbrecht.

„Diesen Aufwand scheuen manche“, bedauert Reimann, der bereits eine Lösung anbieten kann. „Wir haben Vertrauensanwälten in Serbien geschlossen. Sie bearbeiten normale Fälle für eine Pauschale von 500 Euro zuzüglich fünf Prozent der eventuellen Entschädigungszahlung, was nach serbischem Recht möglich ist.“ Dazu kommen noch gewisse Übersetzungskosten.

Reimann glaubt nicht, dass die bürokratischen Hürden absichtlich errichtet worden sind, um den Gesetzeszweck zu unterlaufen, die Anforderungen seien nachvollziehbar. Noch weniger ist er der Meinung, dass die Donauschwaben an Wiedergutmachung nicht mehr interessiert seien. „Seit Jahresanfang sind in Serbien sicher viele weitere Anträge eingegangen.“ Er selbst habe acht Monate gebraucht, um seinen Antrag fertigzubekommen. Da die Frist in knapp einem Jahr endet, sollte man jetzt keine Zeit mehr verlieren. Umfassende Informationen einschließlich der Adressen der Vertrauensanwälte gibt es auf der Internetseite des VLÖ unter www.vloe.at. *K.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1095**

Nachbeben um »S21«

Kosten der Protestgewalt um den Bahnhofsumbau werden derzeit vor Gericht offenbar

Das Großprojekt „Stuttgart 21“ geht bei steigenden Kosten weiter. Und vor Gericht kommen nun Details über Demonstrantengewalt gegen die Polizei bei Protesten um den umstrittenen Bahnhofsumbau ans Licht.

Bis zu knapp sieben Milliarden Euro kann die unterirdische Bahnhofsverlegung einschließlich Tunnelsystem kosten, das räumte nun die Deutsche Bahn ein. Das sei viel Geld, das inzwischen überall fehle, berichten Medien und verbuchen landesweit defekte Bahngebäude und -übergänge. Der mecklenburgische Bahnhof Hagenow-Land beispielsweise ist einer der ältesten und größten klassizistischen Bahnhöfe Deutschlands. Dieses und andere Bahngebäude verfallen seit Jahren, doch dies geschieht unabhängig von „Stuttgart 21“. Tatsächlich entscheidet der erhoffte Nutzen eines Bahnprojekts über Investitionen. Allerdings lässt sich der Nutzen nicht immer nur in Fahrkarten und Güterbewegungen messen, aber das ist ein anderes Thema.

Unabhängig von legitimer Kritik an Baden-Württembergs Großbaustelle facht der von manchen bis heute fortgesetzte Furor gegen das Vorhaben die Gewaltbereitschaft an. Bestimmten zur Hochzeit der inzwischen verebbten Proteste Bilder von angeblicher Polizeigewalt die Medien, zeichnen aktuelle Gerichtsprozesse ein anderes Bild. Vier Männer und eine Frau müssen sich nun vor dem Stuttgarter Landgericht verantworten. Drei von ihnen sind nicht etwa Jugendliche, sondern 50, 55 und 70 Jahre alt. Am 20. Juni 2011 rissen sie laut Anklage 200 Meter Bauzaun nieder, zerstörten Baumaterial, Maschinen und Gebäude. Laut Staatsanwaltschaft entstand binnen Minuten ein Schaden von 97000 Euro. Als die Gruppe einen Zivilbeamten bei der Aufnahme der Daten eines anderen Randalierers bemerkte, zog der 50-Jährige den Beamten weg, schlug ihn mit der Faust ins Gesicht, während der 55-Jährige auf den Kopf des Polizisten einschlug. Der Beamte versuchte demnach, den anhaltenden Schlägen vergebens zu entfliehen, wurde wieder von der Gruppe gestellt. Ein 19-Jähriger rammte dem Polzisten dann sein Knie in den Rücken. Ein 70-Jähriger trat, mit einem Holzstück bewaffnet, zusätzlich auf den Mann ein. Dieser Rentner gab dem Gericht nun über seine Anwälte bekannt, er sei schon bei einigen Demos gegen das „unsinnige Projekt“ gewesen, das Holzstück aufzuheben sei „Dummheit“ gewesen.

Steuergelder, um das Baurecht der Bahn zu sichern

Ein 39-jähriger Mitangeklagter beteuerte ebenso seine Friedfertigkeit – er habe dem Polizisten nur den Arm reichen wollen. Die Strafkammer muss nun anhand von Fotos und Zeugenaussagen ermitteln. Viele der Zeugen sind ebenfalls als mutmaßliche Täter angezeigt und schweigen daher.

Der 30. September 2011 ging als „schwarzer Donnerstag“ in die „S21“-Geschichte ein. Gegen zahlreiche Teilnehmer der Demonstration an jenem Tag ergingen bereits Strafbefehle wegen Körperverletzung an Polizeibeamten. Die Prozesse sind längst nicht beendet. Vor wenigen Tagen wurde ein Polizist freigesprochen, der angeblich einem Mann eine Platzwunde geschlagen haben soll. Die Richterin äußerte erhebliche Zweifel an der Darstellung des angeblichen Opfers, eines S-21-Aktivisten, der als Blockierer nach eigener Aussage friedlich war. Der 34-Jährige zeigte die Tat erst zwei Monate später an und erhob starke Vorwürfe, so sei ihm Hilfe verweigert worden. Das Gericht hielt ihm „massive Übertreibung“ vor. Ein anderer Polizist hatte den Mann nachweislich vor Ort auf die Wunde angesprochen, ohne dass das vorgeblichen Opfer etwas anzeigte.

Diese Gewaltbilanz erzeugt Kosten, die nun dem Gesamtprojekt zugerechnet werden. Die Ausgaben für die Polizeieinsätze zum Schutz des Projekts belaufen sich vom Proteststart 2009 bis heute auf über 40 Millionen Euro. Entsprechend hoch schlugen jüngst die Wellen der politischen Auseinandersetzung im Landtag. Der Polizeisprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Blenke, sagte, „das Demonstrationsrecht ist unbestritten“. Die Gegner von „S21“ sollten den Bau jetzt akzeptieren. „Es kann nicht sein, dass zwölf Millionen Euro Steuergelder ausgegeben werden, um das Baurecht der Bahn zu sichern und umzusetzen“, sagte er mit Blick auf die Polizeiausgaben für „S21“ im letzten Jahr. Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) wüte aber jeden Tag „mit der geballten Kraft eines Landesministeriums“ gegen „Stuttgart 21“, sagte CDU-Landeschef Thomas Strobl. Die Gesamtkosten und damit der Erfolg hängen letztlich auch von der Bebauung frei werdender Bahnflächen ab. *SV*



40 Millionen Euro für Polizeieinsätze: Polizisten tragen einen „S21“-Demonstranten weg Bild: M. Latz/dapd

MELDUNGEN

Teure Fehler bei Mauterhebung

Berlin – Auf mehr als sieben Milliarden Euro beziffert das „Handelsblatt“ die Kosten, die dem Bund durch Fehler bei der Mautberechnung entstehen können. Schon jetzt liegen dem Bundesamt für Güterverkehr 6000 Rückerstattungsanträge vor. Anlass ist ein Gerichtsurteil vom Oberverwaltungsgericht Münster, das bereits im Oktober 2012 zu dem Schluss gekommen ist, dass die Mautsätze ungenügend ausgestaltet seien, da der Bund nur zwischen Lkw mit bis zu drei Achsen und ab vier Achsen unterscheide, das Gewicht der Fahrzeuge aber nicht berücksichtigte und so kleinere und leichtere Fahrzeuge benachteiligte. Hinzu kommt, dass der Mautbetreiber Toll Collect mit dem Hinweis auf die unwirksame Rechtsgrundlage für die Mauterhebung die ausstehende Entschädigung für die verspätete Inbetriebnahme des Mautsystems in Höhe von 5,6 Milliarden Euro verweigern könnte. Das Mautsystem ging erst 2005 statt wie geplant 2003 in Betrieb. Woher aus dem sowieso bereits unterfinanzierten Verkehrsetat das Geld für die Rückerstattung genommen werden soll, ist absolut unklar. *Bel*

Paradies für Umweltberater

Berlin – Die Personalpolitik von Umweltminister Peter Altmaier sorgt über die Regierungskreise hinaus für Unmut. So beschäftigt er in seiner Abteilung E, in der es um die Energiewende, Klimaschutz, europäische und internationale Umweltpolitik geht, inzwischen 60 externe Mitarbeiter. Demnach sind von den 200 Beschäftigten in der Abteilung mehr als ein Viertel Mitarbeiter von Beratungsunternehmen wie Adelphi, Ecofys und vom Deutschen Institut für Urbanistik, die projektbezogen im Umweltministerium für bis zu drei Jahre beschäftigt sind. *Bel*

Peinliche Possen um Hindenburg

In Düsseldorf Distanzierung von längst erloschener Ehrenbürgerschaft – Initiative in Hamburg für fragwürdige Straßenumbenennung

Von Schleswig bis Garmisch-Partenkirchen überschlagen sich Parteien und Initiativen darin, die Umbenennung von nach Paul von Hindenburg benannten Straßen und Plätzen durchzusetzen. Die Begründung lautet unisono, Hindenburg sei Militarist, Monarchist und Anti-Demokrat gewesen. Außerdem habe er Hitler zum Reichskanzler ernannt und so den Weg zur Diktatur freigemacht. Ersteres ist wohl zutreffend, allerdings hat sich Hindenburg trotz seiner Abneigung gegenüber der Republik immer streng auf dem Boden der Verfassung bewegt. Letzteres wiederum war nach der Verfassung unausweichlich. Somit ist der Vorwurf, Hindenburg sei einer der Wegbereiter Hitlers gewesen, historisch unhaltbar.

Geradezu satirische Züge nimmt diese Entsorgung der Geschichte in Düsseldorf an. Hier musste die Linkspartei feststellen, dass ihre Bemühungen, Hindenburg aus dem Straßenbild verschwinden zu lassen, ins Leere liefen. Denn der 1935 so benannte Hindenburgwall hatte bereits 1949 seinen alten Namen Alleestraße zurückerhalten und heißt seit 1963 Heinrich-Heine-Allee. Also nahmen sie sich Hindenburgs im Jahre 1917 verliehene Ehrenbürgerschaft vor. Der Versuch, im Stadtrat die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft durchzusetzen, scheiterte jedoch kläglich – allerdings nicht aus politischen, sondern aus formalen Gründen. Denn laut Gemeindeordnung erlischt die Ehrenbürgerwürde automatisch mit dem Tod des Namensgebers. Doch auch mit dieser Blamage geben sich die Hindenburg-Gegner nicht zufrieden. Die SPD will nun beantragen, dass sich das Stadtparlament wenigstens von der vor knapp 80 Jahren erloschene Ehrenbürgerschaft distanziert. Die Zustimmung von Linkspartei und Grünen dürfte sicher sein. Auch die FDP, die gemeinsam mit den Christdemokraten über eine solide Mehrheit verfügt, ist mit im Boot, da sie Hindenburg nicht mehr mit Persönlichkeiten wie Walter Scheel (Ehrenbürger seit 1979) auf einer Liste sehen wolle.

Vorwürfe gegen den Reichspräsidenten sind ungerechtfertigt

In Hamburg gibt es schon lange Bemühungen, eine Umbenennung der 1925 so benannten Hindenburgstraße im Bezirk Hamburg-Nord zu erreichen. Die Entscheidung über eine Namensänderung liegt beim Senat. Dieser – vor 25 Jahren wie heute sozialdemokratisch – hatte 1988 eine Umbenennung „aus Gründen historischer Kontinuität grundsätzlich“ abgelehnt. Zudem führte er in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen aus, Hindenburg sei frei gewählter Reichspräsident gewesen und bei seiner erneuten Kandidatur 1932 von „demokratischen Parteien wie SPD, Zentrum, DDP und DVP“ unterstützt worden. Zwar gäbe es durchaus Anlass zu einer kritischen Bewertung Hindenburgs, doch habe dieser sich „länger als viele andere bürgerliche Politiker einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten widersetzt“. Wie aus einer weiteren Senatsantwort von Ende vergangenen Jahres hervorgeht, hält die Landesregierung an ihrer grundsätzlichen Ablehnung fest, da „keine wissenschaftlich fundierten und gesellschaftlich anerkannten Forschungsergebnisse“ vorlägen, die „begründeten Anlass zu erheblichen Zweifeln an der Benennung“ böten. Einer Umbenennung stehen auch die Hamburger „Bestimmungen über die Benennung von Verkehrsflächen“ entgegen. Dort heißt es eindeutig: „Umbenennungen sind nur zur Beseitigung von Unklarheiten (z.B. Verwechslungen, Änderungen des Wegeverlaufs) zulässig.“

Dennoch zeichnet sich im Bezirksparlament eine Mehrheit für eine Umbenennung ab, der der Senat allerdings nicht folgen muss. Neuer Namensgeber soll Otto Wels sein, SPD-Parteivorsitzender und Reichstagsabgeordneter in der Weimarer Republik. Nach den Bestimmungen sollen bei Namensgebern „zunächst Persönlichkeiten der Orts- und Stadtgeschichte“ berücksichtigt werden, wobei Ausnahmen zulässig sind. Nur wenn entsprechende Namen nicht zur Verfügung stehen, sollten Benennungen nach „allgemein anerkannten Persönlichkeiten“ vorgeschlagen werden. Nun entspricht Wels jedoch weder diesen Kriterien noch hat er politisch und persönlich die weiße Weste, die ihn zu der Lichtgestalt der Sozialdemokratie machen würde, als die er heute in den Geschichtsbüchern hingestellt wird.

Wels, ein entschiedener Gegner der Kommunisten und des linken SPD-Parteiflügels, trug 1930 maßgeblich zum Ende der letzten von einer parlamentarischen Mehrheit getragenen Reichsregierung unter seinem Parteifreund Hermann Müller bei. Dessen Nachfolger Heinrich Brüning ließ er bei der Regierungsbildung im Stich, er untersagte jegliche Verhandlungen der SPD mit der Regierung Kurt von Schleicher und verhinderte nach dem sogenannten Preußenschlag einen Generalstreik. Mit alldem leistete er – mehr noch als man es Hindenburg vorwerfen könnte – dem Erstarken des Nationalsozialismus Vorschub. Wie sehr sich Wels von den sozialdemokratischen Idealen der Freiheit und der internationalen proletarischen Solidarität entfernt hatte, erkennt man daran, dass er keine Einwände gegen Hitlers Pläne zur Aufrüstung und Autarkie hatte. Seine berühmte Rede am 23. März 1933, in der er die Ablehnung des „Ermächtigungsgesetzes“ durch die SPD begründete, war zweifellos eine mutige Intervention für die Demokratie und eine Sternstunde des Parlamentarismus, allerdings war sie nicht geeignet, sein vorangegangenes Versagen zu kompensieren.

SPD-Ikone Otto Wels tötete 1931 mit seinem Auto ein Kind

Nicht weniger schwer als seine politischen Fehler wiegen seine persönlichen Defizite. Nachdem Wels im Mai 1933 ins Exil gegangen war, wurde über viele Jahre in Parteikreisen kolportiert, er habe sich zuvor die Parteikasse angeeignet. Ein weiterer Beweis für seine mangelnde persönliche Integrität ist sein beschämendes Verhalten im Fall eines durch ihn getöteten Kindes. Dazu gibt es im Sperrbestand des Landesarchivs Berlin eine Akte, die der Berliner Historiker Michael Foedrowitz vor einigen Jahren entdeckte. Danach kam Wels am 21. Januar 1931 in Berlin mit seinem Auto bei einem Überholmanöver auf vereister Fahrbahn wegen überhöhter Geschwindigkeit ins Schleudern, geriet an der Ecke Attilastraße/Schönebergerstraße auf den Gehweg und tötete dort die neunjährige Ursula Riehl. In den polizeilichen Vernehmungen zeigte sich Wels vollkommen uneinsichtig. Obwohl die Schuldfrage eindeutig war, wies er jede Verantwortung von sich und äußerte kein Wort des Bedauerns. Für seine Tat wurde er nie zur Rechenschaft gezogen. Wohl dank seines politischen Einflusses wurde die Sache nicht weiter verfolgt, drang nichts davon an die Öffentlichkeit und verschwand die Akte im „Giftschrank“. Auch die Hamburger Nord-SPD sollte sich fragen, ob Otto Wels unter den geschilderten Umständen vorbildlich und ehrwürdig genug ist, um Hindenburg bei der Benennung einer Straße zu beerben. *Jan Heitmann*

(Siehe auch Gastbeitrag S. 8)

MELDUNGEN

Ungarn gedenkt der Vertriebenen

Budapest – Ungarn hat als erster Vertreiberstaat einen nationalen Gedenktag für die vertriebenen Deutschen eingerichtet (die *PAZ* berichtete). Als Datum wurde der 19. Januar gewählt, der Tag, an dem 1946 der erste Transport mit vertriebenen Ungarndeutschen abging. Am vergangenen Montag wurde dieser Beschluss in einer Zeremonie im ungarischen Parlament feierlich verkündet. Neben Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) waren die CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, und Staatssekretär Christoph Bergner (CDU), Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und Minderheiten, als Ehrengäste anwesend. Lammert würdigte den Beschluss der ungarischen Nationalversammlung in seiner Festansprache als „eindrucksvolle Geste der Verständigung und Versöhnung“. *J.H.*

Dschihad im Alltag leben

Sanaa – Ein Nagelbrett, Öl und ein Streichholz sind die Waffen, um Versicherungen und den Westen in die Knie zu zwingen, propagiert das in englischer Sprache herausgegebene Al-Kaida-Online-Magazin „Inspire“. Auch für den Straßendschihad werden detaillierte Anweisungen gegeben. Wirksam sei es, parkende Autos in Brand zu setzen. Es müsse allerdings vorher geprüft werden, dass die Fahrzeuge keinen Muslimen gehören. Auch die Deutsche Bahn sei ein lohnenswertes Opfer. Frühere Ausgaben warteten mit Anleitungen für den Bau von Bomben auf. Als Ziel für direkte Attentate werden ausdrücklich der holländische Islamkritiker Geert Wilders, der Schriftsteller Salman Rushdie und der dänische Karikaturist Kurt Westergaard genannt. *J.F.*

Eine Hand wäscht die andere

Korruptionsskandale überziehen die Tschechische Republik: Mehr als nur ein Wirtschaftswunderland

Ein Staatsoberhaupt, gegen das Anklage wegen Hochverrats erhoben wird, dürfte selbst für die skandalgewohnte tschechische Öffentlichkeit irritierend sein. Was sich derzeit um den langjährigen Präsidenten Václav Klaus abspielt, setzt neue Maßstäbe.

Nur drei Tage bevor seine Amtszeit am 7. März abgelaufen war, fasste die zweite Kammer des Parlaments, der Senat, einen spektakulären Beschluss gegen den Präsidenten der Republik. Václav Klaus soll sich vor dem Verfassungsgericht wegen Hochverrats verantworten. Denn mit seiner „Neujahrsamnestie“ zum Ende des Jahres 2012 habe er seine Machtbefugnisse als Präsident missbraucht. Nicht von ungefähr ist der Eindruck entstanden, Klaus habe die letzten Wochen seiner Amtszeit dazu genutzt, noch schnell eine „maßgeschneiderte“ Amnestie auf den Weg zu bringen. Quasi über Nacht hat Klaus es möglich gemacht, dass berüchtigte Wirtschaftskriminelle, die sich in den 1990er Jahren durch Korruptions- und Finanzskandale maßlos bereichert haben, nun als unbescholtene Bürger gelten.

Klaus war zu der Zeit, als massenweise Staatseigentum Gaunern in die Hände fiel, zunächst selbst Finanzminister, später Premierminister. Per Amnestie straffrei aus gehen allerdings auch die Akteure aus einer weiteren Hochphase der Korruption, den Jahren, als Klaus' Demokratische Bürgerpartei als Opposition der Minderheitsregierung des Sozialdemokraten Miloš Zeman die Macht sicherte. Der damals zwischen beiden ausgehandelte „Oppositionsvertrag“ gilt Kritikern im Rückblick als nationaler Generalplan für eine umfassende Korruption, mit der sich beide Parteien das Land als Beute aufgeteilt haben. Anlass genug, dass Skeptiker fürchten, in der Prager Burg könnte bald eine weitere Amnestie verkündet werden: für Václav Klaus – verkündet durch den neuen Staatspräsidenten Miloš Zeman.



Alte Weggefährten: Der alte und der neue Präsident der Tschechischen Republik, Klaus (l.) und Zeman Bild: Getty

Momentan sieht es allerdings ganz so aus, als wenn Klaus sich wegen einer drohenden Verurteilung sowieso keine allzu großen Sorgen machen muss. In einer ersten Stellungnahmen hat das Verfassungsgericht in Brünn mitgeteilt, eine „Beschwerde“ des Senats zur Neujahrsamnestie von Klaus weder „formal noch rechtlich“ zu überprüfen – die Abweisung der Klage dürfte damit nur noch eine Formsache sein.

Allerdings ist die Anklage wegen Hochverrats gegen Klaus nicht der einzige Anlass, dass das Thema Korruption in Prag aktuell wieder für Schlagzeilen sorgt. Auch gegen Regierungschef Petr Necas (Demokratische Bürgerpartei ODS) ist eine Strafanzeige wegen Bestechung eingegangen. Necas wird verdächtigt, drei Abgeordneten seiner Partei, die eigentlich gegen ein Steuergesetz stimmen wollten, lukrative Posten im Staatssektor versprochen zu haben, wenn sie einlenken. Sollte sich der Vorwurf bestätigen, dann wäre das der bisherige Höhepunkt der skandalreichen Amtszeit des Kabinetts Necas. Erst seit Juni 2010 an der Macht, mussten aus der Regierungskoalition bereits neun Minister wegen Befangenheit oder Korruptionsaffären zurücktreten.

> Seit Juni 2010 mussten bereits neun Minister gehen

Mit den Vorwürfen gegen die Spitzen des tschechischen Staates ist eine Tatsache ins Rampenlicht gerückt, die im übrigen Europa gern übersehen wird. Das EU-Mitglied Tschechien gilt als eines der korruptesten Länder Europas. Die Organisation Transparency International reiht in ihrem Korruptions-Index Tschechien auf Platz 57 ein, in einem Bereich, in dem auch Länder wie Weißrussland und die Ukraine rangieren. Während in der EU Bulgarien und Rumänien wegen weit verbreiteter Korruption am Pranger stehen, wird Tschechien für gewöhnlich als wirtschaftliche Erfolgsgeschichte präsentiert.

Nicht nur wegen der aktuellen Vorgänge in Prag könnte dieses geschönte Bild nun einen Kratzer erhalten. Ausgerechnet der sehr eng mit der Politik verbandelte tschechische Staatskonzern CEZ, ein Energieversorger, sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, wegen Missbrauch seiner Marktmacht eine Mitschuld an der Regierungskrise in Bulgarien zu haben. Massenproteste wegen der aussichtslosen wirtschaftlichen Lage in Bulgarien haben dazu geführt, dass der bisherige Ministerpräsident Bojko Borissow seinen Rücktritt erklärt und Neuwahlen ausgerufen hat. Entzündet hatte sich der Unmut vieler Bulgaren an den drastisch gestiegenen Strompreisen. Seit der Privatisierung des Strommarktes im Jahr 2005 hat sich ein Oligopol gebildet, bei dem drei ausländische Unternehmen den Markt unter sich aufgeteilt haben. Mit von der Partie ist der tschechische Staatskonzern CEZ. Wie eine Krake hat sich CEZ in Ost- und Südosteuropa sowie selbst in Deutschland Beteiligungen zusammengekauft. Innerhalb von zehn Jahren ist der Prager Staatskonzern so zu einem der größten Stromanbieter Europas geworden. Parallel zur Expansion gab es aber auch immer wieder den Verdacht, dass vor allem auf dem Balkan bei den abgeschlossenen Verträgen die Bestechung von Politikern eine Rolle gespielt hat. Bereits gekündigt wurde CEZ das Engagement in Albanien.

Nachdem CEZ nun in Bulgarien wegen überhöhter Abrechnungen in der Kritik steht, haben bulgarische Behörden ein Verfahren eingeleitet, um CEZ wegen seiner Geschäftspraktiken wieder die Lizenz zu entziehen. Der drohende Rauswurf für CEZ aus Bulgarien war für Staatspräsident Klaus der Anlass, noch kurz vor Ende seiner Amtszeit eine harsche Warnung auszusprechen: Tschechiens Regierung solle resolut dafür sorgen, dass sich Bulgarien an Gesetze hält.

Norman Hanert

Erfolg für Deutschen

Rumänien: Siebenbürger Sachse will mitreden

In einem überraschenden Schachzug wurde der Siebenbürger Sachse Klaus Johannis, Bürgermeister von Hermannstadt [Sibiu], vorletzte Woche auf einem außerordentlichen Parteikongress zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der in Rumänien mitregierenden Nationalliberalen Partei (PNL) gewählt. Für Johannis wurde sogar die Regel außer Kraft gesetzt, dass neue Parteimitglieder nicht sofort für Führungsposten kandidieren dürfen – er war der Partei erst vier Tage vorher beigetreten. Johannis gilt als einer der erfolgreichsten Kommunalpolitiker des Landes und war bereits 2009 als Premierminister einer linksliberalen-Koalition gehandelt worden, doch scheiterte er damals am Widerstand des konservativen Staatspräsidenten Traian Basescu.



Klaus Johannis

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem PNL-Chef Crin Antonescu in Bukarest sagte Johannis, dass er sich durch die Einladung zum Beitritt geehrt gefühlt habe. Antonescu war zuletzt wegen antieuropäischer nationalistischer Äußerungen parteiintern in die Kritik geraten. Beobachter in Bukarest spekulieren, dass Johannis das neue Zugpferd der Partei werden und das Image seiner Partei auch auf europäischer Bühne verbessern solle. Antonescu war zusammen mit Ministerpräsident Victor Ponta treibende Kraft bei dem von der EU kritisierten Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Basescu im vergangenen Sommer. Während der Suspendierung Basescus war Antonescu Interimspräsident gewesen. Noch während der Suspendierung von Basescu hatte Johannis mit Ponta über einen Einstieg in dessen Kabinett als Minister für europäische Angelegenheiten gesprochen. Da er jedoch gerade als Bürgermeister von Hermannstadt wiedergewählt worden war, verzichtete er damals auf dieses Angebot. Das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Basescu scheiterte wegen einer zu geringen Wahlbeteiligung.

Johannis ist Vorsitzender des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien. Von dem Amt des Forumsvorsitzenden will er jetzt zurücktreten, aber einfaches Forumsmitglied bleiben. *B. Bost*

China im Griff der Zensur

Zehntausende Internetpolizisten und eine »50-Cent-Armee« bewachen das Internet

Der chinesische Exil-Journalist Chang Ping hat in Berlin die scharfe Zensurpraxis in China erläutert. Der 44-Jährige hatte wegen regimekritischer Artikel in China dreimal seine Stelle verloren und erhielt Berufsverbot. Seit 2011 lebt er in Deutschland und arbeitet von hier aus als Chefredakteur des in Hongkong erscheinenden Wochenmagazins „iSunAffairs“, da er kein Arbeitsvisum für die ehemalige britische Kronkolonie erhält. Auf der Pressekonferenz der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) erklärte Chang auf Frage der *PAZ*, auch in Hongkong nehme die Pressefreiheit immer weiter ab. Mittels Finanzkapital versuche die KP Chinas sogar, auch auf die Presse in Taiwan Einfluss zu nehmen.

Die Propagandaabteilungen der KP geben unter anderem landesweite Regelungen heraus, worüber nicht berichtet werden darf. Wie Chang erzählt, hat ein Ökonom einmal einen Reporter beim Interview wütend angeherrscht: „Du weißt doch, dass du diese Frage nicht stellen darfst.“ Viele Journalisten üben sich in Selbstzensur. Andere versuchen, im fortwährenden Katz-und Maus-Spiel mit den redaktionellen und behördlichen Aufpassern ihre Spielräume auszuloten, auch unter hohem persönlichen Risiko. Im Internet geht es bei aktuellen Ereignissen oft darum, eine Information wenigstens ein bis zwei Stunden ins Netz stellen zu können, bevor ein Verbot ausgesprochen und sie gelöscht wird. Derzeit sind in China mindestens 100 Journalisten und Blogger inhaftiert.

> Behörde tauschte Kritik gegen Lobartikel

Chang Ping war unter anderem Nachrichtenchef der Wochenzeitung „Nanfang Zhoumo“ in Südchina. Bei dieser tauschte Anfang Januar die Propagandabehörde ohne Wissen der Redaktion einen gewohnt kritischen Neujahrsgruß des Blattes gegen einen Beitrag aus, der die Arbeit der KP lobte. Hunderte Unterstützer der Zeitung protestierten tagelang vor dem Redaktionsgebäude, 30 Personen wurden verhaftet. Laut Chang erhält die Redaktion täglich E-Mails mit Hinweisen auf Machtmissbrauch oder vertuschte Unglücksfälle, doch verhindere die strenge Aufsicht eine Berichterstattung. Allein im letzten Jahr seien über 1000 Artikel des Blattes zensiert worden. Die führenden Posten in fast allen Medien sind mit Parteikadern besetzt. Die Zeitungen sind in staatlichem Besitz. Bei privaten Internetportalen sind die Themen festgelegt, über die gesprochen werden darf.

Chang meinte, in China mangele es nicht an mutigen Journalisten, sondern eher an mutigen Internetnutzern. Westlichen Journalisten rät er, sich nicht so viel mit Macht- und Flügelkämpfen der obersten KP-Riege zu beschäftigen; von dieser erwarte er keine grundlegende Kursänderung. Stattdessen solle man mehr das Augenmerk auf die Entwicklungen in der chinesischen Gesellschaft richten, die immer pluralistischer werde. Wirkliche Veränderungen entstünden nur aus „gesellschaftlichen Bewegungen“. Als wichtige Aspekte nannte er unter anderem Umweltschutz, Frauenrechte und die Ausbreitung von Aids.

> Anonymität im Netz ist kaum noch möglich

Die Internetnutzung ist streng reglementiert und wird von Zehntausenden „Internetpolizisten“ überwacht. Zahlreiche Websites sind gesperrt. Tabuisiert seien besonders die „drei T“ (Tibet, Taiwan, Tiananmen), so Chang Ping. Bei verbotenen Seiten würde eine Fehlermeldung angezeigt oder gar kein Inhalt. In Shenzen würden auch zwei Comic-Figur-Polizisten auf dem Bildschirm erscheinen, die den Nutzer beim versuchten Aufruf verbotener Seiten warnten. In Internetcafés sei der Ausweis vorzulegen und es würde genau protokolliert, welche Website jemand besucht habe.

Neuerdings müssen Nutzer generell stets ihren Klarnamen im Internet nennen. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ meldet, gibt es auch eine „50-Cent-Armee“. Demnach „honoriert die politische Führung Internetnutzer mit umgerechnet 50 Cent (fünf maó) je Eintrag, wenn sie regierungsfreundliche Kommentare in Foren oder unter Nachrichtenbeiträgen veröffentlichen“. Laut „FAZ“ beschäftige Peking auf diese Weise „etwa 280 000 Freiberufler, deren Aufgabe darin besteht, die Regierung zu loben, Kritiker zu diskreditieren oder einfach nur Blogs und Foren zu beobachten“.

Mit dem internationalen Netz ist das chinesische Netz über sechs Hauptstränge verbunden. Sie werden von großen chinesischen Internetanbietern betrieben, die auf Geheiß der politischen Führung ausländische Seiten sperren. *Michael Leh*

Berlin will Einfluss wahren

EADS und die deutsche Regierung als Miteigentümer sind sich uneins und schaden so dem Unternehmen

Dank des erfolgreichen Airbus-Geschäfts im zivilen Luftfahrtbereich belief sich der Nettogewinn des EADS-Konzerns 2012 auf 1,2 Milliarden Euro. Sorgen bereiten dem Konzern aber die staatlichen Aktionäre und deren Ansprüche an die Unternehmensstrategie.

Ein erfolgreiches Ergebnis mit einem starken Umsatz- und Gewinnwachstum für 2012 stellte der Luft- und Raumfahrtkonzern EADS im Februar dieses Jahres vor. Danach beliefen sich der erwirtschaftete Umsatz auf 56,5 Milliarden und der operative Gewinn ohne Sonderbelastungen auf drei gegenüber 1,8 Milliarden Euro im Vorjahr. Das Ergebnis belasteten allerdings sogenannte Einmalaufwendungen, wie die 251 Millionen Euro für die Reparatur der Haarrisse an den A380-Flügeln sowie Programmaktualisierungen für den neuen A350-XWB in Höhe von 124 Millionen. Handlungsspielraum für Investitionen gibt indes die gestiegene Nettoliquidität, die sich Ende 2012 auf 12,3 Milliarden belief. Denn seit der Übernahme des EADS-Chefpostens von Louis Gallois im Juni 2012 will Tom Enders das Unternehmen frei von staatlichen Einflüssen führen.

Zuletzt ging es um langwierige Gespräche über eine finanzielle Hilfe für den A350 von der deutschen Förderbank KfW. Die Bedingungen an die Kreditvergabe wie Standortgarantien wollte Tom Enders aber nicht akzeptieren. Gegenüber dem „Wall Street Journal“ sagte der EADS-Chef dieser Tage: „Wenn wir dazu bereit wären, alle Wünsche der Regierung zu erfüllen, könnten wir die 600 Millionen morgen auf dem Konto haben.“ Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Joachim Pfeiffer, verteidigte hingegen das Vorgehen der Bundesregierung, weil der Erhalt der Unternehmensstandorte in Deutschland „nationales Interesse“ darstelle. Standortgarantien seien Ausdruck „einer aktiven Industriepolitik“, erklärte Pfeiffer. Ferner wies er darauf hin, dass EADS und der Vorstandsvorsitzende Enders gut beraten wären, „die berechtigten Forderungen der Bundesregierung ernst zu nehmen“.

So teilte die Bundesregierung bereits im August 2009 dem Bundestag mit, dass Finanzierungen für den A350XWB „an belastbare Zusagen für Arbeitspakete und Kompetenzen an deutschen Standorten gebunden“ sind. Entsprechend sollte EADS im Gegenzug für die 600 Millionen Euro, die noch nicht einmal fünf Prozent der 3,5 Milliarden Euro Entwicklungskosten des neuen Langstreckenfliegers ausmachen, unter anderem eine Fertigungslinie in Hamburg zusichern, was beim Luftfahrtkonzern auf Ablehnung stieß.

Dabei sind EADS und die am Konzern beteiligten Regierungen strategische Partner, deren langjährige Bindungen sich nicht ohne weiteres lösen lassen. Offen zutage traten die unterschiedlichen Interessen bei der gescheiterten Fusion mit dem britischen Rüstungskonzern BAE Systems im Oktober 2012. Enders und sein britischer Kollege Ian King wollten den weltweit größten Luftfahrt- und Rüstungskonzern schmieden, als Berlin das Geschäft blockierte. Bundeskanzlerin Angela Merkel soll den EADS-Zusicherungen nicht getraut haben, die Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten.

Probleme bereitet der Rüstungsbereich auch an anderen Stellen. Bereits jetzt streicht EADS wegen gekürzter europäischer Verteidigungsbudgets 850 Stellen bei der Tochter Cassidian. Zudem will die Bundesregierung bei Hubschrauberbestellungen nachverhandeln, so dass Eurocopter 100 Millionen Euro auf Regierungsprogramme abschreiben musste. Auch ermitteln derzeit die Staatsanwaltschaften in München und Wien, weil es beim Verkauf von Eurofightern an Österreich zur Zahlung von Schmiergeldern und zu Gegengeschäften von EADS mit österreichischen Unternehmen in unüblicher Höhe gekommen sein soll.

Ende 2012 einigten sich Deutschland und Frankreich auf eine neue Aktionärsstruktur für EADS. Danach halten sie künftig jeweils zwölf Prozent der Anteile – Spanien rund vier Prozent – und besitzen keine Vetorechte. Zwar fällt damit der staatliche Einfluss auf das Tagesgeschäft weg, von einem gemeinsamen politischen Rahmen für den europäischen Rüstungssektor ist man aber noch weit entfernt. Deutschland, Großbritannien sogar noch weniger, mischt sich seltener als Frankreich in strategisch geltende Branchen ein. Weil aber keines dieser Länder die Finanzierung von Luftfahrtentwicklungen alleine stemmen kann, stellen die unterschiedlichen nationalen Vorstellungen ein industriepolitisches Hemmnis dar. Im Fall der Fusion EADS-BAE mag die Verweigerungshaltung Berlins kurzfristig richtig gewesen sein, um nicht an Mitspracherechten zu verlieren. Langfristig muss die Bundesregierung sich klar werden, welche Bedeutung sie der Rüstungsindustrie, wie EADS, für das eigene Land und Europa beimessen will. Die bloße Zurückhaltung, um als „europäisch“ zu gelten, oder einzelne Interventionen genügen alleine nicht, um der Rüstungsindustrie einen wettbewerbsfähigen Rahmen zu geben. *Ulrich Blode*



Streit um Standortgarantie: A320-Endmontagehalle im Airbus-Werk in Hamburg Bild: pa

KURZ NOTIERT

Schwierige Abwicklung: Nachdem der WestLB-Nachfolger Portigon den Beratungsauftrag der Abwicklungsbank der Hypo Real Estate nicht erhalten hat, müsste die ehemalige Landesbank dringend Personal abbauen. Doch rund 400 der 2600 Beschäftigten sind wegen über 20-jähriger Betriebszugehörigkeit quasi unkündbar, weitere 433 Mitarbeiter sind nur an die Landesbank ausgeliehen und bei der NRW-Bank beschäftigt, doch die kann so viele Mitarbeiter nicht zurücknehmen. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, weiß nun nicht, wie er den Stellenabbau bei Portigon durchsetzten soll. *Bel*

Werben um deutsche Touristen: Nachdem 2012 elf Prozent weniger Touristen aus Deutschland kamen, wirbt die griechische Tourismusministerin Olga Kefalogianni offensiv um deutsche Urlauber. Rund 18,4 Prozent der griechischen Erwerbstätigen leben direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr. Derweil bewertete der „Travel & Tourismus Competitiveness Index“ die Wettbewerbsfähigkeit von 140 Reiseländern aufgrund von Sicherheit, Gesundheit, Preisniveau, Umweltschutz und kulturellen Angeboten. Griechenland sank von Platz 22 auf Platz 29. Deutschland liegt nach der Schweiz auf Platz zwei. *Bel*

Franzosen verteidigen lange Schulferien: Mit dem Hinweis, alle Franzosen müssten ihre Einstellung zu Arbeit und Freizeit überprüfen, hatte der französische Bildungsminister Vincent Peillon vorgeschlagen, die Schulferien im Land von 8,5 auf sechs Wochen zu verkürzen. Diese waren vor Jahrzehnten über einen so langen Zeitraum eingeräumt worden, damit die Kinder ihren Eltern bei der Ernte helfen konnten. Dass Frankreichs Kinder so nur etwa 144 Tage im Jahr die Schule besuchen statt 180 wie der internationale Durchschnitt, gehe zu Lasten des Unterrichtsstoffes, so der Minister. Doch trotz hoher Jugendarbeitslosigkeit und Wirtschaftsflaute wollen die Franzosen ihre Traditionen nicht fahrenlassen. Aufgebrachter Widerspruch erstickte Peillons Plan im Keim. *Bel*

Teures Spar-Budget

EU-Mitgliedstaaten kassieren für ihre Zustimmung Milliarden

Ein EU-Haushalt, der nicht erneut aufgebläht wird, sondern bei dem erstmalig eingespart wird – nur wenige Wochen ist es her, dass diese Botschaft aus Brüssel gemeldet wurde. Welch kostspieliger Kuhhandel der Einigung auf die ohnehin minimalen Einsparungen vorausgegangen war, hat inzwischen der „Sunday Telegraph“ enthüllt. Aus einer Aufstellung des EU-Parlaments geht hervor, dass sich 25 der 27 EU-Länder die Zustimmung zum EU-Langzeitbudget mit Sonderzuweisungen von insgesamt rund 18 Milliarden Euro aus Brüssel haben versüßen lassen. Verzicht geübt haben nur Großbritannien, das die Diskussion um Einsparungen angestoßen hatte, und Polen, das seinen Verzicht als größtes Empfängerland von EU-Geldern wahrscheinlich verschmerzen dürfte.

Als regelrechtes Meisterstück kann man die Verhandlungsführung Frankreichs während des Gipfels bezeichnen. Paris ist es nicht nur gelungen, dass die Agrarsubventionen für Frankreichs Bauern weiterhin nicht angetastet werden, es lässt sich über die EU sogar seine Kolonialträume finanzieren. Allein 200 Millionen Euro werden sich über die weithin unbekannte Insel Mayotte vor der afrikanischen Küste ergießen. Das ist eine günstige Ausgangsposition dafür, dass das erst 2011 zum 101. französischen Departement erklärte Mayotte Anfang 2014 Teil der EU werden kann. Zusätzlich wird noch einmal eine Milliarde zur „ländlichen Entwicklung“ direkt nach Frankreich fließen.

Selbst Luxemburg sahnt ab – für »ländlichen Raum«

Die portugiesische Insel Madeira, bisher regelmäßig durch Zweckentfremdung von EU-Geldern aufgefallen, kann sich über 150 Millionen Euro zusätzlich freuen, Teil eines Eine-Milliarden-Euro-Pakets als Gegenleistung für Portugals Zustimmung beim Brüsseler „Spar-Gipfel“. Noch teurer haben sich Spanien mit 2,3 Milliarden Euro und Italien mit drei Milliarden Euro ihr „Ja“ zum Sparen abkaufen lassen. Selbst Luxemburg ist das Kunststück gelungen, noch irgendwie einen Bedarf bei der Entwicklung des ländlichen Raums anzumelden. Immerhin 20 Millionen Euro werden so zusätzlich in die Heimat des Vorzeige-Europäers Jean-Claude Juncker fließen – ungeachtet der Tatsache, dass die Landwirtschaft nur einen Anteil von 0,3 Prozent an der Wirtschaftsleistung des Herzogtums hat.

Während die zugesagten Extrazahlungen kaum wieder einkassiert werden können, ist das „Spar-Budget“ keineswegs schon unter Dach und Fach. Der von den Mitgliedstaaten ausgehandelte Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 werde im EU-Parlament scheitern, weil es nicht „modern“ genug sei, ist aus dem Parlament zu hören. Das mögliche Resultat des Scheiterns: Nachdem bereits die Mitgliedstaaten für ihre Zustimmung zum „Spar-Budget“ die Hand aufgehalten haben, könnten weitere Zugeständnisse folgen – diesmal an das EU-Parlament. Einen Vorgeschmack hat EU-Parlamentspräsident Martin Schulz bereits geliefert: „Nichts kann passieren, wenn das derzeitige Hauptproblem der EU nicht gelöst wird. Das Budget für 2013 ist im Defizit.“ Aktuell beläuft sich das Minus auf 17 Milliarden Euro – etwa die Summe, die bei dem Spargipfel quasi als Trostpreis an die Mitgliedsländer ausgeschüttet wurde. *N.H.*

Wahre Probleme überdeckt

Debatte um Banker-Boni lenkt von größeren Missständen ab

Bonus-Zahlungen von 400 Millionen Euro für die eigenen Manager und gleichzeitig Milliardenhilfen vom Staat? Während der anhaltenden Finanzkrise hat in Deutschland kaum etwas so stark für Empörung gesorgt wie die Bonus-Zahlungen der Commerzbank im Krisenjahr 2008. Fünf Jahre hat es gedauert, bis nun eine gesetzliche Regelung der Zusatzvergütungen im Bankwesen Gestalt annimmt. Eine Kompromisslösung von EU-Präsidentschaft und EU-Parlament sieht vor, dass Boni künftig in der Regel nur noch so hoch sein dürfen wie das Grundgehalt. Großbritannien – mit der City of London als größtem europäischem Bankenstandort – lehnt die Regelung bisher ab. Eine der Befürchtungen in London: Verschärfte Regelungen vertreiben Banken ins Ausland – etwa nach Singapur. Ebenso wahrscheinlich ist allerdings eine andere Reaktion in der Bankenbranche: die Aushebelung der gesetzlichen Vorgaben, indem einfach die Festgehälter angehoben werden.

Skepsis ist zudem angebracht, wenn von der Politik der Eindruck erweckt wird, mit der Bonus-Deckelung würde das Finanzsystem künftig stabiler werden. Mehr Risikobewusstsein bei den Bankmanagern durch entsprechende Vergütungsmodelle hätte wahrscheinlich vor zehn Jahren verhindert, dass die US-Subprimekrise samt Verbriefungsmarkt weltweit Banken in die Bredouille gebracht hätte.

Mittlerweile braut sich allerdings eine ganz andere Gefahr zusammen, bei der die Geschäftsbanken eher Statisten denn die treibende Kraft sind. Ging es 2008 noch um den Zusammenbruch von Banken, wächst langsam die Gefahr von Staatsbankrotten und langfristig sogar das Risiko, dass ganze Währungssysteme zusammenbrechen.

Viele Zentralbanken betreiben längst Staatsfinanzierung

Ausgerechnet im „Wall Street Journal“ wurde klar auf den Punkt gebracht, welche Entwicklung seit dem Jahr 2007 in den meisten westlichen Ländern in Gang gekommen ist: ein Zentralbanken-Sozialismus. Eine Null-Zins-Politik, die die Wirtschaft wieder zum Laufen bringen soll. Ein weiterer Aspekt der politisch gewünschten Gelddruckerei: Die Notenbanken der USA, Großbritanniens und Japans sowie mittlerweile auch die EZB haben in erheblichem Umfang die Staatsfinanzierung übernommen. Beim Spiel, Staatsanleihen von den Finanzministern zu den Zentralbanken zu übertragen, nehmen die Geschäftsbanken lediglich noch die Rolle von Zwischenhändlern ein. Zu Minimalzinsen wird Geld bei den Notenbanken geliehen, anschließend werden damit Staatsanleihen gekauft, die an die Notenbank weitergereicht werden.

Dieses Spiel der versteckten Staatsfinanzierung erhält die Illusion eines freien Marktes noch aufrecht. Gleichzeitig ist das Einstreichen der Zinsdifferenz zu einem ebenso risikolosen wie lukrativen Geschäftsmodell geworden, das auch hohe Boni ermöglicht. Dass nun eine staatliche Begrenzung der Banker-Boni auf den Weg gebracht wird, ist insofern konsequenter Abschluss einer Politik, die nur noch einer verkappten Staatswirtschaft gleichkommt. Mit der Ausrufung einer alternativlosen Rettungspolitik ist jegliches unternehmerisches Risiko im Finanzsektor ohnehin schon längst auf die Steuerzahler übergegangen. *N.H.*

Irrweg

Von Jan Heitmann

Anbiederung führt nicht automatisch zum Erfolg. Eine Erfahrung, die der Wiesbadener CDU-Oberbürgermeister Helmut Müller machen musste. Was hatte er sich ins Zeug gelegt, um bei der Bürgermeisterwahl die Stimmen der Türken zu bekommen. Ein glühendes Bekenntnis zur doppelten Staatsbürgerschaft, eine Partnerschaft mit dem islamistisch durchsetzten Istanbuler Stadtbezirk Fatih und ein flehendes „es geht nur mit euch, auch in Zukunft möchten wir mit euch sein“ nützten nichts. Denn die Türken wollten nicht mit ihm. Und die CDU-Stammwähler auch nicht. Sie blieben, den Wahlanalysen zufolge, den Wahlurnen fern. So gewann der SPD-Kandidat.

Nun muss sich zeigen, ob die CDU sich ihrer alten Werte besinnt oder ob sie sich weiter ihren Gegnern angleicht, in dem Glauben, in deren politischem Spektrum seien Stimmen für sie zu holen. Wo die wirklich zu holen sind, haben konservative Christdemokraten wie Heinrich Lummer und Jörg Schönbohm gezeigt – und Ronald Schill, der 2001 in tiefroten Hamburger Stadtteilen über 35 Prozent erzielte. Multikulti als Basis für eine „moderne Großstadt-CDU“ ist ein Irrweg. Denn im Zweifelsfall wird das Original gewählt, nicht die Kopie.

Profi-Hysteriker

Von Harald Tews

Die Südtiroler Deutschrock-Band „Frei.Wild“ hat viele Fans. Ihre CD „Feinde deiner Feinde“ verkaufte sich seit Oktober 2012 über 100 000-mal. Grund genug, um sie für den Echo-Musikpreis zu nominieren – nur um die Nominierung wenig später wieder rückgängig zu machen. Die Veranstalter beugten sich dem Druck von Bands wie „Kraftklub“, „Mia“ oder „Die Ärzte“, die mit einem Boykott der Veranstaltung drohten.

Solche Bands erheben den Anspruch, die aktuell einzig vertretbare politisch gängige Wahrheit zu vertreten. Wer davon abweicht, wird reflexartig abgebügelt und mit dem Siegel „rechtsradikal“ verteufelt. Dabei weisen die Musiker von „Frei.Wild“ jede Nähe zu rechtsextremen Ideen von sich. Schaut man sich ihre Texte an, kann man sich über den Protest der politisch stromlinienförmigen Bands nur wundern. „Frei.Wild“ singt von Heimatliebe, so wie es jede volkstümliche Gruppe in den TV-Sendungen von Carolin Reiber oder Florian Silbereisen tut. Sind die Wildecker Herzbuben, sind Marianne und Michael deswegen rechtsextrem?

„Frei.Wild“ propagiert Volksmusik mit anderen Mitteln: radikal, vulgär, rabiat. Das trifft nicht jeden Geschmack. Jedoch sind die Texte völlig harmlos. Gefährlich wird es nur, wenn solche Botschaften mit Hardrock unterlegt werden. Das ruft tugendhafte Profi-Hysteriker auf den Plan, die einen Skandal provozieren, um sich selbst als moralisch „bessere“ Menschen zu profilieren. Schade nur, dass die Echo-Veranstalter nicht den Schneid hatten, an der Nominierung festzuhalten und unterwürfig der Ego-Sucht Platz gewährt haben.

Habemus Hartmut

Von Norbert J. Breuer

Deutschland ist die Heimat tausender erstklassiger Manager – daran herrscht bei uns wahrlich kein Fachkräftemangel. Kopfschütteln macht es da, dass jemand das daniederliegende Projekt Großflughafen Berlin übernehmen soll, dessen Zeiten bei der Deutsche Bahn in betriebswirtschaftlichen Vorlesungen mitunter gar als Beispiel dafür herhalten dürfen, wie man als Manager nach innen und außen über eine Dekade hinweg einen atemberaubenden Problemhügel aufhäufen kann; jemand der, passend dazu, über einige Jahre hinweg von 1000 seiner Manager-Kollegen auf den letzten Platz in punkto „Ansehen“ gesetzt wurde und zuweilen mit solch schmuckvollen Titeln wie „Sprachpanscher 2007“ geehrt wurde.

Deutsche Organisationskunst genießt weltweit höchste Wertschätzung und „Made in Germany“ ist nahezu ein Alleinstellungsmerkmal für deutsche Exporteure. Dass diese Gütesiegel mit dem Fiasko beim Bau des neuen Berliner Großflughafens eine schwer auswetzbare Scharte davon getragen haben, lässt sich anhand der nicht selten hämisch anmutenden ausländischen Kommentare leicht nachprüfen.

> Ausgerechnet Mehdorn: Das Negativbeispiel als letzter Retter des BER?

Welche „Heldentat“ will Hartmut Mehdorn, der eine „patriotische Berufung“ für den Posten verspürt haben soll, uns Steuerzahlern nunmehr als Vollender des Berliner Flughafens zusammenwerkeln? So lautet die Frage, die im Lichte seines hochgerühmten „Selbstbewusstseins“ mit angemessener Bangigkeit gestellt werden muss, nachdem sich vor wenigen Wochen doch auch „Air Berlin“ „mit sofortiger Wirkung“ von ihm trennte; woraufhin deren Aktienkurs signifikanterweise in die Höhe schnellte.

Stellenanzeigen sollen fortan ja so formuliert sein, dass ein alters-, staaten-, namen-, farb- und sprachloser Mensch undefinierbaren Sexus gesucht wird, der seine folglich kaum aussagefähige Bewerbung anonym hereinwirft. In vorliegendem Falle jedoch hätte gerade diese ideologisch fundierte Narretei uns die brennende Frage beantworten können, ob bei pur fachlicher Eignung als Alleinkriterium just der 70 Jahre junge Hartmut Mehdorn in die allerengste Auswahl katapultiert worden wäre. Und ob er mehr als andere in diesem Land allen jenen Anforderungen entspricht, die nun gefragt sind, um Deutschlands Renommee nicht weiter aufs Spiel zu setzen. Der Schaden wäre fast irreparabel.

So bleibt vorerst jenen desperaten Bürgern und Bahnkunden, die Mehdorn 2007 in einer Forsa-Umfrage zum „unsympathischsten Deutschen“ gewählt haben, nichts weiter übrig, als ihm reichlich Glück zu wünschen. Und jene, die ihn nun trotz obigen Wissens gekürt haben, sollten die Daumen besonders fest drücken.



Aller guten Dinge sind drei: Nachdem er schon der Deutschen Bahn und „Air Berlin“ seinen Stempel aufgedrückt hat und hierfür mehr Kritik als Lob einfuhr, soll Hartmut Mehdorn nun den Berliner Großflughafen retten

Bild: pa

Gastbeitrag



Wenn der Blickwinkel nicht mehr stimmt

Von Wolfgang Reith

Man reibt sich die Augen: Da hat doch der Kölner Stadtrat vor Kurzem tatsächlich die vor rund 400 Jahren abgehaltenen Hexenprozesse einmütig verurteilt und die Opfer „moralisch rehabilitiert“. Zudem wurde die katholische Kirche aufgerufen, sich von den damaligen Hexenverfolgungen und Hinrichtungen zu distanzieren. Auch in anderen rheinischen Städten gab es ähnliche Ratsbeschlüsse und sogar Bürgeranträge, in denen gefordert wurde, öffentlich der seinerzeit gefolterten und verbrannten „Hexen“ zu gedenken, ihnen Gedenktafeln zu widmen oder sogar Straßen nach den Opfern zu benennen.

Man könnte nun fragen, ob die Stadträte keine aktuelleren Probleme zu bewältigen haben als historische Tatbestände, die man im Nachhinein ohnehin nicht ändern kann, zu „korrigieren“. Nein, dahinter steht vielmehr ein gewandeltes Verständnis von Geschichte, nämlich Ereignisse der Vergangenheit mit Maßstäben der Gegenwart zu bewerten. Allerdings scheint sich diese abstruse, ja völlig ahistorische Sichtweise auf Deutschland zu beschränken, denn in anderen Staaten kommt man nicht auf die Idee, die eigene Geschichte umzudeuten, umzuschreiben oder gar für begangenes Unrecht um Vergebung zu bitten.

> Hinter der Umbenennung von Straßen steht eine ahistorische Sichtweise

Als sich Anfang 2012 der Geburtstag Friedrichs des Großen zum 300. Male jährte, wurde dieses Ereignis in vielen Medien mit kritischen und zum Teil negativen Untertönen thematisiert. Kaum ein Wort hingegen von den kulturellen Leistungen jener Zeit auf den Gebieten der Kunst und der Wissenschaft, von der Trockenlegung der Sumpflandschaft und der Neusiedlung im Oderbruch, von der Religionsfreiheit und dem aufklärerischen Geist Preußens, der sich etwa in dem Satz des großen Friedrich manifestierte: „Jeder soll nach seiner Façon glücklich werden.“ Stattdessen erneut die Reduzierung Preußens als der seinerzeit unzweifelhaft liberalsten aller europäischen Mächte auf einen angeblich allumfassenden gesellschaftlichen Militarismus!

Im Jahre 2017 wird man vor allem in Deutschland das 500. Jubiläum der Reformation begehen. Die Vorbereitungen dafür liegen in den Händen der ehemaligen hannoverschen Landesbischöfin und Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, die schon heute „politisch korrekt“ Luthers kritische Haltung gegenüber dem Judentum als „belastendes Erbe“ bezeichnet und zugleich betont, er sei auch „kein großes Beispiel für Toleranz etwa gegenüber dem Islam“ gewesen. Völlig unberücksichtigt dabei bleibt, dass Luther seine Vorbehalte zu einer Zeit äußerte, die von gänzlich anderen Werten geprägt war. Dennoch hält die „EKD-Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017“ (so ihre offizielle Funktionsbezeichnung) bereits die gesamte Reformation wegen ihrer Abgrenzung zum Katholizismus für „erst einmal nicht tolerant“. Was aber wird Käßmann erst zu der Predigt Martin Luthers sagen, die er am 25. November 1537 über Matthäus 25, Verse 31-46 hielt und die durchaus in unsere Tage passen könnte: „... wenn der Jüngste Tag nicht kommt, so wird doch der Türke bald kommen und so mit uns umgehen, dass wir sagen werden: Hier war einmal Deutschland.“ Dann wird Luther vielleicht zum „Rassisten“ oder „Rechtspopulisten“ abgestempelt oder – wie es kürzlich ein evangelischer Pfarrer angesichts genau jener Predigt tat – zu einem „Vordenker Sarrazins“.

Wie sehr an historische Begebenheiten immer wieder die Messlatte gegenwärtig gültiger Ethik- und Moralvorstellungen angelegt wird, zeigt sich schließlich an den in letzter Zeit geradezu inflationär zunehmenden Straßenumbenennungs-Kampagnen. So erhielten in etlichen Städten die nach Hindenburg benannten Straßen und Plätze neue Namen mit der Begründung, er habe Hitler zum Reichskanzler ernannt (ein nach der Weimarer Verfassung völlig demokratischer Vorgang). Da hilft auch der Einwand wenig, die besagten Straßen und Plätze seien bereits lange vor 1933 nach Hindenburg benannt worden und zwar für die gewonnene Schlacht bei Tannenberg 1914, mit der er Ostpreußen von den einmarschierten russischen Armeen befreite. Eine führende deutsche Tageszeitung urteilte dazu: „Wer Hindenburg entsorgt, entsorgt vor allem die Erinnerung daran, dass sich die Werte der Gesellschaft – auch einer demokratischen Gesellschaft – wandeln und dass man nicht immer so gedacht hat wie gerade jetzt.“

In Berlin wurde die Umbenennung der Treitschkestraße betrieben, weil diesem bedeutenden deutschen Historiker des 19. Jahrhunderts (fälschlicherweise!) der Satz „Die Juden sind unser Unglück“ zugeschrieben wird. Die Gegner der Umbenennung argumentierten zu Recht, dass Straßennamen jedoch „nicht an Vorbilder aus heutiger Sicht erinnern, sondern an die Maßstäbe, die zur Zeit der Benennung galten und damit historisches Gedächtnis der Stadt sind“. Wenn man im übrigen alle Personen aus dem Straßenbild tilgen wollte, die vor 1933 antisemitische Äußerungen von sich gegeben hätten, müssten auch Otto von Bismarck, Martin Luther, Thomas Mann, Karl Marx, Walter Rathenau und Richard Wagner verschwinden. Die Presse kommentierte dazu, Geschichte bestehe „eben nicht nur aus Leuten, die allen immer angenehm sind“. Doch während auf der einen Seite Hindenburg „entsorgt“ wird, benennt man zum selben Zeitpunkt in Berlin eine Brücke nach der Kommunistin Rosa Luxemburg mit der Begründung, es sei wichtig, an ihre Ermordung (1919) und den sich damals „schon andeutenden rechten Terror zu erinnern“.

> Man muss Geschichte so sehen, wie sie war und nicht, wie sie hätte sein sollen

In der Tat waren solche Sichtweisen in den Geschichtsbüchern der DDR üblich, doch sie scheinen sich unter dem Einfluss linker Pädagogen seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wieder auszubreiten und vor allem „gesellschaftsfähig“ zu werden. Geschichte, insbesondere die deutsche, wird inzwischen fast ausschließlich aus dem Blickwinkel der momentan gültigen „Werte“ gesehen, historische Abläufe mit sozialpsychologischen „Erkenntnissen“ der Gegenwart bewertet. „Eine ganze Generation von Schülern“, so hieß es dazu in einer Zeitungskolumne, „ist mit dem systematischen Rückschaufehler aufgewachsen, Geschichte von ihrem Ende her verstehen zu wollen“, und „... das Gestern von der Höhe heutiger Moral zu beurteilen“. Und an anderer Stelle wird ergänzt: „Wer den politischen Sauberkeitsansprüchen des 21. Jahrhunderts nicht standhält, landet auf dem Müllhaufen der Geschichte.“ Das jedoch sei wahrlich „kein Zeichen demokratischer Gesinnung“, sondern zeuge vielmehr von einem „moralisch verkürzten Geschichtsverständnis“ und belege „nur den Wunsch, geschichtslos zu sein. Dieser Wunsch aber ist – das hat George Orwell in ‚1984‘ gezeigt – im Kern totalitär.“ Ein Grund mehr, endlich umzudenken und Geschichte auch in Deutschland wieder so zu sehen, wie sie nun einmal war und nicht, wie sie nach heutigen Vorstellungen hätte sein sollen.

Wolfgang Reith war von 1973 bis 2009 als Lehrer und Schulleiter an einer Hauptschule in Duisburg tätig. Er ist Träger der Ehrennadel des Preußeninstituts.

Mit Essig geschrieben

Neben Wagner feiert Bayreuth auch Jean Paul – Der Schriftsteller wurde vor 250 Jahren geboren

Bayreuth befindet sich dieses Jahr im Ausnahmezustand. Die Festspielstadt bereitet sich auf das Wagner-Jahr vor. Fast vergessen wird dabei, dass auch ein anderer ganz Großer hier gewirkt hat: der Schriftsteller Jean Paul.

Die Idee, den 21. März in Bayern zum Feiertag zu machen, wäre ja auch zu schön gewesen. Schüler jubelten schon, nachdem sich dank elektronischer Medien wie ein Lauffeuer die Nachricht verbreitete, am Tag nach Frühlingsanfang sei schulfrei. Dabei hat sich eine Satire-Meldung verselbstständigt, mit der ein Verlag ein neues Buch von Ulrich Hohlbein über Jean Paul mit dem Titel „Ein Chinese in Rom" bewirbt.

Dabei hätte Jean Paul – nein, weder von Belmondo, noch von Sartre ist hier die Rede, sondern von dem Satiriker Johann Paul Richter, der seine beiden Vornamen französisierte – dabei hätte Jean Paul einen Feiertag verdient gehabt. Denn der vor 250 Jahren geborene Autor des „Titan", „Siebenkäs" und der „Flegeljahre" ist einer der bekanntesten Unbekannten der deutschen Literatur. Sein Name ist ein Begriff, seine Werke sind es weniger.

Hinzu kommt, dass seine Geburts- und Todesstätten – ob gewollt oder ungewollt – zu Pilgerstätten geworden sind. Aber nicht wegen Jean Paul. In Wunsiedel im Fichtelgebirge, wo er am 21. März 1763 geboren wurde, findet alljährlich am Grab einer früheren NS-Größe ein brauner Aufmarsch statt. Und nach Bayreuth, wo Jean Paul am 14. November 1825 gestorben ist, pilgern jeden Sommer die Wagner-Freunde ins Festspielhaus. Das 1841 errichtete Jean-Paul-Denkmal am Platz, der auch den Namen des Autors trägt, fristet dann ein Schattendasein.

Nach Stationen in Leipzig und Weimar lebte er über 20 Jahre in der oberfränkischen Stadt. Und



wäre Wagner nicht gekommen, dann wäre Jean Paul der berühmteste Sohn der Stadt. Zu Lebzeiten war er neben Goethe und Schiller einer der am meisten bewunderten Autoren. Dabei saß er irgendwie zwischen den Stühlen. Sein Roman „Hesperus oder 45 Hundposttage", der ihn 1795 auf Anhieb berühmt machte, erschien im selben Jahr wie „Wilhelm Meisters Lehrjahre" des Klassikers Goethe und „William Lovell" des Romantikers Ludwig Tieck. Für Autoren wie Hölderlin, Kleist oder eben Jean Paul, die man in dieser Zeit weder der einen noch der anderen Epoche voll zuordnen konnte, erfand man später den Begriff „Gegenklassik".

Obwohl er Goethe als unnahbaren „Eispalast" bezeichnet hat, so hatte er doch nichts „gegen" den Dichterfürsten. Seine Werke schlugen da schon eine andere Richtung ein, weg von der klassischen Strenge, hin zur humoristischen Verspieltheit. Seine Bücher fahren ein geradezu operettenhaftes Arsenal auf: Es kommt zu Verwechslungen, Intrigen, Verschwörungen, Duellen, Raubüberfällen. Solche Motive fallen üblicherweise in das Gebiet der Kolportageliteratur, doch Jean Paul sorgt mit seitenlangen Abschweifungen und Fußnoten für satirische Unterhaltung, die ihn noch für viele heutige Kabarettisten zum Vorbild gemacht haben.

Als „satirische Essigfabrik" bezeichnete er in seinem Romanerstling „Die unsichtbare Loge" sein Metier. Dank der Komposita der deutschen Sprache produzierte seine „Fabrik" unentwegt Wortgerölle wie „Hundposttage", „Schmollgeister" oder „Waschmaschine", lange bevor diese überhaupt erfunden wurde. Schon als Schüler galt er als kauziger Sammler von Literatur. Er notierte alles, was er gelesen hatte. In Foliobänden schrieb er Exzerpte des Gelesenen. Bis 1823 sammelten sich so 110 private Exzerptbände mit bis zu 360 Seiten an. Er schuf sich damit eine kleine Privatbibliothek, die an seine Idylle „Leben des vergnügten Schulmeisterlein Maria Wutz in Auenthal" erinnert. Weil Wutz knapp bei Kasse ist und sich keine Bücher leisten kann, schreibt er sich eben selbst seine kleine „Taschendruckerei" heran. In der Kindheit musste sich Jean Paul auf ähnliche Weise behelfen. Da der Vater früh starb, die Mutter arm war und ein Bruder Selbstmord beging, schrieb er sich ein enzyklopädisches Wissen an, um nicht als Hilfslehrer oder Dorfpfarrer zu enden.



Bilder: privat, Archiv

Jean Paul und sein Denkmal in Bayreuth

Dank seiner „Essigfabrik" war er einer der produktivsten deutschen Schriftsteller überhaupt. Die zehnbändige Hanser-Ausgabe sämtlicher veröffentlichter Werke bringt es allein schon auf 10 500 Seiten. Rechnet man die Exzerptbände, Korrespondenzen, Notizen und sonstige Aphorismen hinzu, kommt man auf eine vielfache Seitenanzahl. Für Jean Paul war Schreiben ein Genuss. In einer seiner gesammelten Sentenzen heißt es: „Man sollte nicht Zeitvertreib sagen, sondern Zeitgenuss". Jean-Paul-Freunde sollten sich jedenfalls nicht den Zeitgenuss im neugestalteten Jean-Paul-Museum entgehen lassen, das am 21. März in Bayreuth wiedereröffnet wird. *Harald Tews*

Ein Buch für die Ewigkeit

Ein Werk reicht oft aus, um seinen Autor berühmt zu machen. Im Fall von Egon Friedell, der vor 75 Jahren in Wien gestorben ist, war es ein Mammutwerk von 1500 Seiten, das für vier oder fünf Bücher gereicht hätte. Seine zwischen 1927 und 1931 erschienene „Kulturgeschichte der Neuzeit" wird bis heute immer wieder neu aufgelegt.

Hätte der 1878 in Wien geborene Österreicher das Werk nicht geschrieben, wäre er nahezu unbekannt geblieben. Eigentlich war er Theaterkritiker, Schauspieler und Conférencier, ehe er nach einer Krankheit nur noch als freier Autor lebte. Sein kulturgeschichtliches Wissen, das er sich als Philosophiestudent angeeignet hatte, nutzte er dann zu einem Rundumschlag durch die abendländische Kultur vom Mittelalter bis zur Neuzeit. Als am 16. März 1938 SA-Männer vor der Wohnung des Juden auftauchten, stürzte er sich vom Fenster im dritten Stock aus in den Tod. *tws*



Bild: Archiv

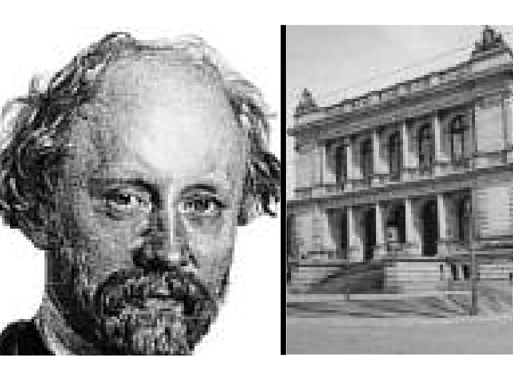
Briefmarkenmotiv: E. Friedell

Hebbels »Ring«

Zwei Jubilare treffen sich nach 200 Jahren

Um ein Haar hätten sich im Königsberger Stadttheater zwei Künstler getroffen, die zwei Dinge gemeinsam haben: das Geburtsjahr und die Liebe zu den Nibelungen. Der Komponist Richard Wagner und der Dramatiker Friedrich Hebbel, die beide 1913 geboren wurden und die beide auch ein Werk über die Nibelungen geschaffen haben, sind sich jedoch vermutlich wohl nie begegnet.

Das Stadttheater Königsberg, das als eines der renommiertesten in Deutschland und als Schmelztiegel für viele Künstler galt, hätte aber solch ein Treffpunkt sein können, wenn Wagner es dort länger als Kapellmeister ausgehalten hätte. 1836 und 1837 dirigierte er dort, zuletzt sogar als Musikdirektor. In der Tragheimer Kirche heiratete er schließlich die Schauspielerin Minna Planer. Doch als der Theaterbetrieb kurzzeitig bankrott ging, zog er mit seiner Frau weiter nach Riga, wo er eine Kapellmeisterstelle annahm.



Erfolg im Stadttheater Königsberg (rechts) mit „Maria Magdalena": Friedrich Hebbel Bilder: Archiv

Während Wagner beruflich weitestgehend schon auf eigenen Füßen stand, versuchte Friedrich Hebbel verzweifelt, mit literarischen Ergüssen seiner Armut zu entfliehen. Vor 200 Jahren, am 18. März 1813, in Wesselburen im damals per Personalunion mit Dänemark verbundenen Dithmarschen geboren, hatte er es von Anfang an nicht leicht gehabt. Als der Vater, ein Maurer, eine Bürgschaft nicht einlösen konnte, ging es mit der Familie bergab. Man verlor das Haus und Sohn Friedrich musste in der Klippschule unterrichtet werden. Nach dem Tod des Vaters kam Friedrich in den Dienst eines Kirchspielvogts, der für eine bessere Schulbildung seines Laufburschen sorgte.

Nachdem Hebbel in Hamburg erste journalistische Artikel veröffentlicht hatte, machte er einen Fußmarsch durch Deutschland und kam völlig mittellos in München bei einem Tischler unter. Langsam reifte sein Entschluss, Dramatiker zu werden, doch sein schriftstellerischer Durchbruch dauerte bis zur Uraufführung seines Trauerspiels „Maria Magdalena" im Königsberger Stadttheater am 13. März 1846. Das Stück wurde Hebbels erster großer Erfolg. Der bis dahin immer noch am Rande des Existenzminimums und mittlerweile in Wien lebende Autor konnte von nun an befreit schreiben. Rasch entstanden weitere bekannte Stücke wie „Agnes Bernauer", „Gyges und sein Ring" oder eben jene schon erwähnten „Nibelungen". Noch bevor Wagners einzelne „Ring"-Teile uraufgeführt wurden, schuf Hebbel unabhängig davon eine ähnliche Mammut-Trilogie, die ursprünglich zur Aufführung an zwei Abenden gedacht war.

Hebbel und Wagner – sie hatten viel gemeinsam. Auch wenn sie sich zu Lebzeiten nie begegnet sein mögen, so treffen ihre Wege nach 200 Jahren schließlich doch noch zusammen. *tws*

Nichts wie weg

Lübecker Buddenbrookhaus zeigt Lebenswege von deutschen Exilanten

Zögerlich blickt die junge Frau auf ihren Partner und stellt fest, dass auch er ein wenig ratlos vor den 32 großen Porträtfotos blickt, die an 16 Schaukästen auf Augenhöhe angebracht sind. Eine Museumsangestellte geht auf das sich fragend anschauende Paar zu und fragt, ob sie helfen könne. Dieses gesteht sofort, dass es mit der Ausstellung nicht wirklich etwas anfangen und es den Mehrwert nicht entnehmen könne, obwohl doch die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller im „Spiegel" so anspruchsvoll über das Thema geschrieben habe.

Herta Müller ist Schirmherrin der Sonderausstellung „‚Fremd bin ich den Menschen dort' – Lebenswege im Exil", die noch bis zum 26. Mai im Lübecker Buddenbrookhaus zu sehen ist. Die Ausstellung wurde 2012 zum 100. Jubiläum der Deutschen Nationalbibliothek (DNB) erstellt und zeigt Biografien von 16 Literaten oder Journalisten aus dem beim DNB angesiedelten Exilarchiv.

In ihrer Eröffnungsrede zur Ausstellung hatte Müller ihre eigenen Erfahrungen der Flucht aus Rumänien und die behördlichen Schikanen bei einem abweisenden Empfang in Deutschland geschildert. Eindrücklich hatte sie die Aktualität des komplexen Thema „Exil" und die Bedeutung eines noch immer fehlenden Exil-Museums in Deutschland beschworen.

Doch in der Ausstellung selbst spürt man nur wenig davon. Die Kurzbiografien sind sehr knapp. Nicht immer wird deutlich, warum die Vorgestellten Deutschland beziehungsweise Österreich verlassen mussten. Bei den meisten dürfte ihre jüdische Herkunft der Grund gewesen sein, nur bei Margarete Buber-Neumann wird deutlich, dass es hier ihre kommunistische Gesinnung war. Bei



Blick auf die Schaukasten: Herta Müller ist Schirmherrin der Ausstellung Bild: Bel

Hanns W. Lage sind die Schilderungen seiner Inhaftierung auf der Isle of Man ganz interessant. Der 1915 Geborene war, warum auch immer, nach England ausgewandert und wurde dort während des Zweiten Weltkrieges, weil er Deutscher war, von den Briten gefangengehalten. Auch ist es aufschlussreich zu erfahren, dass einer der Dargestellten als Professor in der Türkei eine neue Aufgabe fand. Doch als er dorthin ging, hatte er nie damit gerechnet, länger dort zu bleiben, da er, wie angeblich viele seiner Freunde und Bekannten, die Nationalsozialisten in Deutschland nur für ein sehr kurzfristigen Spuk hielt.

Laut eigener Aussage will die Ausstellung zeigen, dass der soziale Status der Exilanten, ihr Bildungshintergrund, ihre Qualifikation und Beruf darüber bestimmten, wie Exil und Emigration verliefen. „Aber auch die Aufnahmeregularien der möglichen Fluchtländer, der Zeitpunkt der Flucht und nicht zuletzt der Zufall waren entscheidende Faktoren", heißt es in der Ankündigung. Es gehe zudem um Heimatverlust, dem Verhaftetbleiben in der alten Kultur, dem Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit, dem Schicksal der gebrochenen Karriere oder auch der gelungenen Integration.

Doch die Kurzbiografien von bekannten Personen wie dem Maler George Grosz und dem Publizisten Ernst Loewy sowie weniger bekannten wie Emma Kann, Hilde Loewe-Flatter, Ernst Moritz Manasse oder Fritz Neumark lassen die Geschichte nicht lebendig werden. Die in den Schaukästen gezeigten Gegenstände und Dokumente aus den Nachlässen sind statisch und der insgesamt fünf Stunden umfassende Audio-Guide ist für einen normalen Museumsbesucher nur in Ausschnitten hörbar, da er zu viel Zeit in Anspruch nimmt.

Und um ehrlich zu sein, hat man Lebensläufe von Juden, die rechtzeitig vor den Nationalsozialisten flüchteten, im Exil aber nicht glücklich wurden, in zahlreichen anderen Ausstellungen schon besser und bewegender präsentiert bekommen. *Rebecca Bellano*

Sonderausstellung „Fremd bin ich den Menschen dort' – Lebenswege im Exil", Buddenbrookhaus, Mengstraße 4, 23552 Lübeck, Telefon (0451) 122 4190. Eintritt: 6 Euro, ermäßigt 3 Euro.

Ein Exilant kehrt zurück: »Dr. Faustus kommt nach Deutschland«

Parallel zu einer noch bis 15. September laufenden Ausstellung zum 250 Geburtstag von Jean Paul mit dem Titel „Zettelkästen. Maschinen der Phantasie" wird im Deutschen Literaturarchiv Marbach am 19. März die Schau „Dr. Faustus kommt nach Deutschland" eröffnet. Darin ist bis zum 7. Juli zu sehen, wie akribisch Thomas Mann seine Rückkehr aus dem US-Exil nach Europa vorbereitet hat.

Drei Jahre lang, von 1947 bis 1950, schreiben sich Thomas Mann und Peter Suhrkamp zahlreiche Briefe. Nachdem Suhrkamp im Oktober 1945 als erster Verleger in Berlin eine Verlagslizenz von der britischen Militärregierung erhalten hat, kommen auch die Bücher von Thomas Mann wieder auf den deutschen Markt: 1946 erscheint im „Suhrkamp Verlag vorm. S. Fischer" der Roman „Lotte in Weimar", 1948 ein Band mit Erzählungen, 1948 der „Doktor Faustus" – Manns großer, zwischen 1943 und 1947 im amerikanischen Exil entstandener Deutschland-Roman – und 1949 der vierte Band der Joseph-Tetralogie. Der briefliche Austausch zwischen Autor und Verleger gibt Einblick in Manns persönlichen Umgang mit einem Land, das er 1933 verlassen musste. Der Eintritt beträgt neun Euro. *PAZ*

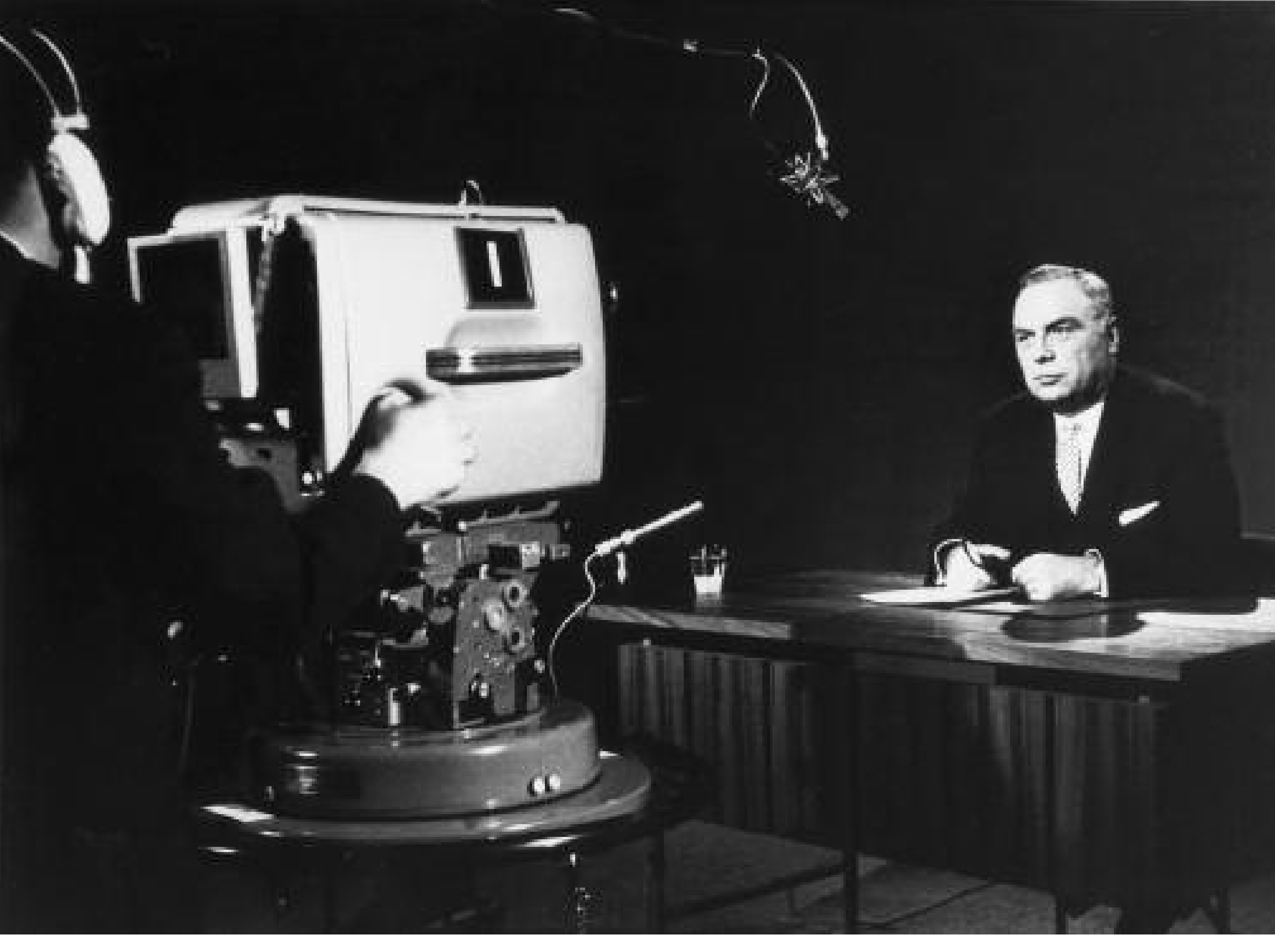
Die Heimat der Mainzelmännchen

Vor 50 Jahren nahm das Zweite Deutsche Fernsehen den Sendebetrieb auf

Dem Sendestart des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) gingen langjährige, historisch bedingte politische Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern voraus. Am 1. April 1963 war es dann soweit: Das neue Fernsehprogramm ging um 19.30 Uhr mit einer Ansprache des Intendanten Karl Holzamer auf Sendung. Im Anschluss daran folgte die Nachrichtensendung „heute“. Bis dahin war es jedoch ein weiter Weg.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Sendeanlagen von den Besatzungsmächten betrieben, und erst ab 1948 in Landessender des öffentlichen Rechts unter deutscher Verwaltung umgewandelt. Diese schlossen sich 1950 dann zur Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD) zusammen, obwohl die Bundesregierung unter Konrad Adenauer sehr daran interessiert war, Rundfunk und Fernsehen als Bundesangelegenheit zu betreiben, was jedoch verfassungswidrig war.

Der Nordwestdeutsche Rundfunk, Vorgänger des Norddeutschen und des Westdeutschen Rundfunks, strahlte ab Ende 1952 ein regelmäßiges offizielles Fernsehprogramm für anfangs nur wenige Gerätebesitzer aus, während es in den USA schon über 15 Millionen Fernsehteilnehmer gab. Durch medienwirksame Großereignisse wie die Krönungszeremonie von Elisabeth II. am 2. Juni 1953 in London und die Fußball-Weltmeisterschaft 1954 in Bern entwickelte sich der Fernseher-Verkauf rasant. Das Fernsehen wurde zum neuen Massenmedium. Bereits 1957 gab es über eine Million Teilnehmer und ein Ende des Wachstums war nicht absehbar. Unter dem Dach der ARD wurde ab 1954 als „Deutsches Fernsehen“ bundesweit ein Gemeinschaftsprogramm ausgestrahlt, an dem die angeschlossenen Rundfunkanstalten der einzelnen Länder beteiligt waren. Es wurde später dann „Erstes deutsches Fernsehen“ beziehungsweise verkürzt „Das Erste“ genannt.



Bei seiner Ansprache am 1. April 1963: ZDF-Intendant Karl Holzamer Bild: pa

Ende der 50er Jahre kam Interesse an einem zweiten Fernsehvollprogramm auf. Wieder kam es zum Streit zwischen Bund und Ländern, woraufhin Bundeskanzler Adenauer zusammen mit seinem Justizminister Fritz Schäffer 1960 die Deutsche Fernsehen GmbH gründete. Nach einer Klage der SPD-regierten Bundesländer entschied das Bundesverfassungsgericht 1961 – auch vor dem historischen Hintergrund des zentral organisierten Rundfunks in der Weimarer Republik, der die staatliche Einflussnahme begünstigt hatte und der nach der Gleichschaltung im Nationalsozialismus zu Propagandazwecken missbraucht worden war – gegen den Bund und sprach die Rundfunkkompetenz den Bundesländern zu.

Der Bedarf an einem zweiten Sender war da und die Ausstrahlung technisch möglich, so gründeten die Länder 1961 eine zentrale – im Gegensatz zu den dezentralen Länderstudios der ARD – gemeinsame gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF). Über den Standort hatte es vorab Meinungsverschiedenheiten gegeben. Neben Mainz waren Essen, Frankfurt und Düsseldorf im Gespräch. Nach vorhergegangenen Wahlgängen machte Mainz in der letzten geheimen Abstimmung mit knapper Mehrheit das Rennen. Auch bei der Wahl des Intendanten und des Programmdirektors kam es zu parteipolitischen Auseinandersetzungen.

Das ZDF ging am 1. April 1963 auf Sendung und konnte theoretisch von über 60 Prozent der Fernsehteilnehmer empfangen werden. Da jedoch im UHF-Frequenzbereich gesendet wurde, war hierzu eigentlich ein neuerer Fernseher notwendig, doch gab es für die älteren Modelle für 80 D-Mark einen UHF-Vorsatzkonverter.

Die Mainzelmännchen waren als Sympathieträger und vor allem als Werbetrenner von Anfang an dabei. Die sechs zwergartigen Trickfiguren leiten mit lustigen kurzen Episoden vom Programm zur Werbung über und sorgen so für die vorgeschriebene wahrnehmbare Abgrenzung. Das ZDF darf wie „Das Erste“ nur werktags vor 20 Uhr maximal 20 Minuten täglich Werbung zeigen.

Ab 1967 wurde dann auch in Farbe gesendet. Durch den erweiterten Radius der Ausstrahlung wurden jetzt etwa vier Fünftel der Teilnehmer erreicht.

Fast von Anfang an wurde das „Aktuelle Sportstudio“ ausgestrahlt, das gleich mit einer personalstarken Redaktion anfing und auch durch die gerade eingeführte Fußball-Bundesliga auf großes Interesse stieß.

> Durchschnittsalter der Zuschauer liegt um die 60 Jahre

Das ZDF hat in vielerlei Hinsicht Fernsehgeschichte geschrieben. Von 1964 bis 1983 wurden zwischen Weihnachten und Neujahr Abenteuer-Vierteiler ausgestrahlt, die in Koproduktion mit Frankreich hergestellt worden waren. Die Neuverfilmung von Klassikern wie „Die seltsamen und einzigartigen Abenteuer des Robinson Crusoe aus York von ihm selbst berichtet (1964)“, „Die Schatzinsel“ (1966), „Die Lederstrumpferzählungen“ (1969) „Der Seewolf“ (1971) oder „Die Abenteuer des David Balfour“ (1978) begeisterten die Zuschauer mit ihrer Detailgenauigkeit und Ausführlichkeit und wurden auch in der Wiederholung noch einmal gern gesehen. Für manch einen Schauspieler war dies der Karrierestart.

Auch im Show-Bereich haben beliebte Showmaster über viele Jahre das Publikum fasziniert, wie Hans Rosenthal mit „Dalli Dalli“ von 1971 bis 1986 und Wim Thoelke mit „Der große Preis“ von 1974 bis 1993. Noch heute aktuell ist „Wetten, dass ...?“, wo der Moderatoren-Wechsel von Thomas Gottschalk zu Markus Lanz gerade wieder die Medienwelt bewegt.

Im Krimibereich wurden zwar „Derrick“ und „Der Kommissar“ in den Ruhestand geschickt, aber einige Serien laufen schon seit den 70er Jahren erfolgreich, wie die Münchener „Soko 5113“, ein Format, das auf verschiedene andere Städte ausgeweitert wurde, und „Der Alte“ sowie „Ein Fall für Zwei“, diese Serie wird jedoch 2013 mit der 300. Folge eingestellt.

Bei den Serien sind regional geprägte Geschichten wie „Der Bergdoktor“, „Der Landarzt“ und „Küstenwache“ besonders beliebt, aber auch Familiengeschichten aus den 80er Jahren, wie „Diese Drombuschs“, „Das Erbe der Guldenburgs“, und „Die Schwarzwaldklinik“ als Mutter aller deutschen Krankenhausserien.

Als öffentlich-rechtliche Anstalt wird das ZDF über Gebühren finanziert, die bei jedem Haushalt und anderen beitragspflichtigen Betriebsstätten erhoben werden. Das ZDF ist an Programmen wie Phoenix, Arte und Kika jeweils mit 50 Prozent beteiligt und strahlt im freien Digitalfernsehen ZDFinfo, ZDFneo und ZDFkultur aus.

Auch nach 50 Jahren steht das Programm vom ZDF immer noch hoch in der Publikumsgunst und führt seit 2012 bei den Marktanteilen beim Gesamtpublikum knapp vor RTL und ARD. *Britta Heitmann*

Deutschlands Jugend im Zweiten Weltkrieg

ZDF erhebt mit dem Titel »Unsere Mütter, unsere Väter« den Anspruch, mit ihrem neuen Dreiteiler eine ganze Generation vorzustellen

Auf den ersten Blick handelt es sich um einen Titel zum Nachfragen: „Unsere Mütter, unsere Väter“. Wen meint das ZDF mit diesen Worten? Antwort gibt der öffentlich-rechtliche Sender in seinem generationen-übergreifenden, dreiteiligen Fernsehfilm diesen Sonntag sowie am darauffolgenden Montag und Mittwoch jeweils ab 20.15 Uhr.

Der Film blendet zurück in die Kriegsjahre 1941 bis 1945. Die Jüngeren unter den Zuschauern werden feststellen: Es geht nicht um ihre Eltern, sondern um die noch älteren. Das ist „Opas Krieg“, an den in diesen insgesamt viereinhalb Stunden TV-Film erinnert wird. Und von dem der Großvater eigentlich nie erzählt hat, weil das Erlebte so gar nicht ruhmreich war, sondern grausig, belastend, traumatisierend.

„Unsere Mütter, unsere Väter“ – das meint die Generation, die den Zweiten Weltkrieg in ihrer Jugend erlebte und durchlitt, als sie gerade aus dem Tanzstundenalter heraus war, damals, im Sommer 1941. Der Autor des Drehbuches Stefan Kolditz (56), mit dessen Namen sich preisgekrönte Erfolge wie „Dresden“ oder die eigene DDR-Wachsoldaten-Erinnerung „An die Grenze“ verbinden, erzählt die fiktive Geschichte von fünf jungen Menschen, deren Erlebnisse, Erfahrungen und Leiden im Zweiten Weltkrieg symbolhaft stehen für Millionen Deutsche, Mitläufer aus Begeisterung die einen, eher widerwillig die anderen. Gehorsam und Verweigerung, Zweifel und Verzweiflung, Sterben und Überleben bestimmen das Geschehen. Nur wenige Zeitzeugen gibt es noch – inzwischen um die 90 Jahre alt –, die davon erzählen könnten.

Mit unbeschwert lachenden Gesichtern beginnt der Film. Die fünf Freunde feiern Abschied in Berlin. Wilhelm, schon Leutnant, und Friedhelm, sein jüngerer, nachdenklicher Bruder, müssen an die Ostfront; Charlotte, die es als Verpflichtung sieht, dem Vaterland zu dienen, wird Krankenschwester in einem Feldlazarett; Greta macht in Berlin als Schlagersängerin und Liebchen eines SS-Führers Karriere; und Viktor, der junge Schneider mit jüdischen Eltern, will der Verfolgung entkommen, wird verraten, kann beim Transport ins KZ aber fliehen und schließt sich polnischen Partisanen an.

> Unrealistischerweise hängt im Film selbst das Feldlazarett eine Hakenkreuzfahne heraus

Weihnachten wollten sich die Fünf eigentlich in Berlin wieder treffen. Aus den Monaten werden vier schreckliche Jahre, die der Film episodenhaft in aller Härte spiegelt, darunter die Erschießung eines 14-jährigen Mädchens in einem ukrainischen Bauerndorf.

Dass sich die Wege der Freunde in der Weite Russlands bei schnellem Vormarsch und verlustreichen Rückzugsschlachten kreuzen, ist im fiktiven Spiel zwar ein gern genutzter dramaturgischer Kniff, kostet die Geschichte aber Glaubwürdigkeit. So kämpft der jüngere Friedhelm zum Beispiel unter dem Befehl seines Leutnant-Bruders, und als er schwer verwundet wird, kommt der scheinbar dem Tode Geweihte ausgerechnet ins Lazarett von Charlotte, die ihm das Leben rettet. Greta, die als Diva inzwischen frontnah zur Truppenbetreuung eingesetzt wird – eine Garbo-Kopie –, trifft dabei drei ihrer Berliner Freunde wieder. Verdichtete Realität mag es die Branche nennen. Für den Zuschauer ist es ein Zuviel der Zufälligkeiten.

Es ist trotzdem großes Kino und schmälert nicht das handwerklich so untadelig Filmische, das der junge Regisseur Philipp Kadelbach (38), Träger des Deutschen Fernsehpreises 2011 für den RTL-Mehrteiler „Hindenburg“, erneut unter Beweis stellt. Die Darsteller, die er einfühlsam führte, sind eine Riege unverbrauchter TV-Gesichter. Gedreht wurde in Litauen, wo trotz eisiger Kälte Kunstschnee notwendig wurde, in Lettland und in Deutschland.

Rund 14 Millionen Euro kostete der Dreiteiler, von denen das ZDF zehn und die Filmförderung der Länder vier Millionen trugen. Die gesamte Produktion lag bei teamWorx (Ufa/Bertelsmann), eine der renommiertesten deutschen Adressen mit Produktionen wie „Der Tunnel“, „Dresden“ und „Die Flucht“. „Der neue Dreiteiler zählt zu den stärksten und aufwendigsten Produktionen in der 14-jährigen Geschichte von teamWorx“, sagt Produzent Nico Hofmann. „Es war ein langgehegter Wunsch von mir, die Kriegserlebnisse meiner Eltern so präzise wie möglich zu erzählen und ein Generationenporträt zu schaffen.“

Historiker und Fachberater standen dem Team zur Seite. Trotzdem gibt es einige Fehler. Feldlazarette hängten nie eine Hakenkreuzfahne heraus, sondern kennzeichneten (und schützten) ihr Territorial mit Rot-Kreuz-Flaggen. Besonders ärgerlich, dass Einblendungen in Bildern, die das Vordringen der Sowjets auf deutschem Gebiet im Januar 1945 markieren sollen, polnisch „Gliwice“, „Ratiborcz“ und „Klodzko“ vermerken statt der damals noch unbestritten gültigen deutschen Namen „Gleiwitz“, „Ratibor“ und „Glatz“. Und es war auch nicht, wie es in der Einblendung heißt, der Böhmerwald nahe Passau, in dem Russen am Schluss des Films auf Kindersoldaten, die sogenannten Werwölfe, stießen, sondern allenfalls ein Stück böhmischer Wald in den Ausläufern der Sudeten. In Geografie haben die Berater offensichtlich gefehlt.

> Für 1945 noch zweifelsfrei reichsdeutsche Städte werden polnische Namen verwandt

Wie vom ZDF schon mehrfach mit großem Zuspruch bei Fernsehfilmen wie „Die Gustloff“, „Krupp“ und „Rommel“ praktiziert, begleitet die ZDF-Redaktion Zeitgeschichte den Dreiteiler mit zwei Dokumentationen. Am Sonntag unmittelbar im Anschluss an die erste Folge um 21.45 Uhr und am Mittwoch erst nach Mitternacht um 0.45 Uhr. Die erste Dokumentation zeigt parallel zum fiktiven Spiel die reale Situation im Sommer 1941. So die Vorbereitung des Russland-Feldzugs, die Euphorie des schnellen Vormarsches, der sogenannte Kommissarbefehl (Erschießung sowjetischer Kommissare) und die Massenmorde an Juden in den besetzten Gebieten. Die zweite Dokumentation gilt hauptsächlich dem Geschehen im Sommer 1944.

Zeitzeugen erzählen von den hohen Verlusten nach Beginn der russischen Gegenoffensive, von den Kolonnen deutscher Kriegsgefangener, die beim Marsch durch Moskau vorgeführt werden, von zunehmender Fahnenflucht, die durch Erschießung oder Fronteinsatz im berüchtigten Batallion 999 bestraft wurde, und schließlich vom Kriegsende auf deutschem Boden.

Acht Jahre hat Stefan Kolditz für Recherche und Drehbuch aufgewandt, 86 Tage der erfahrene David Slama an 140 fast täglich wechselnden Sets die Kamera bedient, ein Jahr Regisseur Philipp Kadelbach im Schneideraum gesessen. Heike Hempel, Leiterin der ZDF-Hauptredaktion Fernsehspiel, äußert die Hoffnung, „dass sich der Ernst und die Leidenschaft derer, die hinter ,Unsere Mütter, unsere Väter‘ standen, auf die Zuschauer vor dem Fernseher übertragen.“

Karlheinz Mose

Erziehung im Geiste des Pietismus

Der Gründer und Namensgeber der Franckeschen Stiftungen wurde vor 350 Jahren geboren

Ebenso einzigartig wie die Gründungsgeschichte der Franckeschen Stiftungen in Halle an der Saale ist der Gesamtkomplex der fast 50 historischen Gebäude im Zentrum von Halle. Sie bilden heute wieder eine Schulstadt mit angegliederten gewerblichen und wissenschaftlichen Einrichtungen im Sinne ihres Stifters, des evangelischen Theologen, Pädagogen und Kirchenlieddichters August Hermann Francke. Am 22. März 1663 kam der Pietist in Lübeck zur Welt.

August Hermann Francke war nicht einfach nur ein Angehöriger, sondern einer der Hauptvertreter dieser für Preußens Entwicklung und Staatsidee so wichtigen Frömmigkeitsbewegung innerhalb der Kirche. Durch sein Wirken wurde Halle zu einem der wichtigsten Zentren des lutherischen Pietismus. Die „Halleschen Anstalten zur Erziehung der Jugend“ galten zu Franckes Lebzeiten und darüber hinaus als eine der bedeutendsten protestantischen Bildungseinrichtungen Europas. Franckes Ziel war es, die Kinder „zu einer lebendigen Erkenntnis Gottes und Christi und zu einem rechtschaffenen christlichen Tun“ zu führen. Seine Schulen hatten großen Zulauf aus allen gesellschaftlichen Kreisen und sogar aus dem Ausland, repräsentierten sie doch den Kanon der Tugenden, die man bald schon als die preußischen bezeichnete. Mit ihrem vielgliedrigen System wurden sie zum Vorbild für das preußische Schulwesen.

August Hermann Francke entstammte der Oberschicht der reichsunmittelbaren Hansestadt Lübeck. Sein Vater, Johannes Francke, war Syndikus beim Domkapitel des Stifts und der gesamten Landstände des Fürstentums Ratzeburg und seine Mutter Anna, eine Tochter des Lübecker Bürgermeisters David Gloxin. Die Erziehung der sechs überlebenden Kinder des Ehepaares wurde durch den sehr frommen Vater beeinflusst. Dieser erhielt 1666 eine Berufung als Hof- und Justizrat nach Gotha. Er starb bereits 1770.

August Hermann wurde überwiegend privat unterrichtet und auf ein Hochschulstudium vorbereitet. Ab 1679 studierte er in Erfurt, Kiel und Leipzig Philosophie und Theologie. 1684 wurde er Magister der Philosophie, habilitierte sich in Leipzig und begann, an der Paulinerkirche zu predigen. 1687 setzte er seine biblischen Studien mittels einer Familienstiftung in Lüneburg fort.

In dieser Zeit durchlebte Francke eine Glaubenskrise. Möglicherweise wurden seine starken Zweifel durch die von den pietistischen Theologen postulierte Notwendigkeit verstärkt, dass ein Mensch erst durch ein Erweckungserlebnis Gewissheit über die biblischen Wahrheiten erlangen könne. Mit derartigen Auffassungen widersprach der Pietismus der altprotestantischen Orthodoxie. Innerhalb der protestantischen Kirche war aus diesem Grund ein ausgeprägter Richtungsstreit entbrannt.

1687 erlebte Francke in Lüneburg nach seinen eigenen Worten eine geistliche Wiedergeburt und gewann damit einhergehend die von ihm ersehnte Glaubensgewissheit. Als Dozent nach Leipzig zurückgekehrt, hielt er im Anschluss an seine lateinischen Vorlesungen auch Kolloquien in deutscher Sprache für städtische Bürger ab. Da die Frömmigkeitsbewegung anschließend auch Teile der Stadtbevölkerung ergriff, erteilte der Magistrat ihm ein Vorlesungsverbot. Francke wirkte daraufhin als Pfarrer in Erfurt und wurde dort wegen seiner pietistischen Ausrichtung ebenfalls angefeindet und aus der Stadt vertrieben. Durch die Vermittlung des einflussreichen Theologen Philipp Jakob Spener (1635–1705) erhielt er 1691 einen Lehrauftrag für Griechisch und orientalische Sprachen an der neu entstandenen Universität im danals brandenburgischen Halle. 1694 schloss er mit Anna Magdalena von Wurm den Bund der Ehe, aus dem drei Kinder hervorgingen. 1698 wurde er zum Professor ernannt.

Ab 1691 bekleidete August Hermann Francke außerdem das Pfarramt in Glaucha, einem kleinen Ort vor den Toren der Stadt Halle. Mit einer Spende von vier Talern und 16 Groschen eröffnete er 1695 im Pfarrhaus eine Armenschule, ein Waisenhaus und ein Pädagogium als Erziehungs- und Bildungsanstalt für Kinder aus dem Adel und dem reichen Bürgertum. 1697 gründete er die Latina, eine höhere Schule für Knaben aus dem Bürgertum. Damit hatte Francke als ein begnadeter Organisator seine Lebensaufgabe gefunden. Er fuhr fort, nach dem Bibelwort zu handeln, das er zu seinem Motto erklärt hatte: „Die auf den Herren harren, kriegen neue Kraft, dass sie auffahren mit Flügeln wie Adler.“ Dank kurfürstlicher Privilegien und großzügiger Sach- und Geldspenden wurde von 1698 bis 1701 ein für damalige Verhältnisse sehr großes Gebäude als Waisenhaus und Hauptgebäude der Stiftungen errichtet. Wenig später schlossen sich ein Waisenhaus für Mädchen und eine Mädchenschule an. Aus dem Kreis der Studenten, denen ein Freitisch geboten wurde, konnte Francke Lehrer und Mitarbeiter für das immer umfangreichere schulische und soziale Aufgabenfeld gewinnen. Über die Einkünfte aus der angegliederten Buchdruckerei und Buchbinderei, der Buchhandlung sowie einer Apotheke wurde das Waisenhaus finanziert, und es wurden wertvolle Kunst- und Naturaliensammlungen angelegt.

1710 gründete Francke zusammen mit dem preußischen Freiherrn Carl Hildebrand von Canstein die Cansteinsche Bibelanstalt zur Herstellung preiswerter Bibeln. Sie gilt heute als die älteste Bibelgesellschaft der Welt.

Mit Unterstützung des dänischen Königs förderte Francke zudem die lutherische Mission in Ostindien. Durch Missionare, Lehrer und Ärzte verbreiteten sich die Reformen des Halleschen Pietismus in zahlreichen Ländern. Mit der Zeit waren selbst seine schärfsten Kritiker verstummt. Als August Hermann Francke am 8. Juni 1727 starb, zählte man in seinen Schulen 2200 Kinder, die von 167 Lehrern unterrichtet wurden. In den Waisenhäusern waren 154 Kinder untergebracht, und 250 Studenten erhielten jeden Tag freie Mahlzeiten. Sein Denkmal im Lindenhof der Franckeschen Stiftungen zu Halle trägt die schlichte Inschrift: „Er vertraute Gott.“ *D. Jestrzemski*

Von Christian Daniel Rauch 1829 erschaffen: Francke-Denkmal in Glaucha Bild: imago

Helfer vieler Journalisten

Vor 100 Jahren erschien erstmals der »Munzinger« – Die Gründung des Verlages erfolgte in Berlin

Leser, Hörer und Zuschauer können damit wenig anfangen – viele „Macher“ bei Funk- oder Printmedien wären ohne ihn hilflos: den „Munzinger“, also das „Archiv für publizistische Arbeit“, das vor 100 Jahren, am 17. März 1913, erstmalig erschien. Sein Gründer Ludwig Munzinger (1877–1957) hat sich später gern daran erinnert, wie ihm im Februar die Idee kam, „für die Masse der deutschen Zeitungen“ ein Archiv zu schaffen, das laufend „bei erschwinglichen Kosten“ über aktuelle Entwicklungen und Personalien informiert.

Bevor es den „Munzinger“ gab, behalfen sich viele kleinere Zeitungen, die sich kein teures Korrespondentennetz leisten konnten, mit unzureichenden „Ausschnittdiensten“ mittels Schere und Leimtopf. Das änderte sich rasch, als der im In- und Ausland erfahrene Journalist Ludwig Munzinger sein Loseblatt-Archiv schuf und damit Erfolg hatte. Der ersten Ausgabe des „Archivs“ folgte eine Flut von Bestellungen, die auch anhielt, als Munzinger bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs als Reserveoffizier eingezogen wurde und bis 1918 diente – als Herausgeber von Armeeblättern. Das „Archiv“ führte derweil seine Frau Cora fort, die es aber wegen des Berliner „Kohlrübenwinters“ mit seiner Hungersnot nach Württemberg verlegte.

»Archiv für publizistische Arbeit«

Die Idee einer Nachrichtenagentur lag damals in der Luft. Vor Munzinger verfolgte sie am eifrigsten dessen früherer Kollege bei der Münchner „Allgemeinen Zeitung“ Rudolf Dammert mit seinem „Berliner Dienst“ von 1911, der gebündelte Informationen vertrieb. Dammert bat seinen Ex-Kollegen Munzinger, sich am „Berliner Dienst“ zu beteiligen. Munzinger sagte zu, bereute die Zusage aber bald, da Dammert ein endlose Zersplitterung des Archivs nach Lesergruppen, Themen und politischen Richtungen betrieb. Munzinger erinnerte sich später: „Da blieb mir doch die Luft weg, ob dieses zum geistigen Warenhaus werdenden Betriebs ... Ich konnte und durfte mit Dammert nicht zusammenbleiben.“ Sein „Archiv“ sollte alle Redaktionen rasch, zuverlässig und umfassend über Politik, Wirtschaft und Personalien informieren, und das „für einen Bruchteil des Gehalts einer Arbeitskraft“. So geschah es. Munzingers“Image des harmlosen, zurückgezogenen und wissenschaftlich arbeitenden Archivars wurde so widerstandsfähig, dass selbst die NS-Zeit samt Joseph Goebbels' medialer „Gleichschaltung“ ohne größere Blessuren überstanden wurde.

Mit einem „Sacharchiv“ und dem „Biographischen Informationsdienst“ war das „Archiv“ gestartet, das ab 1923 bei Zeitungen und bald auch im Rundfunk zum unentbehrlichen „Munzinger“ wurde. Eine flexible Palette der diversen „Dienste“ fand Zuspruch, allen voran das „Sportarchiv“, das 1928 zur IX. Olympiade in Amsterdam ins Angebot genommen wurde und die „Statistisch-politischen Blätter“, für die der Startschuss 1939 fiel. Auch in der Ortswahl gab sich die Redaktion mobil: Württemberg folgte 1926 Berlin und 1930 Dresden, wo das Verlagsarchiv den alliierten Luftangriffen am 13. Februar 1945 zum Opfer fiel.

»Wichtiges, Richtiges und Wissenswertes«

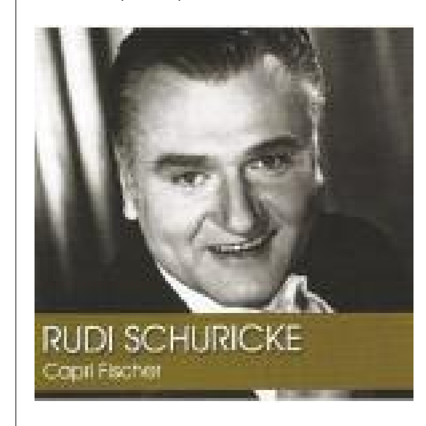
Was von „Munzinger“ personell und materiell übrig blieb, flüchtete ins oberschwäbische Ravensburg. Dort bot ein befreundeter Bauer Asyl in einer Scheune. Im Herbst 1945 legte Munzinger senior seinem Sohn und Nachfolger ab 1957 Ludwig (1921–2012) ein Memo auf den Tisch: „Da, schreib das 75-mal ab!“ Der tat es auf einer geborgten Maschine, um der Medienwelt im In- und Ausland mitzuteilen: „Munzinger“ lebt und bereitet seinen Neustart vor.

Am 7. März 1946 war es so weit – wie früher publizierte man „Wichtiges, Richtiges und Wissenswertes“ über Personen, Länder, Sport, Politik und Musik. Wenn dem Unternehmen seitdem auch Kriegsverluste erspart blieben, so stand es doch auch im bundesdeutschen Teil seiner Geschichte vor Herausforderungen wie Zeitungssterben, Medienkonzentration und Internet. Die Anpassung verlief als Teilabschied vom Papier. Zu nennen sind hier stichpunktartig und in chronologischer Reihenfolge: 1980 Bildschirmtext; 1982 eigene EDV-Anlage; 1986 elektronische Suchfunktionen; 1990 direkte Kooperation mit Funkhäusern („Pop-Archiv“); 1995 Vertrieb von stets aktualisierten CD-ROMs; 1997 „Munzinger Online“ im Internet. Treibende Kraft alldessen war der Enkel des Firmengründers Ernst Munzinger. 1988 übernahm der 1953 geborene Diplom-Ingenieur die Leitung des Unternehmens. Er leitet den Familienbetrieb noch heute. *Wolf Oschlies*

Durchbruch mit »Capri-Fischern«

Rudi Schuricke kam zwar als Erhard Rudolf Hans Schuricke vor 100 Jahren, am 16. März 1913, in Brandenburg an der Havel zur Welt. Aber zur Schule ging er in Ostpreußens Hauptstadt Königsberg. Dor trat sein Vater eine Stelle als Militärkapellmeister an. Nach der Schulausbildung machte Schuricke eine Ausbildung zum Drogisten, verdiente Geld als Zeitungsverkäufer und Chauffeur, nahm aber auch Schauspielunterricht und studierte Gesang. Über seinen Gesangslehrer István Kardos kam er zu den „Kardosch-Sängern“. Im Oktober 1933 sprang er bei einer Live-Sendung des Ensembles beim Königsberger Rundfunk für den überraschend erkrankten Ersten Tenor ein. Schuricke wurde daraufhin von Kardos übernommen.

1936 ging Kardos in die Emigration und die „Kardosch-Sänger“ lösten sich auf. Schuricke sang bis 1937 als Erster Tenor bei den 1934 von dem Pianisten Werner Doege gegründeten „Spree Revellers“ und gründete mit den vormaligen Kardosch-Sängern und Baritonisten Helmut Krebs und Karl Golgowsky das „Schuricke-Terzett“. Das Terzett, zu dem nach Krebs' Ausscheiden Horst Rosenberg stieß, feierte an den Varietétheatern der Reichshauptstadt wie dem „Wintergarten“, der „Scala“ und dem „Plaza“ große Erfolge. Seine Spezialität war die Interpretation aktueller Schlager. Auch der Rundfunk sowie die Schallplatten- und die Filmindustrie zeigten Interesse an dem Terzett. Das wirkte an den Spielfilmen „Spiel an Bord“ (1936), „Verliebtes Abenteuer“ (1938), „Menschen, Tiere,



Sensationen“ (1938) und „Kitty und die Weltkonferenz“ (1939) mit. Unabhängig vom Terzett arbeitete Schuricke auch als Refrainsänger bei Orchestern wie dem von Max Rumpf und lieh Schauspielern in Revuefilmen seine Stimme.

1939 wurde Schuricke zum Kriegsdienst eingezogen und sein Terzett löste sich auf. Vier Jahre später entstand das Lied „Die Capri-Fischer“. Dessen erste Interpretin war Magda Hain, aber der große Durchbruch gelang ihr damit nicht, da die Wiedergabe des Liedes im deutschen Radio verboten wurde, ging doch im selben Jahr die sehnsüchtig besungene Insel an die Alliierten verloren.

Nach dem Krieg war es dann Schuricke vergönnt, im Jahr der Gründung der Bundesrepublik mit dem von Ralph Maria Siegel getexteten und Gerhard Winkler komponierten Schlager den großen Durchbruch zu erleben. Mit dem Titel erreichte er als einer der ersten Interpreten der jungen „Wirtschaftswunder“-Republik eine Goldene Schallplatte. Schuricke schwamm auf der Italienwelle und schob weitere gefühlvolle, romantische, harmonische Schlager über das Traumurlaubsziel der Nachkriegsdeutschen nach.

Mit dem Aufkommen härterer Musikstile endete Schurickes Glanzzeit. Er zog sich aus dem Showgeschäft zurück und betätigte sich als Hotelier und Waschsalonbetreiber. 1970 erlebte er noch ein kurzes Comeback mit James Lasts „So eine Liebe gibt es einmal nur“. Am 28. Dezember 1973 ist Rudolf Schuricke in München gestorben. *Manuel Ruoff*

Der ideale Papst von morgen

Zu: „Vieles spricht für einen Europäer“ (Nr. 8)

In den Medien wird rauf und runter spekuliert, aus welchem Erdteil und Land er kommt, welche Hautfarbe er mitbringt und welche Reformen der neue Papst durchführen sollte. Alles das ist mir als einfachem, kritischem Katholiken jedoch völlig egal. Ich wünsche der Welt, der Kirche und mir zum Nachfolger Benedikts einen überzeugend gläubigen, seelsorgerisch menschenfreundlichen, barmherzigen Papst, der mit Fehlern behaftet und von mir aus auch Zigarrenraucher oder Weinliebhaber sein kann.

Es müsste ein Mann sein, der den Mut hat, die von Benedikt begonnene Selbstreinigung diverser kirchlicher Institutionen und Vertretungen – Vatikanbank, Missbräuche und vieles andere – offen, transparent und überzeugend fortzusetzen. Es müsste ferner ein Mann sein, der die Blasphemie und Beleidigungen von Christen durch atheistische Gruppen in Deutschland und anderen europäischen Staaten sowie die zahlreichen gewalttätigen, unterdrückenden Christenverfolgungen in den meisten muslimischen Ländern – mit oder ohne scheinbaren „arabischen Frühlings“ – in das öffentliche Bewusstsein bringt und anprangert. Und last but not least müsste es einer sein, der seinem Kirchenvolk grundsätzlich klar macht, dass Katholizismus ein Streben nach Gottesverehrung und eine Praktizierung des Gebotes der Nächstenliebe bedeutet. Und er müsste klar sagen, dass für alle übrigen unter diese Maxime gestellten Handlungen eines Katholiken die oberste Entscheidungsinstanz das eigene Gewissen ist und es weniger kirchliche Regularien, Kirchengebote, Auslegungen des Neuen Testaments oder anderes sind.

Der Stellenwert dieses großartigen, katholischen Grundsatzes macht eine Reihe von verständlichen Reformforderungen – jedoch nicht aller – überflüssig. Heute stellt sich heraus, dass die Fernhaltung – um nicht zu sagen Unterschlagung – dieses Grundsatzes durch die kirchlichen Institutionen ein fundamentaler Fehler war.

Dr. Richard Schute, Gersfeld

Weltfremde Urteile

Zu: „Karl, Rosa und die Randale“ (Nr. 3)

Die Politiker, die für ein Gleichbehandlungsgesetz zuständig wären, verhalten sich seit Jahrzehnten äußerst feige und hinterhältig. Sie machen ein Gesetz zum Schutz der Würde der NS-Opfer. Aber wenn sich die Opfer des Internationalen Sozialismus wegen Ungleichbehandlung beschweren, verkriechen sich diese Politiker hinter der Entscheidung eines Einzelrichters. Oder sie berufen sich auf die Urteile der Richter des Bundesverwaltungsgerichts, die dann gegenüber den Opfern von Sozialismus und Kommunismus ahistorisch, weltfremd und moralisch fragwürdig argumentieren.

Wegen der „in mehrfacher Hinsicht jede historische Dimension sprengenden Menschenrechtsverletzung der Nationalsozialisten, dürfe die Anwendung des Paragrafen 130, Absatz 3 und 4 des Strafgesetzbuchs nur auf die NS-Opfer beschränkt bleiben“, heißt es.

Das Gleichbehandlungsgesetz nach Artikel 366 sei folglich nicht verletzt. Wider alle historische Wahrheit und wider jegliche humanitäre Auffassung werden die Massenmorde Lenins und Stalins quasi mit dem verharmlosenden Etikett versehen, „minderschwere Massenmorde, keine historische Dimension sprengend, dürfen geleugnet werden, ohne Strafe fürchten zu müssen“.

Peter Alexander Hussóck, Berlin

Keine Ahnung

Zu: „Affront gegen Schäuble“ (Nr. 6)

Schäuble und die Bundeskanzlerin haben zusammen mit den 492 Bundestagsabgeordneten, die dem ESM zugestimmt haben, wirklich keine Ahnung von dem, was sich da im Zusammenhang mit der Banken-Rettung tatsächlich abspielt. Denn, hätte die Bundesregierung eine Ahnung, dann hätte sie den ESM im deutschen Bundestag nicht durchgeboxt. Und die Abgeordneten hätten niemals zustimmen dürfen. Und, schlimmer geht's nimmer: Das Bundesverfassungsgericht hat den ESM im Grundsatz akzeptiert und damit dieses Verhalten endgültig abgesegnet!

Rolf Schmid, Loule/Portugal

Kein Heiliger

Zu: „Halt und Linie gegeben“ (Nr. 7)

Der Artikel ist etwas einseitig: Der „sympathische“ Papst lehrte auch eine gewisse kirchliche Nähe zum demokratischen Sozialismus. Er duldete Priester, die „Homopaare“ segneten, oder die Ehen schuldig Geschiedener. Und er stand zu lange hinter manchem Bischof, der Sexskandalpriester deckte.

Die zu Recht kritisierten evangelischen Landeskirchen verloren zwischen 2005 und 2009, also vor dem Missbrauchskandal 2010, weniger Mitglieder als die katholische Kirche. Und daneben gibt es ja auch noch die vom Staat und den beiden Großkirchen anerkannten, kirchensteuerfreien Gemeinden der konservativeren Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Evangelisch-Lutherischen Freikirche, die sogar leicht wächst.

Ulrich Motte, Dortmund



Adieu Benedikt XVI.: Der deutsche Papst kehrt dem Heiligen Stuhl den Rücken zu. Viele Gläubige ziehen unterdessen eine eher ernüchternde Bilanz seiner Amtszeit Bild: Thomas Lohnes/dapd

Die Allzweckwaffe

Zu: „Der lächelnde Trottel“ (Nr. 9)

Sie haben alles gesagt, was wichtig ist. Mit vier Wörtern kann man heute jeden verbal erschlagen: Nazi, Rassist, Verschwörer, Rechtspopulist. Die Allzweckwaffe funktioniert. Wer aufmuckt, ist einer von den Genannten und damit kann er einpacken. Deckt jemand Pläne der Machtzentren des Westens auf, schreibt darüber und teilt diese mit, dann gibt es ebenfalls ein wirksames Wort: Verschwörungstheoretiker!

Das hilft immer und überall, damit kommt man immer durch. Das ist das Aspirin der Politik, der Mächte und Strippenzieher. Das Volk mischt kräftig mit, immer schön konform mit der Masse, so lang bis eine nach der anderen dieser „Verschwörungstheorien“ bittere Wahrheiten werden. Beispiele gibt es genug. Aber so war es immer, so ist es heute, so wird es bleiben.

Melanie Gatzke, München

Ein Wendepunkt

Zu: „Königsberg ins Baltikum verlegt“ (Nr. 9)

Der Schritt, Königsberg den alten Namen zurückzugeben, hätte eine ungeheure Symbolkraft und würde Millionen Deutschen wieder eine Hoffnung auf eine nationale Weiterexistenz geben. Gleichzeitig dürfte er zu einem ebenso ungeheuer beklemmenden Gefühl beziehungsweise Panik in den Führungsspitzen besonders Großbritanniens und Polens führen. Es wäre der Wendepunkt!

Joern Gebert, Frankfurt

Berliner Gestank

Zu: „Der eingebildete Aufstieg“ (Nr. 5)

Die „vibrierende, weltoffene und tolerante Metropole“ kann unter anderem als „Tourismuserfolg“ und Beweis der Toleranz verbuchen, dass der türkische Mörder von Jonny K. unbehelligt in die Türkei fliegen konnte. Dikke Tünche über den ideologischen und faktischen Berliner Unrat zu pinseln verhindert nicht, dass der Gestank an die Nasen der künftigen Nichtwähler dringt.

Gernot Schmidt, Wilnsdorf

Ruth Geede, gute Seele

Zu: „Optimismus prägte ihr Leben“ (Nr. 6)

Zunächst einmal an Ruth Geede meinen ganz herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank für ihre großartige Heimatarbeit. Alles Gute und bleiben Sie uns noch lange erhalten. Es gibt nicht mehr viele Zeitzeugen, ich habe sie einmal als „Lebendes Lexikon über Ostpreußen“ bezeichnet. Ich gratuliere aber auch dem *Ostpreußenblatt* zu so einer großartigen Journalistin.

Was habe ich durch Ruth Geede und natürlich auch durch das *Ostpreußenblatt* schon alles gelernt! Als ich 1984 das erste Mal mit meinem Mann nach Masuren fuhr, merkte ich, dass ich doch wenig über unsere Heimat wusste. Also wurde ich Bezieher des *Ostpreußenblattes*, das meine Eltern ja schon seit 1950 abonniert hatten. Und heute werde ich sehr oft auch von jüngeren Menschen nach Ostpreußen und seiner Geschichte gefragt. Und nun muss ich noch meine Erinnerungen an „die kunterbunte Kinderstunde“ erzählen:

Meine Schulfreundin Irmchen Holz wurde Mitglied des Kinderchores im Rundfunkhaus. Da wollte ich auch unbedingt mitmachen. Doch der Chor hatte Aufnahmestopp. Meine Schwester und ich gingen nun zum Rundfunkhaus, um wenigstens als Zuhörer dabei zu sein. Einmal klappte es nicht, denn der kleine Senderaum war überfüllt. So liefen wir zu den Großeltern, die in der Nähe wohnten, und baten Oma, dort die Rundfunksendung zu hören. Das klappte. Das nächste Mal wurde die Sendung im großen Sendesaal aufgenommen und da hatten wir dann alle Platz. Ich glaube, Ruth Maria Wagner leitete die Sendung, aber Ruth Geede kam als Gast auch oft dazu. Das sind Erinnerungen, die durch die Berichte im *OB* wieder geweckt werden. Herzlichen Dank!

Roswitha Kulikowski, Hannover

Kaum nachhaltig

Zu: „‚Kein Großer, aber ein Ritter und ein Held‘“ (Nr. 9)

Unsere Politiker reden heute zwar viel von Nachhaltigkeit, beziehen diese aber immer nur auf die Natur, nie auf unsere Gesellschaft und nie auf unser Land. Nachhaltigkeit bedeutet aber, das Vorgefundene zu bewahren und möglichst in etwas besserem Zustand an die Nachkommen weiterzugeben. Gegen diesen eigentlich normalen Grundsatz wird heute in Deutschland auf brutale Weise verstoßen.

Leider sind unsere Politiker auf diese Verstöße gegen die „Nachhaltigkeit“ stolz: Man „bekämpft“ eifrig das Kohlendioxid, hat aber in den letzten vier Jahrzehnten das einst hochstehende deutsche Bildungswesen ruiniert. Und dies ist nur ein Beispiel von vielen möglichen, von der steten Schönrednerei bei gravierenden Migrationsproblemen ganz zu schweigen.

Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin

Deutsche Lemminge

Zu: „Schnell das Volk entmachten“ (Nr. 9)

An den Reaktionen der gleichgeschalteten Presse lässt sich trefflich ablesen, wie sehr die Italiener ins Schwarze getroffen haben. Ein Goldman-Sachs-Banker wurde hierzulande als großer Reformer gepriesen, obwohl der garantiert nur eines im Sinn hatte: Die Finanzhaie, denen er sich verbunden fühlt, zu füttern. Viele Italiener, nicht so obrigkeitshörig wie wir, haben das bemerkt und diesem Herrn eine Abfuhr erteilt.

Jetzt beginnt das große Flattern in der „EUdSSR“. Dieses Konstrukt, ein modernes goldenes Kalb, um welches die europäischen Politbonzen tanzen, muss zwanghaft weitergefüttert werden. Man darf halt nicht vergessen, dass da Abertausende Beamte sitzen, die aberwitzige Gehälter beziehen und nur eines im Kopf haben: Die europäischen Bürger zu drangsalieren und zu bevormunden. Und was wird das Ergebnis sein? Die großen europäischen Kulturnationen mit ihrer Geschichte, ihrer Sprache und ihren Traditionen werden in eine identitätslose Masse verwandelt.

Nur das große Politbüro in Brüssel entscheidet. Und diese Herrschaften dort nennen sich auch noch Demokraten. Zumindest die Italiener scheinen begriffen zu haben, was da abläuft. Die gehirngewaschenen Deutschen sind zu einer solchen Reaktion nicht mehr fähig. Sie werden wie eine Schafsherde von ihren Wachhunden in die gewünschte Richtung getrieben und nehmen das ohne Widerstand hin.

Wir sind zu blöde geworden, um unseren eigenen Untergang zu bemerken, und bedanken uns bei jeder Wahl aufs Neue bei unseren Peinigern. Es wäre ja so einfach, dieselben mal intensiv zu erschrecken, aber wir Deutschen tun es nicht. Wie eine Herde Lemminge lassen wir uns in den Abgrund treiben.

Peter Schumacher, Melsungen

Wahre »Freunde«

Zu: „Bluttransfer zugunsten der USA“ (Nr. 9)

Die USA werden die Politiker in Europa genauso über den Tisch ziehen wie die Länder, die für die „Green Cards“ und US-Staatsanleihen noch ihr Öl hergeben. Aber unsere „Freunde“, die als Einzige in der westlichen Welt ein Gefangenenlager betreiben sowie offiziell Folter zulassen und betreiben, werden sich sicherlich wie honorige Geschäftspartner verhalten.

Helmut Josef Weber, Málaga/Spanien

Nicht Faschisten, sondern Falangisten bremsten die Kommunisten

Zu: „Jenseits von Gut und Böse“ (Nr. 7)

Der Artikel „Jenseits von Gut und Böse“ ist zwar interessant, aber in einigen Punkten ist er ungenau, schießt an den Tatsachen vorbei und verschweigt wichtige Realitäten. Zunächst das Wort „Faschismus“. Der Faschismus entstand in Italien, ist italienisch und traf nur auf Italien zu, wo es keine Konzentrationslager und keine Judenverfolgung durch die Faschisten gab. Die Judenverfolgung begann dort 1943, nachdem Italien zu den Alliierten übergewechselt war und die deutschen Truppen und SS-Verbände in Italien eingerückt waren. Der Vatikan und die katholischen Klöster und Ordenshäuser versteckten bis zum Bersten flüchtige Juden, die somit gerettet werden konnten.

Der damalige Oberrabbiner von Rom, Israel Zolli, war von der Hilfe der katholischen Kirche für die Juden so beeindruckt, dass er zum katholischen Glauben konvertierte und als Taufname den Vornamen des Papstes, Eugenio, annahm. In Deutschland gab es keine Faschisten, sondern Nationalsozialisten, die verantwortlich waren für Konzentrationslager, Judenmorde und anlaufende Verfolgung der katholischen Kirche. Etliche Dutzende von Priestern und Katholiken wurden ermordet, Hunderte waren in Konzentrationslagern eingesperrt.

In Spanien gab es ab Anfang 1930 die Falangisten. Sie wurden 1937 durch Franco mit anderen Gruppierungen zu einer Einheitspartei zusammengefasst. Ihre Bedeutung war unwesentlich. Und dieser Faschismus, den es in Spanien nicht gab, soll zusammen mit der katholischen Kirche und Franco im Spanischen Bürgerkrieg Untaten vollbracht haben?

Mit keinem Wort erwähnt der Autor, wer der Gegner Francos in diesem Spanischen Bürgerkrieg war. Warum nicht? Weil dann der Kampf Francos und der Katholiken auf seiner Seite gegen die Kommunisten als gerecht erkannt würde. Etwa vier Jahre dauerte dieser Kampf. Von den Kommunisten wurden 13 Bischöfe, 4184 Priester, 2305 Ordensmänner, 283 Ordensfrauen und viele einfache Gläubige ermordet, zum Teil grausam. Wenn die Kommunisten nicht in Spanien gebremst worden wären, hätten sie ihre Grausamkeiten weiter über Europa ausdehnen können.

An die Grausamkeiten der Kommunisten erinnerten sich etliche Spanier im Zweiten Weltkrieg, und 18000 Männer meldeten sich freiwillig, um die Deutschen im Kampf gegen Sowjetrussland als Soldaten unter Führung von General Muños zu unterstützen. Was aus diesen Idealisten geworden ist, weiß ich nicht. Sie wussten sicherlich auch nichts von den Grausamkeiten der Nazis. Davon abgesehen bewahrte Spanien seine Neutralität trotz des Drucks von Deutschland. Franco gestattete den deutschen Truppen nicht den Marsch durch Spanien nach Gibraltar. Die USA und England dankten Franco dafür. Eine weitere positive Tat Francos ist die Rettung vieler Juden, die über Frankreich, Spanien und Portugal nach Amerika flüchteten.

Karl-Wilhelm Nückel, Neufahrn

Friedenstifter Euro

Zu: „Bemerkenswert dämlich“ (Nr. 8)

Na bitte, jetzt wirkt die Einführung des Euro sogar schon in die Vergangenheit bis in das Jahr 1950 zurück. Bis 2001 herrschte überall wohl nur Krieg und Armut. Dank Euro haben wir nun endlich Frieden und Wohlstand in den 17 Euro-Ländern. In den restlichen EU-Ländern herrscht immer noch Krieg.

Stephan Hübner, Cadolzburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 11 – 16. März 2013

MELDUNGEN

Urteil für Spätaussiedler

Allenstein/Spiegelberg – Mehr als 220000 Zloty (etwa 53000 Euro) nebst Zinsen hat das Landgericht in Allenstein Alois P., dessen Familie im Jahre 1977 in die Bundesrepublik übersiedelte und ihr Anwesen in Spiegelberg bei Allenstein zurückließ, zuerkannt. Der Staat, vertreten durch das Allensteiner Landratsamt, soll auch mehr als 20000 Zloty Prozesskosten zahlen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Es können in dieser Angelegenheit noch weitere Prozesse angestrengt werden, weil Alois P. nur einer von fünf Erben der Familie ist, deren Anwesen im März 1977 vom Bürgermeister von Diwitten im Auftrage des Staates übernommen wurde. Es ist nicht ausgeschlossen, dass nach diesem Urteil die übrigen Erben eine Gerichts-Vorladung erhalten werden. Der Wert des gesamten Anwesens in Spiegelberg wird auf mehr als eine Million Zloty (rund eine viertel Million Euro) geschätzt. Im Landkreis Allenstein sind noch drei ähnliche Fälle anhängig. Die entsprechenden Immobilien liegen in einen Fall in Alt Wartenburg und Jadden sowie in den beiden anderen in Kaplitainen und Podleiken. *PAZ*

Kirche umgewidmet

Wartenburg – In der früheren evangelischen Kirche von Wartenburg, Kreis Allenstein entstehen eine Kunstgalerie und ein Konzertsaal. Die Stadt erhielt mehr als drei Millionen Zloty (etwa siebeneinviertel Millionen Euro) für den Umbau von der Europäischen Union. In der früheren Kirche werden Konzerte im Rahmen des Choral-Musikfestivals zu Ehren von Felix Nowowiejski veranstaltet. Dort werden auch Kunstausstellungen unter anderem mit Künstlern aus dem befreundeten Hagen im Teutoburger Wald stattfinden. Geld der Europäischen Union ist auch bewilligt für die Schaffung eines Ausstellungssaales im Rahmen einer Renovierung des Wartenburger Rathauses sowie zur Renovierung des Museums. *PAZ*

Umgehung für Treuburg

Treuburg – Autofahrer, die die Staatsstraße 65, die frühere Reichsstraße Nr. 132, durch Masuren befahren, können seit vergangenem Monat die Umgehungsstraße von Treuburg benutzen, auf der eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 Kilometern in der Stunde gilt. Die Umgehungsstraße hat eine Länge von mehr als siebeneinhalb Kilometern und ist Teil der Staatsstraße 65 von Bialystok über Goldap zur innerostpreußischen Grenze mit dem Königsberger Gebiet. Der Bau kostete etwa 109 Millionen Zloty (etwa 26 Millionen Euro) und wurde von der Europäischen Union mitfinanziert. *PAZ*

Weniger Touristen in Königsberg

Reisebüros nehmen wegen neuer Visaregelung russische Exklave aus ihren Katalogen heraus

In Vorbereitung auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 ist in Königsberg ein eigenes Tourismus-Ministerium eingerichtet worden, das die Region auf den erwarteten Besucher-Ansturm vorbereiten soll. Doch zurzeit zeigt sich aufgrund der verschärften Visaregelung eher ein gegenteiliger Trend: In den ersten Monaten dieses Jahres gingen die Besucherzahlen drastisch zurück.

Das Thema Tourismus steht im Interesse der Öffentlichkeit und von Regierungsvertretern, die mit Enthusiasmus alle möglichen Pläne zur Steigerung der Attraktivität der Region erörtern. Im vergangenen Jahr wurde sogar ein Tourismus-Ministerium für die Exklave geschaffen, das aus einer bereits bestehenden Reiseagentur hervorgegangen ist. Die Welle des neuen Enthusiasmus steht damit in Verbindung, dass Königsberg zu den Austragungsorten der Fußballweltmeisterschaft 2018 gehört. Genauso wie in Sotschi, wo 2014 die Olympischen Winterspiele ausgetragen werden, hofft auch Königsberg auf Impulse für die Entwicklung der Stadt. Dass diese Erwartungen genauso enttäuscht werden wie in Sotschi (siehe *PAZ* Nummer 10), ist sehr wahrscheinlich.

Die Übernachtungszahlen sind jetzt schon rückläufig und nun haben auch noch deutsche Reiseagenturen beschlossen, Reisen ins Königsberger Gebiet ab 2014 aus dem Programm zu nehmen. Mindestens elf Hamburger Reisebüros haben dies gemeinsam in einem Brief an ihre russischen Partner erklärt. Als Hauptgrund nannten sie das Inkrafttreten der neuen Visaregelung für Deutsche. Die Vergabe von Visa erfolgt nun durch russische Visazentren. Durch die Einschaltung dieser Zwischenstelle verteuern sich die Visagebühren, denn das Visazentrum erhält 24 Euro Provision. Darüber hinaus kann man



Spärlicher Andrang: Besucher des Königsberger Doms *Bild: J.T.*

ein Visum jetzt nur noch auf elektronischem Wege in englischer Sprache beantragen. Nur teilweise sind die Formulare ins Deutsche übersetzt. Dazu kommt, dass der Antragsteller künftig den Visazentren, die nicht einmal offizielle staatliche Institutionen sind, Auskünfte über sein Einkommen erteilen muss. Ein Rückgang der ausländischen Gäste lässt sich bereits in den ersten Monaten des Jahres 2013 feststellen.

Ein Großteil der Besucher des Königsberger Gebiets sind ältere Menschen. Viele von ihnen kamen bereits mehrmals. Vor allem zu Beginn der 90er Jahre gab es eine Welle des sogenannten „Heimweh-Tourismus". Doch diese Art von Reisen ging schon aus Altersgründen zurück. Heute kommen aus der Bundesrepublik Deutschland immer mehr junge Menschen, Geschäftsleute, Kulturschaffende und Wissenschaftler, aber auch solche, deren Vorfahren aus Ostpreußen stammen und die ihren Wissensdurst stillen möchten, indem sie Orte aufsuchen, mit denen ihre Familiengeschichte verbunden ist. Es zeigt sich, dass es mit Nostalgie allein nicht getan ist und dass das Gebiet mit seiner Gegenwart, einem guten Service, neuen Sehenswürdigkeiten und mit wiedererrichteten historischen Objekten Touristen anlocken müsste.

Zurzeit besuchen jährlich zirka 500000 Touristen das Gebiet. Das sind weniger, als allein der litauische Teil der Kurischen Nehrung anzieht, und nur ein Bruchteil dessen, was die Stadt Danzig aufweisen kann. Hier wie dort bilden deutsche Touristen einen Großteil der Gäste. Es gibt also offensichtlich spezielle Gründe, warum sie gerade den russischen Teil Ostpreußens meiden.

Dies hat nicht nur mit der komplizierten Visabeschaffung zu tun, sondern es fehlen auch Flugverbindungen. Nach der Pleite der russischen „KDAvia" sind Flüge erheblich teurer geworden. Ein einfacher Flug von Berlin nach Königsberg mit „Air Berlin" kostet beispielsweise 184 Euro. Für weniger Geld kann man mit dieser Fluggesellschaft bereits nach Moskau fliegen, obwohl die Entfernung dorthin doppelt so groß ist. Darüber hinaus stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis in Königsberg nicht. Für die vergleichsweise hohen Preise ist die Auswahl an Hotels zu gering.

Hohe Preise, wenig Komfort

Eine wichtige Frage ist, was Reisende im Königsberger Gebiet sehen wollen. Die meisten ausländischen und deutschen Touristen kommen als Bildungsreisende. Genauso wie diejenigen, die nach Berlin reisen, zieht sie die ungewöhnliche Geschichte der Region, ihr schweres Schicksal, an. In den vergangenen Jahren wurden deshalb einige historische Denkmäler wiedererrichtet. Es entstanden neue Feiertage und Traditionen, die in der Geschichte wurzeln. Doch die Entwicklung des Königsberger Stadtbildes und unangenehme Zwischenfälle, die sich ständig im Zusammenhang mit historischen Baudenkmälern ereignen, stellen den Erhalt der spärlichen Reste des deutschen Kulturerbes infrage. Die Nachbarschaft von Forts, Kirchen und alten Villen mit sowjetischen Bauten der Chruschtschow-Ära, Betonmonumenten und gesichtslosen modernen Einkaufszentren im Zentrum der Stadt ruft bei vielen Touristen Befremden hervor.

Aus diesen Gründen bringt der Tourismus für den Haushalt des Gebiets weitaus weniger Einnahme als bei den Nachbarn Polen und Litauen.

Viele Besucher des Königsberger Gebiets bereisen die ehemaligen Kurbäder Cranz und Rauschen, die Kurische Nehrung und auch Palmnicken, wo es weltweit das größte Bernsteinvorkommen gibt. Jedoch ist die touristische Infrastruktur in den übrigen Orten des Gebiets äußerst unterentwickelt. Kein einziges der großen Projekte wie internationale Jachthäfen in Neukuhren oder Labiau oder ein Hotelkomplex auf der Kurischen Nehrung wurden realisiert. Neue Ideen gibt es zwar in Hülle und Fülle, aber die Mittel reichen meist nur für Diskussionen und kurze Präsentationen. Teilweise fehlt es in den Tourismuszentren an dem Nötigsten wie öffentlichen Toiletten oder Parkplätzen für Reisebusse.

Aus den genannten Gründe ist statt mit einem Gewinn an Touristen eher damit zu rechnen, dass in Zukunft immer weniger Menschen das Königsberger Gebiet bereisen wollen.

Jurij Tschernyschew

Zwischenstation Putzig

Wanderausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen erreicht Danziger Bucht

Reges Interesse fand die Eröffnung der Landkarten-Wanderausstellung des Ellinger Kulturzentrums Ostpreußen „Entlang der Weichsel und der Memel – historische Landkarten und Stadtansichten von Ost- und Westpreußen, Polen und dem Baltikum" im Muzeum Ziemi Puckiej w Pucku, dem Regionalmuseum in Putzig [Puck]. Rund 110 Personen waren der Einladung des Museumsdirektors Mirosław Kuklik gefolgt, darunter der Bürgermeister der Stadt, Marek Rintz, sowie die Vorsitzende des Stadtrates, Hanna Pruchniewska. Für das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, das die Wanderausstellung konzipiert hat, sprach Wiesław Roman Gogan die einleitenden Worte.

Die zweisprachige Ausstellung zeigt die Darstellungen Preußens und seiner Nachbarn, gedruckte Stadtansichten und historische Atlanten. Zu den Exponaten gehören Original-Kupferstiche von Matthäus Merian, Gerard Mercator, Caspar Henneberger und Johann Baptist Homann zu sehen.

Putzig ist eine Hafen- und Kreisstadt an der Danziger Bucht etwa 30 Kilometer nördlich von Gdingen [Gdynia]. Der Ort wurde vom Deutschen Orden gegründet und erhielt 1348 die Stadtrechte nach der Kulmischen Handfeste. Heute gehört Putzig zur Woiwodschaft Pommern, die eine Partnerschaft mit dem Bezirk Mittelfranken unterhält. Putzig selbst hat mit der Stein bei Nürnberg eine Partnerstadt in Mittelfranken. Touristisch ist die kleine Stadt mit rund 11500 Einwohnern vor allem im Sommer durch Strände, Wassersportmöglichkeiten wie Surfen und Segeln sowie seinen kleinen Yachthafen interessant. *Manfred E. Fritsche*



Bild: Diana Schönig

Bei der Ausstellungseröffnung: Kuklik und Gogan (von links)

»Großes Schlittern«

Der Bund der Jugend der Deutschen Minderheit, die Jugendorganisation der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen, hatte in die Oppelner Eishalle Totopol geladen. Bei diesem mittlerweile achten Mal stand das „Große Schlittern" unter dem Motto „Achtes Weltwunder: Kinder". „Diese sind es, für die wir jedes Jahr die Veranstaltung organisieren. Wie auch im vorigen Jahr sammeln wir dabei die ganze Zeit Schulbedarfsartikel für Heimkinder. An diese wird auch der Ertrag des heutigen Events übergeben", ließ Joanna Konieczny vom Organisationsteam des „Großen Schlitterns" wissen. Neben 160 Kindern aus zehn Oppelner Kinderheimen konnte jedermann für einen kleinen Obolus Schlittschuh laufen. Auch Ryszard Galla und Norbert Rasch wagten sich an diesem Tag aufs Eis. Der Ertrag aus der Veranstaltung ergab insgesamt über 2000 Zloty (rund 484 Euro). *PAZ*



Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

manchmal dauert es jahrelang, manchmal aber auch nur wenige Tage, bis eine Antwort auf eine veröffentlichte Suchfrage eintrifft, die sogar eine Klärung von unbekannten Lebensläufen beinhaltet. So konnte Frau **Barbara Palfner** aus Lilienthal schon zufrieden sein, dass sie kurz nach dem Erscheinen ihres Suchwunsches nach ihren vermissten Verwandten – dem Ehepaar **Fritz** und **Lise Lilienthal** aus Königsberg, und deren Sohn Dr. **Gerhard** (**Gerd**) Lilienthal, Arzt an der Barmherzigkeit – bereits ein Antwortschreiben in den Händen hielt. Dieses Schreiben machte sie aber leider nicht sehr glücklich, denn es enthielt die Mitteilung, dass die gesuchten Angehörigen in der DDR gelebt haben, aber dort schon früh verstorben sind. Wenn auch somit die Gewissheit besteht, dass die Betreffenden noch aus dem Königsberger Inferno herausgekommen sind, so ist das nur ein schwacher Trost. Zumal noch die vielleicht wichtigste Frage offen bleibt: Was wurde aus Dr. Gerd Lilienthal? Über sein Schicksal gab es bisher noch keine Klärung, es fehlt jede Spur. Frau Palfner, die aus Battau, Kreis Samland stammt und sich schon sehr lange unserer Ostpreußischen Familie verbunden fühlt, denkt jetzt oft an die Heimat und die Angehörigen, die einfach nicht mehr da sind – verschollen, verschleppt, durch entsetzliche Seuchen dahingerafft, eines gewaltsamen Todes gestorben. Aber wie hieß doch das Leitmotiv, nach dem vor nunmehr 48 Jahren unsere Ostpreußische Familie ins Leben gerufen wurde: „Du bist nicht allein!“ Und das tröstet doch sehr!

Ja, sie ist schon ein eigenartiges Netzwerk, unsere Ostpreußische Familie, an dem ununterbrochen gestrickt wird, so dass dadurch immer neue Querverbindungen entstehen. Das beweisen viele Zuschriften, in denen gerade ältere Leserinnen und Leser ihren Dank aussprechen. Frau **Gisela Kaulfuß** möchte ihn nicht nur für sich sagen, denn sie schreibt: „Ich bin nicht autorisiert, aber ich möchte Ihnen den Dank aller Ostpreußen aussprechen, die heute in Heimen oder allein leben oder nicht mehr telefonieren oder schreiben können. – Mein Bericht über mich in der letzten Weihnachtsnummer hat für vielfache freudige Erregung gesorgt. Es gibt also doch noch die kleinen/großen Freuden des Alltags“. Und dazu gehören auch unsere Extra-Geschichten, in denen sich die Heimat widerspiegelt. Jedenfalls habe ich Frau Kaulfuß mit meinem Beitrag „Ostpreußen-Schlittenland“ eine „Riesenfreude“ bereitet, denn die geborene Berlinerin erinnert sich noch gut an das Gemälde „Die Reise des Großen Kurfürsten über das Kurische Haff“, das sie als kleines Mädchen im Berliner Zeughaus gesehen und das sie sehr beeindruckt hatte. Solch einer Schlittenfahrt wohnte für sie ein besonderer Zauber inne, sie selber durfte sie nie erleben, wie sie ja überhaupt erst spät zu ihren ostpreußischen Wurzeln fand – dafür umso heftiger.

Jeder pickt sich aus unserer Familienseite das Stück Heimat heraus, das ihm besonders am Herzen liegt. Für einen Leser aus Mindelheim war es der Beitrag über den Heilsberger Sender: „Danke für Radio-Heilsberg, da kommen Erinnerungen auf – und so wird das auch bleiben!“



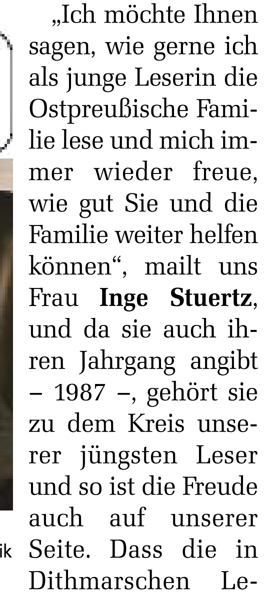
Vermisst seit 1945: Artur Kinzel aus Rosengarth Bild: privat

Ein Leser aus Alt-Mölln, Nachfahre eines Fischers aus Masuren, dankt der *PAZ* besonders dafür, „dass sie sich der unendlich vielen Schicksale aus Flucht und Vertreibung in besonderer Weise annimmt und deren Opfer in einen würdevollen historischen Rahmen stellt“.

Das gilt auch für unsere nächste Suchfrage, die wieder eines jener ungewissen Schicksale behandelt, die kaum zu lösen sind, weil die letzte Spur beim Russeneinmarsch endet. Aber immer bleibt ein Fünkchen Hoffnung, so auch für Herrn **Artur A. Kinzel** aus Hamburg, für den die schon früher gestellte und nie geklärte Frage nach dem Verbleib seines Vaters **Artur** Kinzel jetzt wieder aufflammte, als er durch Zufall einige Unterlagen mit Angaben entdeckte, die seine Mutter vor über 60 Jahren aufgeschrieben hatte. In diesen Unterlagen, die Frau **Anna Margarete** Kinzel damals für den Lastenausgleich erstellt hatte, wird ganz penibel aufgeführt, was alles bei Kriegsende auf dem elterlichen Hof in Rosengarth, Kreis Heilsberg an „festem und beweglichem Inventar“ vorhanden war. Auch alte Versicherungsunterlagen waren noch dabei. Ein weiterer Zufall: Im Internet fand Herr Kinzel Herkunftsdaten seines Vaters, die wohl aus einem alten Einwohnerverzeichnis stammen. Das gab den letzten Anstoß zu einer erneuten, wenn auch sehr späten Suche nach dem Verbleib des Vermissten und führt nun somit zu unserer Ostpreußischen Familie. Für den Sohn wäre jeder Hinweis wichtig, denn er hat seinen Vater nie gekannt, er wurde erst nach dessen Verschleppung geboren. Rollen wir also die Geschichte auf, soweit sie noch nachweisbar ist. Es geht um den Landwirt Artur Kinzel, *8. Oktober 1903 in Langwiese, Kreis Heilsberg, aus Rosengarth [Rozynka]. Dieses Kirchdorf liegt etwa 30 Kilometer südwestlich der Stadt Heilsberg und hatte bei Kriegsende 776 Einwohner. Der Hof von Artur Kinzel lag etwas abseits in südlicher Richtung. Beim Russeneinfall wurde der 42-jährige Landwirt sofort verschleppt, auf dem Hof blieb seine schwangere Frau mit der zweijährigen Tochter zurück. Den Aussagen seiner Mutter nach ist zu vermuten, dass sein Vater bereits kurze Zeit später erschossen wurde, denn aus einem Wald, in den die Russen ihre Gefangenen getrieben hatten, waren Schüsse zu hören. Die Leiche seines Vaters wurde aber nie gefunden, so dass es möglich ist, dass der 42-jährige in ein Gefangenenlager transportiert wurde. Für die schwangere Frau begann eine furchtbare Zeit, ihre kleine Tochter verstarb noch vor der Geburt des Sohnes an Typhus. Für Anna Margarete Kinzel war der Sohn, der am 22. Juni 1945 zur Welt kam und nach dem Vater benannt wurde, nun der einzige Halt. Sie blieben noch bis 1947 in der Heimat, dann mussten sie den Hof verlassen und kamen in den westlich von Oder und Neiße gelegenen Teil Deutschlands. Frau Kinzel und später auch ihr Sohn haben nie einen Hinweis erhalten, was mit dem Vermissten geschehen ist. Seit jenem Tag, an dem er von seinem Hof verschleppt wurde, fehlt jede Spur. Artur Kinzel wurde am 23. August 1958 für tot erklärt. Wie gesagt, es dürfte nach so langen Jahrzehnten schwer sein, noch Zeitzeugen zu finden, die mit Artur Kinzel irgendwann und irgendwo zusammen waren, oder die Hinweise geben könnten, was mit ihm damals vermutlich geschah. Vielleicht erinnern sich noch ehemalige Bewohner des Ortes an Artur Kinzel und seine Frau **Anna Margarete** geborene **Radau**, *1905 in Wusen, Kreis Braunsberg. (Artur A. Kinzel, Wullwisch 12 in 22529 Hamburg, Telefon 040/5892196, E-Mail: ArtKinzel@aol.com)

Manchmal sind es nur wenige Zeilen, die den langen Zeitraum von Gestern zu Heute überspannen, die aber mehr erzählen als lange Ausführungen. So lässt sich auch gut in dem kleinen Brief von Frau **Waltraut Weber** geborene **Zühlke** aus Dortmund zwischen den Zeilen lesen. Die 1926 in Johannisburg Geborene setzt eigentlich nur Stichworte, aber sie sind die Marksteine ihres nun fast 87-jährigen Lebensweges. Ihre Großeltern waren Besitzer des Gutes Allmoyen bei Sensburg. Die Enkelin machte in Allenstein das Notabitur und da sie 1948 in Dortmund geheiratet hat, müssen dazwischen die Vertreibung und der Neubeginn im Westen liegen. Heute ist die Mutter von vier Kindern neunfache Großmutter und doppelte Urgroßmutter, aber noch immer sehr agil, denn sie reist in jedem Jahr in die Heimat, allein oder mit der ganzen Familie. Und wohnt dann wieder in dem Gutshaus von Allmoyen, das in den letzten Jahren renoviert wurde, und in dem Frau Weber ein gern gesehener Gast ist. Zwischen der heutigen Besitzerin, einer Danzigerin, und der Enkeltochter der früheren Besitzer ist eine sehr beglückende Freundschaft entstanden. „Heimat, die ich wieder zurück bekommen habe“, so empfindet Waltraut Weber diese zeitlich begrenzte Heimkehr im späten Alter. Und man verspürt ihre Dankbarkeit dafür, dass sie die Wege ihrer Kindheit wieder gefunden hat und sie begehen kann.

Unter meinen vielen Geburtstagsglückwünschen war auch der von **Knut Walter Perkuhn** gewesen, der mir geraten hatte, seiner bis zum Schluss geistig regen, neugierigen und resoluten Tante Eva nachzueifern! Und die hatte schließlich das sagenhafte Alter von 107 Jahren erreicht! „Was muss das für eine Frau gewesen sein?“, habe ich mich gefragt, und manche Leser und Leserinnen sicherlich auch. Die Antwort auf diese nicht öffentlich gestellte Frage kam dann ganz unerwartet und „aus freien Stücken“ – und hat mich deshalb doppelt beglückt (frei nach Goethe)! Und ich muss sie einfach weitergeben, weil sie das Leben einer ungewöhnlichen Frau umreißt, die sich selber bis zu dieser Höchststufe eines menschlichen Lebensalters treu geblieben ist. Herr Dr. **Friedrich Gastell** aus Isernhagen hat ihr Lebensbild aufgezeichnet, und ich will diesen kurzen Abriss weitergeben, wenn er auch an mich gerichtet ist. Herr Dr. Gastell meint, dass ich nicht zu zögern brauchte, der Empfehlung von Herrn Knut Walter Perkuhn zu folgen, denn ich würde mir dabei eine bewundernswerte und sehr verehrungswürdige Frau zum Vorbild nehmen. Er schreibt: „Ich habe mich über den achtungsvollen Hinweis auf sie in der Ostpreußischen Familie sehr gefreut. Sie verdient eine etwas nähere Würdigung. **Eva Ortmann** geborene **Perkuhn** war eine vorbildliche Ostpreußin. Sie liebte unsere Heimat bis zuletzt über alles, wie sie ebenso bis zur Flucht 1945 das Leben auf dem Land geliebt hatte. Sie war nicht nur resolut, sondern auch außerordentlich tüchtig. Seit dem Tode ihres Mannes 1942 bewirtschaftete sie selbst mit Leidenschaft und Geschick ihr 640 Hektar großes Gut Schönwiese im Kreis Gerdauen. Ein Beispiel für ihre zu Recht hervorgehobene Resolutheit – und ihren nicht geschwundenen Stolz – bis in ihr hohes Alter möchte ich hier beisteuern. Frau Ortmann versorgte sich fast bis zu ihrem Tode allein in ihrer Wohnung in Hannover, hatte aber in den letzten Jahren wegen ihrer körperlichen Gebrechlichkeit Unterstützung durch einen sozialen Dienst. Als eine ihr bis dahin unbekannte männliche Aufsichtsperson dieses Dienstes in ihrer Wohnung kurz auf sie warten musste und sich bei der Begrüßung nicht erhob, beschied sie den Besucher, sie sei zwar alt und hilfsbedürftig, aber noch nicht geistesschwach. Er möge ihre Wohnung verlassen, wenn er sie dennoch so behandele.“ Das ist Gradlinigkeit bis in das hohe Alter, auch wenn der Rücken krumm geworden ist. Herr Dr. Gastell hat „Tante Eva“ sehr gut gekannt, denn die Ortmanns aus Schönwiese waren Gutsnachbarn seiner Großeltern und Eltern in Adolfswalde, Kreis Gerdauen. Wir danken Herrn Dr. Gastell sehr für diese uns übermittelten Erinnerungen an eine Ostpreußin von echtem Schrot und Korn.



Ruth Geede Bild: Pawlik

„Ich möchte Ihnen sagen, wie gerne ich als junge Leserin die Ostpreußische Familie lese und mich immer wieder freue, wie gut Sie und die Familie weiter helfen können“, mailt uns Frau **Inge Stuertz**, und da sie auch ihren Jahrgang angibt – 1987 –, gehört sie zu dem Kreis unserer jüngsten Leser und so ist die Freude auch auf unserer Seite. Dass die in Dithmarschen Lebende sehr genau unsere Seite liest, kann ich ihren Zuschriften zu einigen speziellen Themen entnehmen, die brauchbare Hinweise enthalten. So zu der Frage von Herrn **Koßwig**, ob der Name „**Gergaut**“ französischer Herkunft sei, die wir in Folge 45/2012 veröffentlichten. Frau Stuertz weist in diesem Zusammenhang auf eine Internetseite hin, die sie in dem „Buch der Namen“ von Professor **Udolph** gefunden hat. Es handelt sich hierbei um eine französische Seite, die bei Eingabe des Familiennamens dessen Häufigkeit und die Verteilung in Frankreich darstellt. Auf dieser Seite hat sie zweimal den Namen „Gergaut“ gefunden. Dies hat sie inzwischen auch Herrn Koßwig mitgeteilt. Mit dem Schreiben an uns wollte sie diese Suchmöglichkeit vorstellen, da es sicherlich noch mehr Familien gibt, die sich dafür interessieren könnten. (http:/www.genealogie.com/nom-de-famille)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Humboldt und Graf Zeppelin standen Pate

Der Teddybär – Kinderspielzeug und Kultobjekt

Mein „Fritzchen“ hat Furore gemacht! Das von Frau **Ursula Ponfick** gestrickte Bärchen hat auf Anhieb eine ganze Teddy-Gemeinde gefunden, am liebsten hätten einige Leserinnen sofort das Bärchen geordert und einige haben das auch getan, aber ich weiß nicht, ob die Bärchenmutter die Wünsche erfüllen kann. Sie selber war von der Veröffentlichung in Folge 8 sehr überrascht, aber diese in aller Stille betriebene Bärchen-Aktion, die vor allem älteren allein stehenden Menschen gilt, musste doch einmal anerkannt werden, und hat auch Frau Ponfick sehr glücklich gemacht, wie sie mir schrieb. Ja, es stimmt schon, dass die Freude, die wir geben, ins eigene Herz zurückkehrt!

Den besten Beweis, dass diese wolligwarmen Bärchen gute Seelentröster sind, liefert der Brief einer älteren Leserin, deren Mann vor zwei Jahren verstarb. Es ist schwer, wenn der Partner nach fast 50 Ehejahren geht, und das Haus so leer geworden ist. Aber nun hat Fritzchen, wie sie schreibt, ein Lächeln auf ihr Gesicht gezaubert, denn auch in ihrer Familie gibt es einen Teddy, mit dem ihre Kinder groß geworden sind, der alle Freuden und Leiden mitgemacht hat, und noch heute auf dem Sofa sitzt und darauf wartet, dass seine nun längst erwachsene „Teddymama“ **Susanne** zu Besuch kommt. Er heißt „Würstel“ und Frau Ingrid, die gerne Gedichte schreibt, hat ihm nun ein langes Poem gewidmet, in dem sie schildert, wie der Teddy in die Familiengeschichte eingebunden ist. Ohne ihn wurde fast nichts unternommen, er war auf vielen Reisen dabei, wurde liebevoll umsorgt und „sitzt nun auf der Sofalehne, ist still, ich glaub', dass er nach früher oft sich sehne!“ Ein lustiges Gedicht, das aber auch nachdenklich macht, extra für uns geschrieben, nur leider viel zu lang für unsere Familienseite. Aber das Poem gibt ein gutes Stichwort für eine aktuelle Aufbereitung des Themas „Teddy“, denn in ihm wird erwähnt, dass „er sich gerne verkleidet hat“! Und das tun die Nachkommen des ersten „Teddy“ heute noch.

Angefangen hat alles mit dem berühmten kleinen Filzelefanten, den **Margarete Steiff** für ihre Freundinnen als Nagelkissen anfertigte. Dieser originelle Einfall war der Startschuss für die im Jahr 1880 gegründete „Filz-Spielwaren-Fabrik Steiff“, die zu einem Unternehmen von Weltrang wurde und deren Erzeugnisse sich heute in einer Bandbreite präsentieren, die kaum noch überschaubar ist, und längst schon Kultstatus erreicht haben. Ob als Kinderspielzeug – nach dem Leitspruch der Margarete Steiff: Für Kinder ist nur das Beste gut genug –, ob als Sammlerstück oder als dekorative Objekte für die Heimgestaltung: Hier hilft das berühmte Markenzeichen, der berühmte „Knopf im Ohr“. Er weist die Fabrikate als echte Steiff-Tiere aus, zusätzlich trägt aber jedes als Erkennungszeichen der betreffenden Kollektion ein Ohrfähnchen. Das Gelbe mit roter Beschriftung kennzeichnet die Tiere aus dem breiten, unlimitierten Steiff-Sortiment als unvergleichliche Originale des deutschen Traditionshauses. Ein weißes Ohrfähnchen mit roter Beschriftung besagt, dass sein Träger aus einer limitierten Edition stammt, wie das beigefügte Zertifikat bestätigt. Eine ganz besondere Spezies bilden die Teddys und Tiere der Repliken-Reihe, die originalgetreu nach ihren historischen Vorbildern gefertigt sind. Sie tragen ein weißes, schwarz beschriftetes Ohrfähnchen und zeigen den Liebhabern und Sammlern, dass es sich um ein streng limitiertes Steiff-Tier handelt.

Zum Steiff-Teddy mutiert: Graf von Zeppelin Bild: Archiv

Auch für dieses Frühjahr haben sich die Designer des Traditionshauses aus Giengen an der Brenz sehr viel einfallen lassen und historische Persönlichkeiten als Namensgeber für die Neuheiten der aktuellen Sammlerkollektion „Dschungelparadies“ gewählt. Da gibt es einen „Livingstone Teddybär“ im Safari-Mäntelchen und mit passender Mütze als Hommage an den schottischen Missionar und Afrikaforscher, der am 19. März 1813 in Blantyre bei Glasgow zu Welt kam. Und einen „Alexander Teddybär“, der – man lese und staune – nach dem preußischen Naturforscher Alexander von Humboldt benannt wurde, der mit seiner Arbeit auf dem Gebiet der Pflanzengeografie die Grundlagen für die moderne biogeografische Forschung legte. Mit diesem „Alexander Teddybär“ will Steiff einen großen Deutschen ehren, der eines der großartigsten Urwaldparadiese der Welt erforscht hat. Neu in dem Kreis der historischen zum Steiff-Teddy mutierten Entdecker und Forscher ist der Graf von Zeppelin. Dieser Teddy mit blauem Blazer und weißer Mütze wurde anlässlich des 175. Geburtstages des großen Luftfahrtpioniers kreiert. In seinen – Entschuldigung: Pfoten – hält er eine Zeppelinminiatur aus Gussmetall. Das weltberühmte Unternehmen Steiff schrieb ja mit einer prominenten Person selber Geschichte: Der amerikanische Präsident Theodor Roosevelt, „Teddy“ genannt, wurde im Jahr 1903 zum Namensgeber, als eine Geburtstagstafel für seine Tochter mit diesen niedlichen Stoffbären geschmückt wurde, die ein amerikanischer Reporter in Deutschland entdeckt hatte. Aber das ist dann schon eine besondere Geschichte. *R.G.*

Wir gratulieren …

ZUM 103. GEBURTSTAG

Kattenberg, Minna, geb. **Riechert**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 24. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Block, Ilse, geb. **Medler**, aus Norgau, Kreis Samland, am 24. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bieber, Minna, geb. **Mein**, aus Roßlinde, Kreis Gumbinnen, am 19. März

Karasch, Frieda, geb. **Karpinski**, verwitwete **Nowitzki**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 22. März

Roski, Hedwig, geb. **Brieskorn**, aus Rößel und aus Braunsberg, am 23. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Altkrüger, Gertrud, geb. **Korpies**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 20. März

Eickels, Hedwig van, geb. **Podien**, aus Hoheneicke, Kreis Elchniederung, am 21. März

Niski, Elfriede, geb. **Danielzik** aus Farienen, später Erben, Kreis Ortelsburg, am 18. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baronas, Kurt, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. März

Hombosch, Ottilie, geb. **Warda**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 21. März

Szislo, Liesbeth, geb. **Czerwonka**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Aschendorf, Erich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. März

Bartoschewitz, Kurt, aus Lyck, Blücherstraße 5, am 22. März

Baum, Margarete, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 21. März

Böhmer, Doris, geb. **Putzki**, aus Wehlau, Krumme Grube 4, am 20. März

Brunkow, Lina, geb. **Lacinski**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 21. März

Fierke, Eva, geb. **Klein**, aus Königsberg, Wilmer Straße 3, am 19. März

Konietzke, Ursula, geb. **Schultz**, aus Lyck, Prostker Vorstadt, am 23. März

Lolies, Oskar, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 19. März

Martens, Lina, geb. **Amberger**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 18. März

Rudorf, Elfriede, geb. **Bohl**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 24. März

Schall, Erna, geb. **Bednarzik**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 23. März

Stenzeleit, Gertrud, geb. **Schmeminoneck**, aus Tilsit, Stolbekker Straße 50, am 22. März

Venohr, Rita, geb. **Boguschewski**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 24. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Essmann, Erika, geb. **Godau**, aus Weischkitten, Kreis Samland, am 20. März

Gorski, Gustav, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 18. März

Hallmann, Erika, geb. **Kroehnert**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 24. März

Hamester, Käte, verwitwete **Hennig**, geb. **Rehberg**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 21. März

Kremp, Elfriede, geb. **Brzoska**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 19. März

Schmid, Hildegard, aus Goldschmiede, Kreis Samland, am 19. März

Schmitz, Martha, geb. **Landzian**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 24. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beckherrn, Herbert, aus Lyck, Lycker Garten 29, am 22. März

Gysbers, Herta, geb. **Hagenbach**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 18. März

Kolenda, Hildegard, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 4, am 24. März

Kröhnert, Günther, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. März

Hauenschild, Elli, geb. **Thurau**, aus Elbing, am 22. März

Jeworutzki, Ewald, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 18. März

Mühlmann, Ida, geb. **Mehrmann**, aus Lötzen, am 22. März

Schwarz, Elfriede, geb. **Volkmann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 4, am 24. März

Sommer, Anna, geb. **Waschulewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. März

Sperling, Rosemarie, geb. **Schüssler**, aus Pillau, Kreis Samland, am 19. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blohm, Kurt Willi, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 22. März

Brendel, Edith, geb. **Pollul**, aus Treuburg, Memeler Straße 10, am 18. März

Bretz, Eleonore, geb. **Beinert**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. März

Chedor, Hildegard, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. März

Freundt, Ursula, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 20. März

Herboth, Gisela, geb. **Timsries**, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 21. März

Kastner, Gertrud, aus Lyck, am 22. März

Meyhöfer, Heinz, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 20. März

Orlowski, Max, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 19. März

Paare, Helmut, aus Ebenrode, am 21. März

Pawlowski, Otto, aus Gusken, Kreis Lyck, am 24. März

Reich, Toni, geb. **Schenk**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 24. März

Schultz, Johannes, aus Lyck, am 20. März

Smoktun, Elsa, geb. **Duddeck**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 24. März

Vogel, Erika, geb. **Pilzecker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 24. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Böhm, Oskar, aus Vogelsang, Kreis Heiligenbeil, am 22. März

Breiter, Ilse, geb. **Malinka**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 19. März

Bruss, Ruth Irmgard, geb. **Witzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. März

Dowedeit, Ursula, geb. **Hermann**, aus Lyck, Bismarckstraße 44, am 20. März

Drengk, Waltraud, geb. **Trawny**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 19. März

Fischer, Irmgard, geb. **Geschinski**, am 21. März

Flade, Elfriede, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 22. März

Hempel, Edith, geb. **Thielert** aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 24. März

Herrmann, Hilde, geb. **Taulitzki**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 23. März

Jones, Margot-Renate, aus Königsberg, Waisenhausplatz 8d (Sackheim), am 24. März

Karkossa, Alfred, aus Treuburg, Hans Maikowski Straße, am 18. März

Kienzle, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 18. März

Köhler, Traute, geb. **Breyer**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. März

Krepulat, Georg, aus Tapiau, Birkenweg 12, Kreis Wehlau, am 22. März

Kroll, Ingeborg, geb. **Kuschmierz**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 21. März

Krusholz, Anneliese, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 22. März

Kulik, Kurt, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 19. März

Lagemann, Eva, geb. **Bildhauer**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 20. März

Leonhardt, Erna, geb. **Willamowski**, aus Usdau, Kreis Neidenburg, am 20. März

Litzki, Harald, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 19. März

Maske, Hannelore, geb. **Kleist**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. März

Mengel, Maria, geb. **Friedel**, aus Lyck, am 24. März

Meyer, Waldemar, aus Grabenau, Kreis Allenstein, am 17. März

Michalek, Meta, geb. **Fellenberg**, aus Lüdtkenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 18. März

Mirl, Inge, geb. **Urban**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 20. März

Niemann, Marianne, geb. **Schulz**, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 20. März

Philipp, Willi, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 22. März

Puppa, Friedrich-Karl, aus Brennen, Kreis Johannisburg, am 19. März

Rosocha, Winfried, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, am 18. März

Sadlowski, Heinz, aus Heiligenbeil, Wiener Ring 13, und aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 20. März

Scheffler, Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. März

Schlüter, Bernd-Peter, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. März

Schmidt, Margarete, aus Lyck, Deutsche Straße 2, am 18. März

Sondermann, Erika, geb. **Wichmann**, aus Grünwalde, OT Freihufen, Kreis Heiligenbeil, am 20. März

Steinmeier, Brigitte, geb. **Rhode**, geschiedene Sander, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 22. März

Strüver, Ernst August, aus Sanditten, Götzendorf, Kreis Wehlau, am 24. März

Torkler, Eleonore, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 19. März

Wieczorek, Hildegard, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 24. März

Zywulska, Leokadia, am 18. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albrecht, Edith, geb. **Stobbe**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. März

Aschert, Vera, geb. **Keller**, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 23. März

Bonk, Franz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 23. März

Brosda, Irmgard, geb. **Wanzek**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 23. März

Cytrich, Toni, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 18. März

Czapiewski, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. März

Czeranski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Drewnianka, Arnold, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 24. März

Geisler, Waltraut, geb. **v. Schack**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. März

Gorny, Günther, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 21. März

Hallwachs, Dr. Helmut, aus Lyck, am 18. März

Hampel, Eva, geb. **Satzkowski**, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 19. März

Hausmann, Käthe, geb. **Langmann**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 18. März

Jaudzims, Anja, geb. **Perkuhn**, aus Sarkau, Kreis Samland, am 19. März

Kasperowski, Horst aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 19. März

Kauer, Elfriede, geb. **Schlemminger**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 23. März

Kieselbach, Manfred, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 18. März

Kröhnert, Lothar, aus Margen, Kreis Elchniederung, am 21. März

Krüger, Eva, geb. **Dawideit**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 20. März

Lehmann, Frieda, geb. **Lukat**, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 18. März

Machein, Ernst-Erich, aus Pillau, Kreis Samland, am 23. März

Metzner, Erich, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 24. März

Paragnik, Walter, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 19. März

Rudolph, Pfarrer Hartwig, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 24. März

Schaschke, Harald, aus Tapiau, Gärtnerweg 16, Kreis Wehlau, am 22. März

Schattling, Ingrid, geb. **Karweina**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 20. März

Scheffler, Martin, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. März

Schwede, Wolfgang, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. März

Skilwa, Helga, aus Lyck, am 18. März

Tschopp, Edith, geb. **Armbrust**, aus Rauterskirch, Kreis Elch-

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

Jahr 2013

16./17. März: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).

15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.

19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.

5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.

17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.

27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.

11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.

14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.

25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.

1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.

4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 16. März, 18 Uhr, MDR: Litauen: Rebellen im Baltikum.

SONNABEND, 16. März, 18 Uhr, 3sat: Hoffnungsträger Alge.

SONNABEND, 16. März, 20.15 Uhr, Vox: Wie leben wir in Zukunft?

SONNABEND, 16. März, 21.45 Uhr, 3sat: Leipziger Buchnacht. Autor/innen über ihre neuesten Werke.

SONNTAG, 17. März, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.

SONNTAG, 17. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 200 Jahren: Preußens König Friedrich Wilhelm III. ruft zum Befreiungskrieg gegen das napoleonische Frankreich auf.

SONNTAG, 17. März, 16.30 Uhr, 3sat: Märchenhaftes Polen.

SONNTAG, 17. März, 18.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Fundstücke. Es gab ein Leben vor den Capri-Fischern. Der Schlagersänger und Komponist Rudi Schuricke.

SONNTAG, 17. März, 19.10 Uhr, 3sat: Allergien – Amoklauf des Immunsystems.

SONNTAG, 17. März, 20.15 Uhr, ZDF: Unsere Mütter, unsere Väter (1/3). TV-Kriegsdrama, D 2013.

SONNTAG, 17. März, 21.45 Uhr, ZDF: ZDF-History. Unsere Mütter, unsere Väter. Die Dokumentation.

SONNTAG, 17. März, 23 Uhr, MDR: Putin und der Westen.

SONNTAG, 17. März, 23.45 Uhr, ZDF: Es begann mit einer Lüge. Irakkrieg.

MONTAG, 18. März, 17.05 Uhr, Arte: Mit dem Zug durch Uckermark und Stettiner Haff.

MONTAG, 18. MÄRZ, 20.15 Uhr, ZDF: Unsere Mütter, unsere Väter (2/3).

MONTAG, 18. März, 22.45 Uhr, ARD: Gauck persönlich. Ein Jahr Bundespräsident. Ein Porträt.

MONTAG, 18. März, 23.30 Uhr, ARD: Knasst auf ewig? Der Streit um die Sicherheitsverwahrung.

DIENSTAG, 19. März, 20.15 Uhr, Arte: Irak 2003. Die Kehrseite des Krieges.

DIENSTAG, 19. März, 20.15 Uhr, RBB: Geschichten aus Potsdam.

DIENSTAG, 19. März, ZDF: Arm und Reich. Wie geteilt ist Deutschland?

DIENSTAG, 19. März, 21 Uhr, RBB: Unsere Schlösser. Sanssouci.

DIENSTAG, 19. März, 22.30 Uhr, Arte: Lenin – Drama eines Diktators.

MITTWOCH, 20. März, 14 Uhr, HR: Böhmische Entdeckungen.

MITTWOCH, 20. März, 17 Uhr, BR: Der Letzte seines Standes? Der Turmuhrbauer.

MITTWOCH, 20. März, 20.15 Uhr, RTL II: Der große deutsche Jugendreport. Was denkt die heutige Jugend, was wünscht sie sich für die Zukunft?

DONNERSTAG, 21. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 250 Jahren: Der Schriftsteller Jean Paul wurde geboren.

DONNERSTAG, 21. März, 19.15 Uhr, Phoenix: Die Syrien-Falle. Deutschland und der Krieg gegen Assad.

DONNERSTAG, 21. März, 20.15 Uhr, 3sat: Homöopathie – Heilung oder Humbug?

FREITAG, 22. März, 12 Uhr: Polen – Leben hinter Klostermauern.

FREITAG, 22. März, 12.15 Uhr, 3sat: Hans Küng – Provokateur und Friedensstifter.

FREITAG, 22. März, 20.15 Uhr, 3sat: Tod einer Richterin. Auf den Spuren von Kirsten Heisig.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

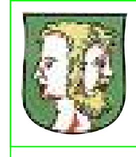
niederung, am 18. März
Wünschem, Else, geb. **Kothe,** aus Ortelsburg, am 24. März
Zawadzki, Burkhardt, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 21. März
Zeranski, Margarete, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 24. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Augustin, Gertrud, geb. **Schwittay**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 19. März
David, Willi, aus Biegiethen, Kreis Samland, am 23. März
Ewert, Fritz, aus Allenburg, Gerdauer Straße 219, Kreis Wehlau, am 21. März
Girbart, Inge, geb. **Hartrott**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 22. März
Haase, Hans-Georg, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. März
Haase, Heinz-Dieter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. März
Hesse, Renate, geb. **Breitmoser**, aus Ebenrode, am 24. März
Herzmoneit, Günter, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 24. März
Huber, Edelgard, geb. **Anhut**, aus Allenburg, Markt 45, Kreis Wehlau, am 23. März
Kautz, Gertrud, geb. **Glinka**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. März
Kompauer, Herta, geb. **Hamann**, aus Rothenen, Kreis Samland, am 19. März
Kratky, Erika, geb. **Schumacher**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 23. März
Müller, Brigitte, geb. **Teschner**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 19. März
Prozies, Bruno, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. März
Schaak, Hans, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 19. März
Schröder, Günther, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 22. März
Schröder, Renate, geb. **Müller**, aus Wehlau, Kirchenstraße 43, am 20. März
Stuhlmacher, Horst, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 24. März
Thomas, Adelheid, geb. **Cymczik**, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. März
Urbigkeit, Hedwig, geb. **Lange**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 24. März
Wagner, Margarete, geb. **Eschmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 22. März
Will, Werner, aus Aßlacken, Klein Aßlacken, Kreis Wehlau, am 20. März
Zacharias, Günther, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, am 24. März

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Seminar „Lycker Autoren“ – Die Kreisgemeinschaft Lyck hatte vom 15. bis 17. Februar zu einem Seminar „Lycker Autoren“ nach Bad Pyrmont ins Ostheim eingeladen. Der Kreisvertreter Gerd Bandilla begrüßte am Freitagabend 43 Gäste und acht Referenten/Autoren aus dem Kreis Lyck. Lycker Autoren, die ihre Wurzeln in Lyck haben und die in besonderer Weise Träger einer Kultur waren und sind, die nun weitgehend Geschichte ist. Aus dem Kreis Lyck stammen auch die Schriftsteller Fritz und Richard Skowronnek sowie Else Erbe, geb. Eichert. Siegfried Lenz, geboren 1926 in Lyck, ist mit seiner großen Anzahl von Romanen wohl der bekannteste Lycker Autor.

Der Kreisvertreter begrüßte die Autoren nochmals und stellte sie anschließend namentlich vor: Günter Donder, Dr. Bernhard Gebauer, Kurt Kowalzik, Prof. Wilfried Legat, Klaus Otto Skibowski, Dr. Helga Walter-Joswig, Ingeborg Wendt und Inge Wunsch. Er nannte Lycker Schriftsteller, die nach 1945 geschrieben haben, welche aber verstorben sind oder aus Altersgründen nicht am Seminar teilnehmen konnten: Herbert Behrendt, verstorben Ende 2012, Dr. Horst Biernath, verstorben 1978, Herbert Brzoska, Gerhard Fröhlich, Frieda Koschorreck, verstorben 2009, Ernst Olschewski, Elisabeth Polten, Georg Puppa (Pseudonym), Jorg Hubeck und Go Steinfeld, Hellmut Rathke, verstorben 2001, Hedwig Rau, verstorben 2005, Herbert Reinoß, Hans Syttkus, verstorben 1999, Reinhold Weber, verstorben 1994. Von den genannten Autoren beschrieb der Kreisvertreter die Heimatorte und nannte zur besseren Orientierung die Anfahrtswege von Lyck aus gesehen.

Am Sonnabendmorgen eröffnete Dr. Gebauer das Autorenseminar. Er stellte sich vor und gab einen Einblick in seinen beruflichen Werdegang. Sein Beitrag: „Die Entwicklung der Siedlungslandschaft in Süd-Ostmasuren (Kreis Lyck) unter besonderer Berücksichtigung der Siedlungsgenese.“ Nach dieser Lesung erläuterte der Kreisvertreter die zentrale Bedeutung der Stadt Lyck und deren Verwaltungsgliederung zur deutschen Zeit. Anschließend stellte sich Günter Donder (Stettenbach) den Zuhörern vor. Aus zwei seiner Bücher las er einige Passagen vor: „Heimat ... und alles ist so anders doch“, „Meine Kinderjahre in Masuren“. Elisabeth Polten (Lyck), aus Frankfurt, konnte leider nicht nach Bad Pyrmont anreisen. Ihre Vita las Bärbel Wiesensee vor und aus dem Buch „Ein Lycker Marjellchen erzählt“ einige Seiten, die ihr Frau Polten angegeben hatte. Kurt Kowalzik (Kl. Lasken) erzählte einige Stationen aus seinem Leben und las aus seinem Buch „Rückblick – Das Kaleidoskop eines Zeitgenossen“.

Am Nachmittag stellte sich Professor Wilfried Legat (Aulacken) vor, auch er hatte Interessantes aus seinem Leben zu berichten. Er las aus dem Buch „Der Duft von Kalmus“. Herbert Reinoß (Schwarzberge) konnte auch nicht zum Seminar anreisen, für ihn las Else Bandilla aus seinem Buch: „Masuren – Märchenland der Kindheit“. Klaus Otto Skibowski (Lyck) begann seine Lesung mit dem Buch: „Heiraten – und nicht verzweifeln“, in dem er das erste Wiedersehen (1957) mit seiner Heimat Lyck beschreibt. Er las dann aus seinem Buch „Wolken über weitem Land“. Herr Skibowski berichtete den Zuhörern während seiner Lesung immer wieder interessante Details aus seinem Leben und von seinem Vater, Otto Skibowski, dem Gründer der Kreisgemeinschaft Lyck.

Am Sonntagmorgen erzählte Frau Dr. Helga Walter-Joswig (Königswalde) einige Details aus ihrem Leben und ihren Beweggründen, das Buch „Zum Andenken an deinen Bruder Hans“ zu schreiben. Nach ihrer Buchvorstellung las sie einen Artikel über „Die Madonna von Stalingrad“.

Danach kam die Autorin Ingeborg Wendt (Lyck) zu Wort. Sie las aus ihrem Buch „Verlorene Wurzeln“, ein Roman aus Masuren. Inge Wunsch (Heldenfelde) schließlich erzählte den Zuhörern einige Stationen aus ihrem bewegten Leben und las aus ihrem Büchlein, der Familiengeschichte „Martchen – Eine tapfere Kleine aus Ostpreußen“.

Es gilt noch zu erwähnen, dass Fragen aus dem Zuhörer-Kreis von den Referenten immer detailliert beantwortet wurden. Zum Ende dieses Seminars bedankte sich der Kreisvertreter Gerd Bandilla für das gute Gelingen und wies darauf hin, dass von diesem Lycker-Autoren-Seminar, eine Dokumentation erstellt wird.

Buchversand – Mit sofortiger Wirkung übernimmt unser Vorstandsmitglied Frau Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen, den Buchversand. Die Mail-Adresse von Heidi Mader lautet: heidi-mader@gmx.de Die Bücher bitte schriftlich bestellen und nur ausnahmsweise über Telefon (0421) 67329026. Die Kreisgemeinschaft Lyck hat eine Menge von Schrifttum vorrätig. Was alles vorhanden ist, kann man dem Internet unter www.kreislyck.de und dann unter dem Link „Bücher hier“, aber auch dem nächsten Hagen-Lycker Brief, der im Mai erscheinen wird, entnehmen. Ganz besonders empfohlen wird unser Kreisbuch, 732 Seiten, eine Fundgrube des Wissens über den Kreis Lyck, zum Preis von 20 Euro.

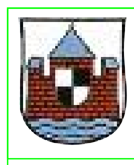
Reise in den Kreis Lyck – Bezirksvertreter Reinhard Donder, Seebergen 2, 22952 Lütjensee, Telefon (04154) 7114, veranstaltet in der Zeit vom 25. Mai bis 2. Juni eine Omnibus-Reise in den Kreis Lyck. Abfahrt-Möglichkeit besteht ab Dortmund. Übernachtet wird in der Pension Rejrat in Seedorf, Kreis Lyck. Es wird gebeten, die näheren Einzelheiten und den Preis der Fahrt bei Reinhard Donder zu erfragen. Reinhard Donder sagt selbst zu dieser Reise: „Wir geben uns Mühe, jeden Herkunftsort von Mitreisenden im Kreis Lyck anzufahren und weitere Ausflugsziele zu berücksichtigen.“



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

60 Jahre Patenschaften – Im Juni 1953 wurden im Gebiet der heutigen Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit Patenschaften gegründet und zwar von Preetz mit Ragnit, Schönberg mit Trappen, Lütjenburg mit Breitenstein, Heikendorf mit Großlenkenau sowie Plön mit Schillen und außerhalb des heutigen Kreisgebietes Flintbek mit Altenkirch. Auf Anregung von Manfred Okunek, Preetz, von der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e. V. hat der Plöner Bürgermeister Jens Paustian aus diesem Anlass zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen. Diese wird am Sonnabend, dem 1. Juni, von 15 bis zirka 18 Uhr in dem Plöner Hotel Fegetasche stattfinden. Für die Veranstaltung ist folgender Ablauf geplant: Musikalische Umrahmung durch den Ostdeutschen Heimatchor, Begrüßungswort durch die Stadt Plön für die beteiligten Städte und Gemeinden, Rede des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, Dieter Neukamm, kurze Rede des Ehrenvorsitzenden der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, Albrecht Dyck, Kaffeetafel. Für weitere Informationen stehen Manfred Okunek, Telefon (04342) 2185, und der zuständige Mitarbeiter der Stadt Plön, Detlev Seibler, Telefon (04522) 505773, zur Verfügung.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Königin-Luisen-Schule – Das nächste Schultreffen findet am 10./11. Juni in Bad Bevensen statt. Anreisetag ist der 9. Juni, wo wir uns bereits zu einem Kaffeestündchen im Salon des Hotels Berlin zusammenfinden können. Die Lage des Hotels nah am Kurzentrum bietet viele Möglichkeiten für kleinere Unternehmungen. Der Kurpark und die Jod-Sole-Therme sind einen Besuch wert. Die Anmeldungen im Hotel sind unter dem Stichwort KLS vorzunehmen. EZ ohne Balkon 50 Euro, EZ mit Nordbalkon 53 Euro, DZ mit Nordbalkon 92 Euro, DZ mit Südbalkon 100 Euro. Die Hotelanschrift lautet Hotel Berlin, Alter Wiesenweg 11, 29549 Bad Bevensen. Telefon (05821) 5060. Auf zahlreiche Beteiligung hofft Schulsprecherin Vera Jawtusch.

Scherenschnitt-Werkstatt im OL

Am Sonnabend und Sonntag, den 16. und 17. März, veranstaltet das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg während der Öffnungszeiten von 10 bis 18 Uhr eine Scherenschnitt-Werkstatt.

Der Künstler Gerhard Stock zeigt, wie man österliche Postkarten, Fensterbilder und andere Motive mit Schere und Papier selber herstellt. Der Eintritt in die „Schwarze Kunst“ des Scherenschnitts ist für Museumsbesucher frei. *PAZ*

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Freitag, 26. April: Der BJO-Regionalverband West nimmt am traditionellen Bochumer Maiabendfest teil. Treffen um 18 Uhr an der Propsteikirche, Bochum; Beginn des Gottesdienstes um 19 Uhr, anschließend Umzug zum Zapfenstreich; Sonnabend, 27. April: Teilnahme des BJO am Maiumzug, Beginn: 13.30 Uhr, Bochum-Harpen. Weitere Auskünfte erteilt Michael Kobus, Telefon (0234) 596903, E-Post: Gruppe-Bochum@Ostpreussen-NRW.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

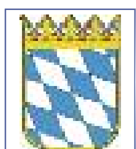
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Esslingen – Donnerstag, 21. März ab 14.30 Uhr: Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen e. V. lädt zum Frühlingsanfang und zu österlichen Impressionen sowie gemütlichem Kaffeetrinken in die Gaststätte Waldheim, ES Zollberg, ein.

Lahr – Sonnabend, 23. März, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Königsberger-Klops-Essen und anschließender Jahresversammlung.

Ludwigsburg – Dienstag, 19. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 16. März, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Frauengruppe und Schabbern. – Sonntag, 24. März, 14.30 Uhr, Auferstehungskirche Böfingen: Heimatgottesdienst.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 22. März, 19 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen „Pommersche Kartoffelsupp“. Anschließend ein Lichtbildervortrag zum Thema „Rügen und Hiddensee“ von Edith Richter.

Ansbach – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Orangerie: „Von einem Gutshof in Ostpreußen nach Ansbach“. Erinnerungen an eine Kindheit in der Rominter Heide. Bericht von Dora Schmottermeyer, Ansbach.

Bamberg – Mittwoch, 20. März, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Jahreshauptversammlung.

Ingolstadt – Sonntag, 17. März, 14.30 Uhr, Bonschab, Münchner Straße 8: Treffen der Gruppe.

Landshut – Dienstag, 19. März, 14 Uhr, Insel: Jahreshauptversammlung und Kassenprüfung.

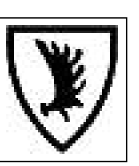
München – Sonnabend, 16. März, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Jahreshauptversammlung (ohne Neuwahl) mit Rückblick auf das vergangene Jahr mit Film über die Vergangenheit.

Weiden – Bericht von der Jahreshauptversammlung – Nach der Begrüßung ging der 1. Vorsitzende Norbert Uschald zunächst auf die Veranstaltungen des vergangenen Vereinsjahres ein. Er stellte fest, dass alle Versammlungen gut besucht waren und lobte den hervorragenden Zusammenhalt in der Kreisgruppe. Er bedankte sich bei allen Helfern, aber besonders bei seiner Familie für die Unterstützung. Geplant sind unter anderem wieder eine Muttertagsfeier, ein Gartenfest, eine Erntedankfeier und eine Vorweihnachtsfeier. Die Kassiererin gratulierte Ingrid Uschald zum Geburtstag. Der 1. Vorsitzende berichtete danach Wissenswertes über die Fastenzeit und einige Osterbräuche, die zum Teil schon in Vergessenheit geraten sind. Die Kinder Katharina und Barbara Uschald erfreuten mit ihrem Flötenspiel und Gesang die Anwesenden. Anschließend trug Ilse Stark einen Wortbeitrag zum Thema Frühling vor. Norbert Uschald spielte daraufhin mit der Flöte noch einige ostpreußische Tänze. Ingrid Uschald verteilte Süßigkeiten zur „Einstimmung“ auf das bevorstehende Osterfest. Man verabschiedete sich bis zum nächsten Heimatnachmittag am Sonntag, den 7. April um 14.30 Uhr im Cafe Mitte.



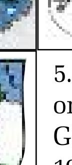
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

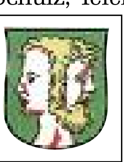


Frauengruppe – Mittwoch, 10. April, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Die Gruppe begrüßt den Frühling mit Gedichten vom Frühling, wie er in Ostpreußen war. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

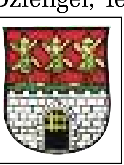




Königsberg/Samland/Labiau – Freitag, 5. April, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



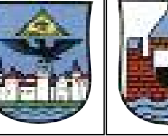
Lyck – Sonnabend, 6. April, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



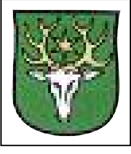
Pillkallen/ Schlossberg – Dienstag, 19. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Fasching. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



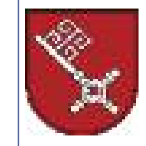
Rastenburg – Sonntag, 14. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.




Tilsit-Ragnit/ Tilsit-Stadt – Sonnabend, 6. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Wehlau – Sonntag, 7. April, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



BREMEN

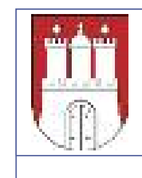
Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremen – Donnerstag, 21. März, ab 15 Uhr, Hotel zur Post: Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wurde bereits per Rundschreiben übersandt. Zum Abschluss wird Ehrenmitglied Dr. Christian Tietze davon erzählen, wie er durch die Prägung seines Vaters, des ehemaligen Domprediger Gerhard Tietze, zur Landsmannschaft Westpreußen gefunden hat. Nach einleitenden Worten über die Heimatstadt Kulm, in der sein Vater bereits Pastor war, wird er über die Begegnung mit der zunächst fremden Bremischen Evangelischen Kirche berichten.

Bereits in den ersten Jahren nach dem Krieg sammelte sein Vater hier die Kulmer Landsleute, wurde deren Heimatkreisvertreter und führte in den Räumen der Domgemeinde „Kulmer Tage“ mit mehr als 1000 Besuchern durch. Heimatverbundenheit und staatsbürgerliche Verantwortung haben das Leben seines Vaters geleitet. Wie dieses Engagement des Familienleben beeinflusste und wie die daraus erwachsene Prägung dazu führte, dass Dr. Tietze später auch Heimatkreisvertreter der Kulmer wurde, wird Thema seines Berichtes sein. Gäste sind zum Vortrag herzlich willkommen.

Bremen-Nord – Sonnabend, 16. März, 12.30 Uhr, Waldschmiede, Beckendorf: Traditionelles Heringsessen. Kostenbeitrag für Mitglieder inklusive Essen und verschiedenen Darbietungen 13 Euro, für Nichtmitglieder 15 Euro. Selbstverständlich wird die Pflege der Ostpreußischen Sprache nicht zu kurz kommen. Anmeldungen bis zum 13. März unter Telefon (04296) 47701 oder (0421) 483424.

Bremerhaven – Freitag, 22. März, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

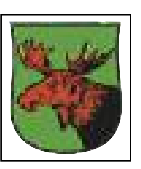
Sonnabend, 23. März, 10 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 1 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke): Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Die Landesgruppe ist im 2. Stock mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 22. März, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Jahreshauptversammlung der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen mit Jahresrückschau und Ausblick. Frühlingserwachen. Anfragen bei Gisela Harder, Telefon (040) 7373220.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 25. März, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Thema: „Stille Woche und Ostern zu Hause“.

KREISGRUPPE




Elchniederung – Mittwoch, 27. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572 (gut zu erreichen mit U- und S-Bahn bis Haltestelle Ohlsdorf, danach nur wenige Gehminuten): Die Gruppe möchte mit Gesang und Vorträgen an den Frühling und das Osterfest in der Heimat erinnern. Gäste sind herzlich willkommen.



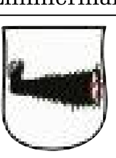

Heiligenbeil – Sonnabend, 16. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen möchte sie einige fröhliche Stunden in geselliger Runde mit Ihnen verbringen. Gleichzeitig ist die Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien unter Telefon (040) 53254950 bis Freitag, 15. März, erbeten.




Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail-Adresse: manfred-samel@hamburg.de.




Königsberg – Dienstag, 19. März, 13 Uhr (Einlass ab 12 Uhr), Café Prinz, Alsterdorfer Straße 572: Die Gruppe trifft sich zum traditionellen Königsberger-Klopse-Essen. Frau Gerta begleitet die Teilnehmer beim Singen der Frühlingslieder und erzählt einiges über die Heimat. Anmeldungen bitte bis 10. März bei Ursula Zimmermann.

Sensburg – Sonntag, 17. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, 22337 Hamburg (Nähe U- und S-Bahnstation Ohlsdorf): Erste Zusammenkunft im neuen Jahr. Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

LANDSMANNSCHAFT WESTPREUSSEN

Mittwoch, 27. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat: Hans-Jürgen Kämpfert, Oberstudiendirektor und langjähriges Bundesvorstandsmitglied der Westpreußen, wird überlieferte Heimatbräuche vorstellen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel Hauptversammlung mit Neuwahl des Vorstands und Bericht von Gustav Rupietta über eine Familienfahrt in seine Geburtsstadt Hohenstein.

Kassel – Donnerstag, 4. April, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, AWO-Seniorenheim, Wehrturm 3: Vortrag von Felix-Michael von Hertell, Gut Ferienhagen: „Auf dem Lande – die Landwirtschaft in ihrer Entwicklung.“

Wetzlar – Beim Februartreffen der Gruppe berichtete der Wetzlarer Versicherungskaufmann Joachim Albrecht über seine zahlreichen Reisen nach Ostpreußen, die er seit 1980 mit seiner Ehefrau und seinen beiden Söhnen unternommen hatte. Damit rief er auch die Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs wach. Während damals seiner Familie die Flucht aus Ostpreußen vor den herannahenden Sowjettruppen gelungen sei, sei jedoch die Flucht ihrer Freunde in Schwalgendorf [Siemany] bei Deutsch Eylau [Ilawa], gescheitert. Sie hätten nach ihrem vergeblichen Fluchtversuch wieder in ihr Dorf am Geserichsee zurückkehren müssen, ihr über 800 Jahre im Familienbesitz befindliches Gut sei danach von den polnischen Behörden enteignet worden. Seitdem hätten die ostpreußischen Freunde ihren Lebensunterhalt mit einer kleinen Landwirtschaft und der Beherbergung von Urlaubern bestritten. Albrecht zitierte im Verlauf seines Berichts wiederholt aus dem Briefwechsel zwischen den Ostpreußen in der Heimat und den Ostpreußen in Westdeutschland. Darin hatten sie ihre Freunde immer wieder auf die Versorgungsschwierigkeiten in Polen während der 80er Jahre angesprochen. „Für uns ist ein Paket von euch ein Vermögen“, las Joachim Albrecht aus einem dieser Briefe vor.

Wiesbaden – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. „Wenn Zeitgeschichte Geschichte wird“. Vortrag von Heinz-Jürgen Hauzel, Leiter der Lokalredaktion des „Wiesbadener Tagblatts“ zum Thema „Wird Deutschlands einstiger Osten auch in den Medien zunehmend in Vergessenheit geraten?“ – Donnerstag, 21. März, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. März bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Die Gruppe kündigt bereits jetzt an, dass am Sonnabend, 31. August, der alljährliche ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird. Eingeladen sind dazu auch alle ostpreußischen Gruppen und Landsmannschaften Niedersachsens, Thüringens und Hessens sowie aus anderen Ländern.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 16. März, 10 Uhr, Oberhausen: Diesjährige Frühjahrs-, Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wahlen stehen an! Die Gruppe hat ein interessantes Programm zusammengestellt und freut sich, dass sie Herrn Schultze-Rhonhof für einen Vortrag gewinnen konnte. Interessant werden auch die Ausführungen von Frau Güssefeld, Berlin, sein, die über Heimatstuben sprechen wird.

Bielefeld – Sonnabend, 23. März, 15 Uhr, Wilhelmstrasse 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Jahreshauptversammlung der Landsmannschaften Ost- und Westpreußen, Vereinigte Kreisgruppen Bielefeld e. V., in den Räumen der Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften. Da wichtige Punkte geklärt werden sollen, wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Donnerstag 4. April, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Montag, 8. April, 15 Uhr, Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen.

Donnerstag, 11. April, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt.

Donnerstag, 18. April, 15 Uhr, Literaturkreis. Alle Veranstaltungen in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 26. März, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Brilon – Sonnabend, 16. März, Oberhausen: Frühjahrstagung mit Neuwahl des Vorstandes.

Detmold – Mittwoch, 20. März, 15 Uhr, Stadthalle Detmold, Kleiner Festsaal: Frühjahrsversammlung der Kreisgruppe Lippe. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl und eine Filmvorführung „Reisebilder aus Ostpreußen 1934“. Alle Ostpreußen und Freunde sind herzlich eingeladen.

Dortmund – Montag, 18. März, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Mittwoch, 20. März, 19 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: Eine musikalische Reise mit Liedern und Chansons von Eduard Nick und Erich Kästner: „Leben in dieser Zeit“.

Ennepetal – Donnerstag, 21. März, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Gütersloh – Donnerstag, 28. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen: Osterfeier mit Gründonnerstags-Kringel. Anmeldung bis spätestens 23. März bei den Migliederbetreuern oder bei Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 702919. – Ostpreußischer Singkreis: Das Treffen findet in unregelmäßigen Abständen in der Ella-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13, statt. Anfragen bei Renate Thamm, Telefon (0541) 40422.

Köln – Dienstag, 19. März, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Die Ostpreußenrunde trifft sich zur üblichen Versammlung, die bis 16.30 Uhr dauern wird. Die Mitglieder werden gebeten, sich mehr mit Beiträgen verschiedener Art zu beteiligen. Kurzgeschichten aus dem eigenen Leben, besonders aus der Zeit vor dem oder im Krieg in der Heimat, dürften dem Vergessen entgegentreten. Unsere Generation verabschiedet sich langsam, aber sicher und wir sollten unseren Nachkommen ein wenig mehr selbst erlebter Geschichte hinterlassen. Noch leben wir, noch können wir etwas tun.

Lüdenscheid – Freitag, 22. März, 15 Uhr, Haus der Vereine, Sauerfelderstraße 27: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Anmeldungen für das Wurstessen bis spätestens 15. März bei Jutta Scholz, Telefon (02351) 14548 und Rosemarie Biallas, Telefon (02351) 40720.

Witten – Montag, 18. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 8–10: Berichte zu Sendungen in den Medien, Filme über historische Ereignisse.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Donnerstag, 21. März, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen.

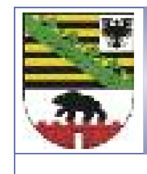


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 23. März, 10 bis 17 Uhr, Schlosskirche und Renaissance-Saal des Schlossbergmuseums: Kirchentag der „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V.“ sowie der Heimatvertriebenen und Aussiedler von Chemnitz. „Die Kirche und die gesellschaftlichen Werte unserer Zeit“. Programm: 10 Uhr Gottesdienst in der Schlosskirche; 11 Uhr Rundgang im Schloßbergmuseum; 12 bis 12.45 UhrMittagessen; 12.45 bis 13.30 Uhr Vortrag von Pfarrer Carsten Rast/Pfarrer Kutter „Die gesellschaftlichen Werte aus der Sicht der Kirche“; 13.30 bis 14.15 Uhr Vortrag von MdL Saborowski-Richter „Die gesellschaftliche Werte aus der Sicht der Politik“; 14.15 bis 15 Uhr Kaffeepause; 15 bis 17 Uhr Podiumsdiskussion mit Moderation, MdL Peter W. Patt im Podium: Pfarrer Hans-Jürgen Kutter, MdL Hanka Kliese und Adolf Braun, Referent für Vertriebene und Aussiedler, Staatskanzlei. 17 Uhr: Zum Abschluss des Kirchentages spricht Pfarrer i. R. Klaus Plorin. Für Fragen steht das Organisationsteam unter Gerd Berger, Telefon (0371) 361410, oder Alexander Schulz, Telefon (0371) 301616, zur Verfügung.

Am 22. Februar fand die erste Veranstaltung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Chemnitz e. V. statt. Bei stürmischem Winterwetter und verschneiten Straßen fanden sich sehr viele Landsleute und Gäste ein. Dr. Bernhard Fisch berichtete als Referent über sein Buch „Galeere lebenslänglich“, welches sein Leben in der DDR beinhaltet. In über 20 Jahren Schreibarbeit hat Bernhard Fisch ein Leben voller innerer Zerrissenheit dokumentiert: von der unbekümmerten Kindheit in Masuren über die Vertreibung bis zum anschließenden Werdegang in der DDR. Er liefert mit „Galeere lebenslänglich“ einen bewegenden Tatsachenbericht. Prall gefüllt mit Alltagsbeschreibungen, angelegt auf Vergangenheitsbewahrung und Bewältigung, macht es sich dieses Buch zur Aufgabe, die Vertriebenenproblematik aus dem Blickwinkel eines Betroffenen zu beleuchten, dem es gelang, zeitweilig Nischen zu finden, in denen er seine Heimatliebe ausleben konnte. Bernhard Fisch ist 1926 in Willenberg, Ostpreußen, geboren und er ist ein deutscher Buchautor. Herr Fisch war in der DDR als Pädagoge und Slawist tätig. Nach der Wiedervereinigung und seiner Pensionierung publizierte er über Ostpreußen. Bernhard Fisch besuchte in seinem Geburtsort die Volksschule und danach das Realgymnasium in der Kreisstadt Ortelsburg Während des Zweiten Weltkrieges wurde er zum Militärdienst bei der Wehrmacht eingezogen. Er war bei Kämpfen in Ostpreußen und Oberbayern beteiligt und hatte einen Lazarettaufenthalt. Er kam in Kriegsgefangenschaft, welche lebenslange Nachwirkungen hatte. Mitte der 1970er Jahre begann er mit Selbststudium und Forschungen über ostpreußische Geschichte, in deren Verlauf der der Heimat verbundene Ostpreuße auch heimlich von Kaunas (Litauen) nach Königsberg (Kaliningrad) geflogen und prompt von der russischen Miliz festgenommen worden war, wie er 2004 bei einer Tagung Thüringer Kommunisten „Flucht und Vertreibung und Erinnern“ mitteilte. Unter anderem war er in dieser Zeit insgesamt zehn Monate Praktikant (Landeskunde; Sprachbeherrschung) an der Lomonossow-Universität in Moskau. Das Erwerbsleben begann er mit Gelegenheitsarbeiten, denen eine hauptamtliche Tätigkeit bei der FDJ folgte, von der er wegen „Verstoßes gegen den Personenkult“ entlassen wurde. Nach dem Studium der Slawistik arbeitete er als Russischlehrer beziehungsweise als Dozent zunächst an allgemeinbildenden Schulen, zuletzt an einer Agraringenieurschule. Im Zuge der „Wende“ 1989/1990 gründete Fisch zusammen mit Gleichgesinnten den Verband der Umsiedler der DDR, konnte aber seine Auffassungen und Forderungen später im Rahmen des Bundes der Vertriebenen nicht umsetzen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 22. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Stunde der alten Gedichte.

Magdeburg – Freitag, 22. März, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 2. April, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 14. März, ab 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a: „Besonderheiten in der Stadtjagd“ – darüber erzählt der Stadtjäger Gert Kayser beim ersten Monatstreffen 2013. Und wer den ersten Teil im März vergangenen Jahres mitbekommen hat, der weiß, wie spannend Gert Kayser zu berichten weiß. An diesem Nachmittag kann auch bereits die Frühlingsfahrt gebucht werden, die diesmal am 17. Mai (ein Freitag) nach Fehmarn geht.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 9. April um 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“. Wolfgang Pistol zeigt einen Lichtbildervortrag von seiner Reise in die Südsee.

Mölln – Der Vorstand der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen gibt bekannt: Der Posten des Ersten Vorsitzenden ist wieder besetzt. Im Oktober 2012 verstarb ganz plötzlich unsere Ersteb Vorsitzende Irmingard Alex. Bis zum Februar 2013 übernahm dann der 2. Vorsitzende kommissarisch die Leitung der Landsmannschaft. Am 27. Februar hatte die Gruppe ihre Jahreshauptversammlung und unter Punkt 6 der Tagesordnung wurde die Wahl des 1. Vorsitzenden vorgenommen. Klaus Kuhr wurde vorgeschlagen, und er erklärte sich zur Kandidatur bereit. Der Zweite Vorsitzende Klaus Kuhr wurde einstimmig mit einer Enthaltung zum Ersten Vorsitzenden gewählt. Damit hat die Gruppe wieder einen echten Ostpreußen als Vorsitzenden. Klaus Kuhr wurde in Königsberg/Pr. geboren und ist eng mit seiner Heimatstadt und Ostpreußen verbunden. Wir von der Landsmannschaft freuen uns sehr, einen so engagierten Vorsitzenden zu haben und wünschen ihm bei seiner Vorstandsarbeit alles Gute und viel Erfolg.

Neumünster – Bericht vom traditionellen Königsberger-Klops-Essen – 95 Teilnehmer waren in die Stadthalle gekommen. Die Gruppe nahm den Tag zum Anlass, um auf „60 Jahre Landestreffen der Ostpreußen“ und das erste Ostpreußentreffen 1952 Rückschau zu halten. Das kulturelle Programm mit Rückschau auf das erste landesweite Ostpreußentreffen am 7./ 8. Juni 1952 in den Holstenhallen und der gesellige Teil nach dem Kaffee füllten den Nachmittag aus. Die 1. Vorsitzende Brigitte Profé begrüßte die vielen Teilnehmer, die geladenen Gäste, Ehrengäste, die Vorsitzenden der Landsmannschaften Schlesien, Sudetendeutschen und Pommern. Herzlich willkommen war Edmund Ferner, Landesvorsitzender und Landesreferent der LO. Extra für die Gruß- und Dankesworte kam er von Fehmarn (zwei Stunden Autofahrt). Er überreichte der Vorsitzenden ein Buch „Eine Bildreise auf Friedrich des Großen Spuren“ mit einer lieben Widmung. Leider konnte er

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

am Essen nicht teilnehmen, es warteten noch andere Verpflichtungen auf ihn. Die Landesobfrau der Westpreußen Gisela Brauer sprach Grußworte und berichtete über ihre Aktivitäten. Die Königsberger Klopse schmeckten allen wieder zum „Huckenbleiben“. Die Vorsitzende gab den Ablauf des Nachmittags bekannt. Der 93-jährige Landsmann Erwin Schuran wurde für seine 25-jährige Mitgliedschaft geehrt. Brigitte Profé sprach noch einige Worte zum „60. Jubiläum“. Zum weiteren kulturellen Festprogramm spielte Gerd Höpfner zwei Strophen „Ännchen von Tharau“, danach wurde das Lied von allen gesungen. Das Gedicht „Was ist Heimat“ wurde von Hildegard Henning vorgetragen. Brigitte Profé stellte ihre beiden Ostpreußentrachten vor, die Samländische Tracht, auch Carmitter Tracht genannt, und das Ostpreußenkleid. Das Ostpreußenkleid schenkte sie der Landsmännin Hildegard Henning. Das Gedicht: „Was ist Ostpreußen“ weckte so manche Erinnerung an Zuhause.

Im städtischen Archiv fand Brigitte Profé viele Informationen und Berichte über das erste Landestreffen der Ostpreußen in alten Tageszeitungen. Die vergilbten, mürben Zeitungen kann man nicht kopieren, also wurde abgeschrieben. Seitenweise Berichte, Ankündigungen, der Verlauf der Veranstaltung, Berichte mit den Festansprachen von Dr. Alfred Gille, von Landesobmann Fritz Schröter, Kiel, Stadtpräsident Lohmann, Oberbürgermeister Walther Lehmkuhl, vom Vorsitzenden des Organisationsausschusses Poppeck, von den Pastoren der evangelischen und katholischen Kirche, Lück und Preuß. Über 8000 Gäste fanden während der kirchlichen Feierstunde einen Platz. Im „Courier“ vom 9. Juni 1952 steht: „Sieben Jahre nach der Flucht – 10000 bekunden das Recht auf ihre Heimat.“ Mit wenig Habe treckten die Vertriebenen unter unsagbaren Strapazen nach Westen, froh, wenigstens das nackte Leben gerettet zu haben. Primitivstes Lagerleben und der Kampf um die Existenz ließen die Menschen nicht zur Ruhe kommen. Die Treffen der Flüchtlingsgruppen haben sich zu „Familientreffen“ entwickelt. So steht in der Zeitung vom 6. Juni 1952: „Am kommenden Sonntag wird Neumünster der Ort eines solchen Treffens sein. Rund 10000 Ostpreußen werden sich zu ihrem ersten großen Treffen vereinen, an dem als Gäste auch die Landsmannschaften aus der Hansestadt Hamburg teilnehmen werden und zu dem Oberbürgermeister Lehmkuhl die Schirmherrschaft übernommen hat, um damit die Verbundenheit zwischen Einheimischen und Vertriebenen sinnvoll zu dokumentieren. Die Vorbereitungen sind unter Mitwirkung des Kreisverbandes der Vereinigten ostdeutschen Landsmannschaften und seines Kreisvorsitzenden Poppeck, der Stadtverwaltung, des Verkehrsamtes, der Verkehrspolizei und des Stadtverkehrs soweit gediehen, dass man einen großen Erfolg erwarten darf. Mit einem Blaskonzert des Posaunenchors Neumünster wird das Programm um 9 Uhr eingeleitet. Eine kirchliche Feier unter Mitwirkung des Ostpreußenchors und zweier Pastoren wird durch ein Glockenspiel eingeläutet.

Der Königsberger Bildhauer Fuhg zeigte seine Ausstellung. Vorführungen mit ostpreußischen Reitern und Pferden wurden geboten. Die Lichtspielhäuser haben ihr Programm auf das Ostpreußentreffen eingestellt. Besondere Freude bereiteten Aufführungen der Filme ‚Die Reise nach Tilsit‘, nach der Erzählung des großen ostpreußischen Dichters Hermann Sudermann und der Heimatfilm ‚Heimat deine Sterne‘. Das Ostpreußentreffen soll bei Erfolg zu einer ständigen Einrichtung in Neumünster werden. Das weiße Abzeichen mit der schwarzen Elchschaufel beherrschte eindrucksvoll die Stadt.“ (Dies waren nur kurze Auszüge von den Festreden) So war das erste Ostpreußentreffen 1952 wie auch unser Königsberger-Klops-Essen mit der Jubiläumsfeier am 9. Februar ein voller Erfolg. Im heiteren Teil trugen Hildegard Henning, Gerd und Gisela Höpfner lustige Sketche vor. Auch das Liedgut kam nicht zu kurz. Nach Ihrem Schlusswort bedankte sich die Vorsitzende Brigitte Profé bei ihrem Vorstand und Helfern mit einer Rose.

Pinneberg – Sonnabend, 16. März, 16 Uhr, VfL-Heim, Fahltskamp 53: Jahreshauptversammlung. Um zirka 17.30 Uhr gibt es warmes Essen. Anmeldungen bei R. Schmidt, Telefon (04101) 62667, oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung der Versammlung durch die Vorsitzende mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung. 2. Totenehrung. 3. Bericht der Vorsitzenden. 4. Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Jahreshauptversammlung vom 17. März 2012. 5. Bericht des 2. Vorsitzenden über die Aktivitäten des vergangenen Jahres. 6. Bericht des Schatzmeisters mit Aussprache. 7. Kassenprüfbericht mit Antrag auf Entlastung des Vorstandes. 8. Vorstellen des Wirtschaftsplans für das Jahr 2013. 9. Neuwahlen des Vorstands, zuvor Wahl eines Wahlleiters. Zur Wahl stehen an: 1. Vorsitzender, Schatzmeister, Kulturwart, und Schriftführer jeweils für zwei Jahre. Beisitzer für ein Jahr, ein Kassenprüfer für zwei Jahre. 10. Ehrungen. 11. Anträge bitte bis drei Tage vorher in schriftlicher Form. 12. Verschiedenes und Vorschau auf das Programm für 2013.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 28. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Seniorenbegegnung.

Briefwechsel mit Ostpreußen

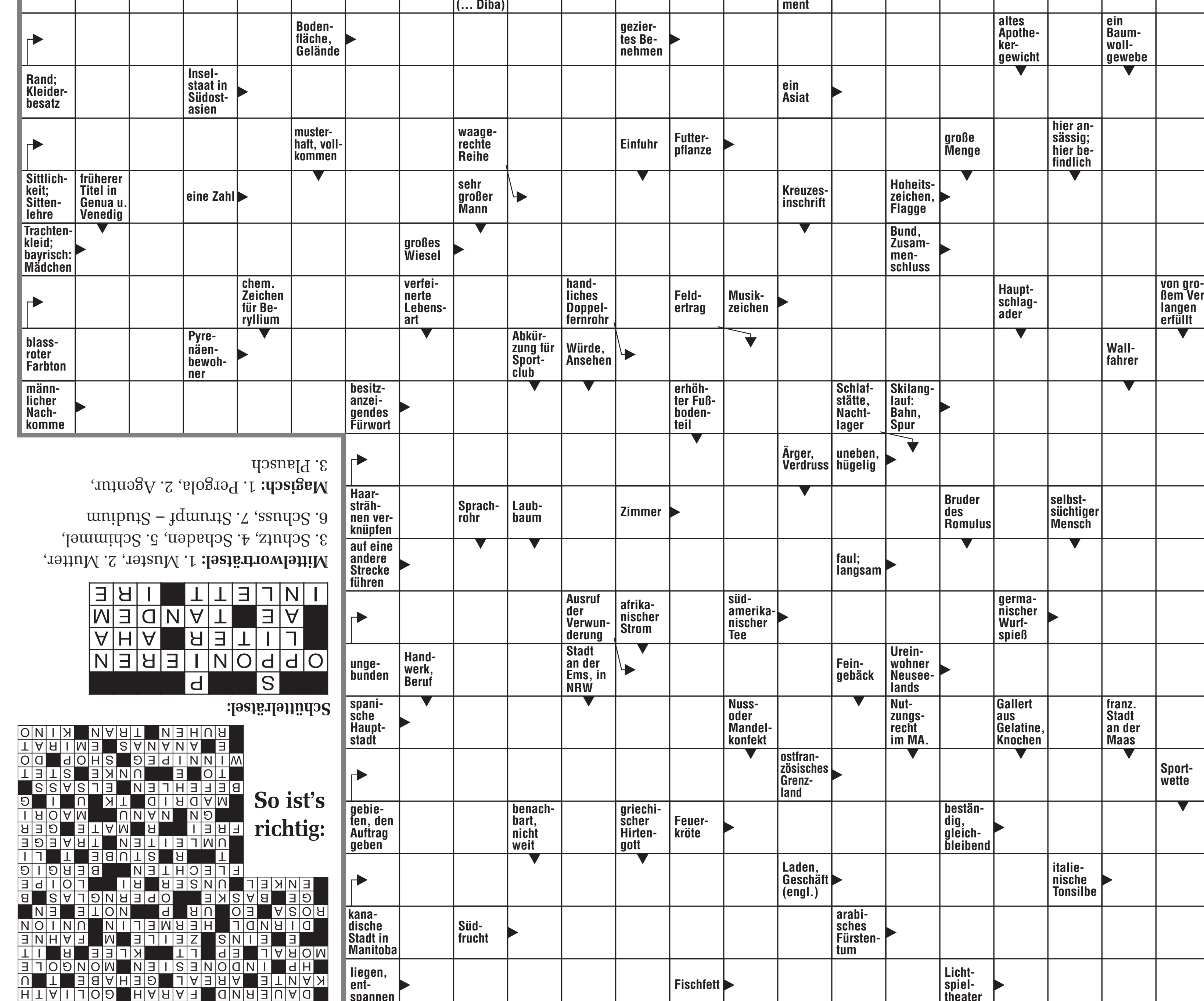
Der Wetzlarer Versicherungskaufmann Joachim Albrecht und seine Familie gehörten zu den wenigen Westdeutschen, die zu Sowjetzeiten ihre ostpreußische Heimat regelmäßig besuchten. Ersten Kontakt fanden sie 1980 zu einem deutschstämmigen Ehepaar in Schwalgendorf am Geserichsee [Siemiany] bei Deutsch Eylau, deren Flucht vor der heranrückenden Roten Armee gescheitert war.

Die zahlreichen Besuche bei Karl-Heinz und Christel Preuß hat Joachim Albrecht in einer 36-seitigen Broschüre „1980 begegnen sich Ostpreußen in Ostpreußen“ dokumentiert. Neben aufschlussreichen Eindrücken und Erlebnissen im damaligen Satellitenstaat Moskaus hat Albrecht in seinem Band den Schriftwechsel festgehalten, mit dem die beiden ostpreußischen Familien damals ihre Verbindung außerhalb der Besuche aus Westdeutschland aufrecht erhalten haben.

In den Briefen aus Schwalgendorf erfährt man, in welcher materiellen Notlage sich die Bevölkerung im Polen der 80er Jahre befunden hat und wie überlebenswichtig für sie Hilfsaktionen aus Westdeutschland waren. Vor dem Hintergrund dieser zeitgeschichtlichen Dokumente und seiner nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bei vielen Reisen durch Ostpreußen gewonnenen Eindrücke urteilt Albrecht über das heutige Polen: „Respekt, ja, sogar Hochachtung habe ich vor der polnischen Intelligenz, die die Geschichte realistisch einordnet und die deutschen Wurzeln in den für uns verlorengegangenen Gebieten würdigt“.

Die reich bebilderte Broschüre ist im Eigenverlag des Autors erschienen und kann für Preis von 9,90 Euro unter Telefon (06441) 73440 zu beziehen. Adresse: Karl Oskar Henning, Fuchskaut 20, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 770512. Bankverbindung: Commerzbank Wetzlar (BLZ 51380040) 0943062301. *PAZ*

Eizeit – Schlesische Ostereier: Noch bis zum 14. April zeigt das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen eine Ausstellung mit 300 Ostereiern in den für Schlesien typischen Verziertechniken. Am 16. März gibt es dazu einen Workshop für die ganze Familie.



Schüttelrätsel

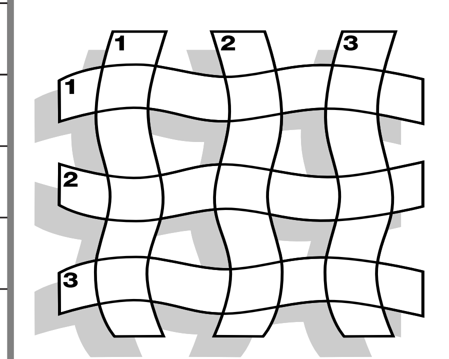
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EEINN OOPPR	ALNP		EILPS	ENTT		AIPRT	ADIR	EEHR	AEMN
EILRT						AAH			
EILN TT			ADEM NT						
						EIR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Hochschulausbildung.

1	SCHNITT		KNABE
2	GROSS		MAL
3	UMWELT		BLECH
4	DACH		ERSATZ
5	APFEL		PILZ
6	UEBER		LINIE
7	KNIE		HALTER



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Säulen- oder Pfeilergang
2 Nachrichtenbüro
3 kleiner Schwatz

Stiftung „Bildung und Erinnerung“

5. Seminar: „Geschichte und Politik in Vergangenheit und Gegenwart vom 12. bis 14. April im Ostheim, Bad Pyrmont

Veranstalter: Stiftung „Bildung und Erinnerung“

Teilnehmer: Seminar für die junge und mittlere Generation

Kosten: Das Seminar ist kostenfrei. Die Fahrtkosten werden zu 80 Prozent erstattet. Fahrkartenermäßigungen (zum Beispiel Niedersachsenticket) sind auszunutzen. Anreise mit dem PKW: Für den Doppelkilometer werden 30 Cent gezahlt.

Anmeldung: Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, **Anmeldeschluss:** 25. März, **Organisation:** Wilhelm v. Gottberg, **Veranstaltungsort:** Ostheim, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont

Programm – Freitag, 12. April: Anreise nachmittags bis 18 Uhr, frühere Anreise ist möglich. 18 Uhr Abendessen. 19 Uhr Begrüßung, Vorstellung der Teilnehmer, Einführung in die Seminarthematik: Wilhelm v. Gottberg. 20 Uhr Filmvorführung. **Sonnabend, 13. April:** 8 Uhr Frühstück. 9 Uhr Tillmann Fischer: *Wissenswertes über Westpreuße*. 10.15 Uhr Kaffeepause. 10.30 Uhr: Dr. Manuel Ruoff: *Die Geschichte der Marienburg*. 12.15 Uhr Mittagessen. 14 Uhr: Rundgang durch das Zentrum von Bad Pyrmont. 16 Uhr Kaffeepause. 16.30 Uhr Vortrag (N.N): *Die Hanse: Politische Geschichte und Blüte*. 18 Uhr Abendessen. 19.30 Uhr Wilhelm v. Gottberg (Moderation): *Allgemeine Aussprache, die Anliegen der Seminarteilnehmer*. **Sonntag, 14. April:** 8 Uhr Frühstück. 9 Uhr Oliver Dix: *Das deutsch-tschechische Verhältnis vor dem Hintergrund der Wahl des tschechischen Staatspräsidenten*. 10.15 Uhr Kaffeepause. 10.30 Uhr Johannes v. Gottberg: *Deutsch-Baltische Studentenverbindungen*. 11.30 Uhr Abschlussrunde, Seminarkritik, Anregungen. 12 Uhr Mittagessen. Anschließend Abreise. *PAZ*

Hengst des Jahres

Familie Harder präsentiert ihr prämiertes Zuchtpferd »Connery«



James-Bond-Mime Sean Connery wäre stolz auf seinen vierbeinigen Namensvetter: Gisela und ihr Mann Manfred Harder neben dem von ihnen gezüchteten Trakehner »Connery«, der auf dem letzten Trakehner-Hengstmarkt in Neumünster zum Hengst des Jahres gekürt wurde Bild: Harder

Mit Nadel und Faden

Kreismuseum Syke zeigt Handarbeiten aus Ostpreußen

Anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens lädt die Kieler Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für euch“ am 16. und 17. März 2013 zu ihrer Ausstellung „Kunst mit Nadel und Faden“ ins Kreismuseum Syke bei Bremen ein. Sie präsentiert in Ostpreußen gefertigte Handarbeiten diesmal zum Thema „Die vier Jahreszeiten“.

Die Arbeiten wurden von Frauen hergestellt, die damit für sich und ihre Familien ein Zubrot zu ihrem schmalen Lohn oder ihrer kleinen Rente erwirtschaften. Muster und Material wurden ihnen auf den Hilfsfahrten, die Mitglieder der AG mehrmals im Jahr nach Ostpreußen unternehmen, gebracht. Fertiges wurde wieder mitgenommen.

Der Erlös aus der Ausstellung geht einerseits an diese Frauen, zum anderen an zahlreiche bedürftige Personen und Familien, die die Arbeitsgemeinschaft seit langem betreut. Die Hilfe wird persönlich auf den Versorgungsfahrten zusammen mit Kleidung und anderem Notwendigen überbracht. Selbstverständlich arbeiten alle Mitglieder ehrenamtlich.

Was wird nun in der Ausstellung angeboten? Die Auswahl ist groß. Denn es werden Stücke aus

> Die AG »Hilfe für euch« organisiert die Ausstellung

allen vier Jahreszeiten gezeigt. Es gibt kostbare Weißstickerei und filigrane Häkelei, feinen Kreuzstich auf Decken und Kissen, Bildern und Bändern, sogar Stickmustertücher. Für Küche und Bad findet man schöne und praktische Dinge wie Hand- und Geschirrtücher, Schürzen und Topflappen und allerlei Beutel. Sogar Überhandtücher wie zu Großmutters Zeiten gibt es. Dazu eine reiche Auswahl an ansprechenden und nützlichen Geschenkartikeln. Auch für kalte Tage ist gesorgt – die begehrten handgestrickten Socken, Handschuhe und Stulpen finden sich in reicher Auswahl. Hübsche und qualitätsvolle Kinder- und Damenmoden werden ebenso angeboten. Nicht zu vergessen ist das kulinarische Programm mit ostpreußischem Honig und Bärenfang, Rezeptbüchlein, Marmeladen, Gelees sowie handgefertigten Marzipanpralinen.

Über regen Zuspruch und tatkräftige Unterstützung würde sich die Arbeitsgemeinschaft zu ihrem Jubiläumsverkauf sehr freuen. Die Syker Ausstellung in der Herrlichkeit 65 ist geöffnet am Sonnabend, 16. März, von 14 bis 19 Uhr und Sonntag, 17. März, von 11 bis 18 Uhr. *PAZ*

Das Wetter in Ostpreußen

Nachdem in der vergangenen Woche der Frühling ein kurzes Stelldichein gegeben hatte, kehrt nun der Winter zurück mit Dauertemperaturen unter Null. Dabei zeigt sich jedoch auch öfter mal die Sonne. Hier die Vorhersage im Einzelnen:

Allenstein: Sonnabend, 16. März, -7 bis -2 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent, Sonntag, 17. März, -7 bis -2 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 45 Prozent, Montag, 18. März, -5 bis 0 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent, Dienstag, 19. März, -4 bis 1 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent, Mittwoch, 20. März, -4 bis 2 Grad Celsius, Niederschlagswahrscheinlichkeit 30 Prozent, Donnerstag, 21. März, -2 bis 2 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent..


Bild: privat

Eisgang in der Nähe von Memel

Braunsberg: Sonnabend, 16. März, -6 bis -1 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 45 Prozent, Sonntag, 17. März, -6 bis 0 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 40 Prozent, Montag, 18. März, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent, Dienstag, 19. März, -4 bis 1 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 25 Prozent, Mittwoch, 20. März, -3 bis 3 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 30 Prozent, Donnerstag, 21. März, 0 bis 3 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent.

Königsberg: Sonnabend, 16. März, -6 bis -1 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 45 Prozent, Sonntag, 17. März, -6 bis -1 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 40 Prozent, Montag, 18. März, -5 bis 1 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent, Dienstag, 19. März, -4 bis 1 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 25 Prozent, Mittwoch, 20. März, -3 bis 2 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 25 Prozent, Donnerstag, 21. März, -3 bis 3 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent.

Memel: Sonnabend, 16. März, -6 bis -2 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent, Sonntag, 17. März, -6 bis -1 Grad Celsius, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 45 Prozent, Montag, 18. März, -4 bis 0 Grad, Sonne mit Wolken, Niederschlagswahrscheinlichkeit 45 Prozent, Dienstag, 19. März, -2 bis 1 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 25 Prozent, Donnerstag, 21. März, -1 bis 2 Grad Celsius, Wolken mit Sonne, Niederschlagswahrscheinlichkeit 35 Prozent. *PAZ*

Nordirische Mauerhelden

Belfast im Wandel: Einst wurde hier die »Titanic« gebaut, dann lähmte der Bürgerkrieg die Stadt, jetzt wird wieder gefeiert

In einigen Stadtteilen von Belfast fühlt man sich an das geteilte Berlin erinnert. Hohe graffitibemalte Mauern trennen in der nordirischen Stadt die Viertel der Katholiken von denen der Protestanten. Obwohl der Konflikt zwischen den Konfessionen hin und wieder aufflammt, poliert die Stadt derzeit ihr altes Image eines florierenden Industriestandortes auf.

Belfast scheint nicht zur Ruhe zu kommen. Der Streit um die Frage, an wie vielen Tagen im Jahr der britische Union Jack auf dem prachtvollen Rathaus der Stadt wehen dürfe, rief zu Beginn des Jahres wieder einmal Randalierer auf die Straßen. Sie setzten Autos in Brand, warfen mit Steinen und Feuerwerkskörpern. Die Polizei konterte mit Gummigeschossen und Wasserwerfern.

Im Kern geht es wieder einmal um den alten Streit zwischen den Katholiken und Protestanten. Die protestantischen Loyalisten verurteilen, dass die britische Flagge über dem Rathaus von Belfast nur noch an 20 Tagen im Jahr gehisst wird. Früher wehte sie täglich. Den jetzt wirksamen Beschluss hatte die katholisch-nationalistische Sinn-Fein-Partei vorangetrieben. Sie will die Zugehörigkeit Nordirlands zu Großbritannien beenden und strebt die Vereinigung mit der Republik Irland an.

Als die Insel 1921 in die nun von Großbritannien unabhängige Republik Irland und das weiterhin von London aus regierte Nordirland geteilt wurde, zog man die Grenze entlang der nördlichen Grafschaften der Provinz Ulster, so dass dort die Protestanten zwei Drittel der Bevölkerung stellten. Das schloss die Katholiken jahrzehntelang nicht nur von der Macht aus, sondern auch von Jobs, von Sozialwohnungen und dem Wahlrecht bei Lokalwahlen. Die Ungleichheit entlud sich Ende der 60er Jahre in einem Konflikt, der seitdem mehr als 3500 Menschen das Leben kostete.

Aber die Mehrheitsverhältnisse haben sich seither verschoben, von 2001 bis heute ist der zahlenmäßige Mehrheitsüberschuss der Protestanten von 150 000 auf 50 000 geschrumpft. Die Protestanten befürchten den Zerfall des Vereinigten Königreichs, wenn die Katholiken weiter an Einfluss gewinnen. Aber ihre Angst scheint übertrieben. Die meisten Katholiken in der nördlichen Ulster-Provinz empfinden sich heutzutage als nordirisch, sie sind mit dem Friedensprozess zufrieden und streben nicht mehr unbedingt nach der Vereinigung mit der Republik Irland.

Selbst Katholiken fühlen sich nordirisch

Trotzdem sind die hohen Mauern, die in West-Belfast katholische und protestantische Straßenzüge voneinander trennen, nicht überflüssig geworden. Ein kilometerlanges Bauwerk wurde aus EU-Mitteln finanziert, trägt beschönigend den Namen „Peace Line“, Friedenslinie, und trennt das protestantische Wohnviertel entlang der Shankill Road von jenem der katholischen Falls Road. Die Durchfahrten sind mit eisernen Toren gesichert, sie werden bei Anzeichen von Unruhen umgehend geschlossen. Die Trennung zwischen den Konfessionen nimmt teilweise absurde Formen an, so wie auf dem Friedhof von Belfast, wo eine stark gebaute unterirdische Mauer aus dicken Feldsteinen sogar die Toten in ihren Gräbern voneinander trennt.

Die Friedenslinie ist wie einst die Berliner Mauer mit Graffiti besprüht, teilweise auch mit dauerhaften professionellen Kunstwerken, die beispielsweise mit Zitaten aus Reden des Dalai Lama zum Frieden mahnen.

Für jeden Belfast-Besucher unübersehbar werden die Gegensätze in den großen Wandgemälden, den sogenannten „Murals“ mit ihren propagandistischen Aussagen, die sich plakativ über komplette Giebelwände erstrecken. Es sind überwiegend martialische Darstellungen, die Kampfbereitschaft signalisieren, die dargestellten Waffen sind eindeutig Militärgewehre und ihre vermummten Träger lassen keinen Zweifel daran, bis zu welchem Grad sie die Auseinandersetzungen eskalieren lassen wollen. An anderen Stellen demonstrieren Wandbilder loyalistische Gesinnung und die Verbundenheit mit Großbritannien.

Dann wieder sind ganze Hausgiebel dem Gedenken an Männer gewidmet, die bei terroristischen Attentaten getötet oder auf andere Weise Opfer des politischen Kampfes wurden. So wie Bobby Sands, der Dichter, politische Redner, Revolutionär und IRA-Freiwillige, der 1981 während der Haft an den Folgen eines Hungerstreiks starb. An ihn erinnert ein Bild über eine gesamte Giebelwand. Die „Murals“ sind eindeutig provokativ und eigentlich auch illegal.

Aber sie werden respektiert, nirgendwo sind sie von Graffiti übersprüht, ganze Nachbarschaften unterstützen sich bei der Erstellung oder dem Erhalt. Selten nur sieht man abblätternde oder verblassende Farben, was zeigt, wie lebendig diese Gemälde für die Anwohner sind.

Die Bilder spiegeln die verschiedenen Dimensionen des nordirischen Konflikts wider. Da gibt es einerseits die politischen und sozialen Ansprüche und Forderungen der katholisch-republikanischen Bevölkerungsminderheit, die immer noch um Gleichberechtigung kämpft, auf der anderen Seite die Parolen der loyalistischen, das heißt england-treuen protestantischen Bevölkerungsmehrheit. Sie verteidigt ihre traditionelle, jahrhundertalte Vormachtstellung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.



Als die Titanic noch heil war: Graffito an einer Hauswand in Belfast — Bild: Wiese

Seit einigen Jahren tauchen nun neue Motive auf. Sie zeigen die „Titanic“, die 1912 während ihrer Jungfernfahrt einen Eisberg rammte, unterging und 1500 Menschen mit in die Tiefe riss. Das wohl berühmteste Schiff der Geschichte wurde auf der Werft Harland & Wolff in Belfast gebaut. Den 100. Jahrestag ihrer Ablieferung feierten die Menschen in Belfast mit einem Festival. Auf die Frage, ob ein Fest angesichts des Todes von so vielen Menschen angemessen sei, kommt meist die Antwort: „Als die ‚Titanic‘ Belfast verließ, war sie o.k.“

Belfast lag zu jener Zeit als Industriestandort an der Weltspitze und zählte zu den Orten mit den innovativsten Ingenieurleistungen. So war es kein Zufall, dass die „Titanic“ als seinerzeit größtes Schiff der Welt auf den Helgen von Harland & Wolff entstand. Seit dem „Titanic“-Jahrestag nutzt die Stadt Belfast die Berühmtheit des Schiffes, um ihr Image zu verbessern. In das neue Titanic-Center kamen schon 700 000 Besucher, bis Ostern will man die dreiviertel Million erreichen. Werbung dafür machen auch die „Murals“, die eine florierende Industrie zeigen, in der buchstäblich die Schornsteine rauchen. Erfolgreiche Zeiten, an die das moderne Belfast wieder anknüpfen möchte, ohne das langjährige Bild von der hässlichen Industrie- und Arbeiterstadt wieder aufkommen zu lassen.

Nachdem die jahrelangen Unruhen die Stadt gelähmt hatten, wird nun wieder in die Infrastruktur investiert. Dafür ist der Bereich um den Victoria Square mit seinem modernen Einkaufszentrum und den unterschiedlichen Läden und Boutiquen ein gutes Beispiel. Es könnte in jeder Metropole der Welt stehen. Doch der Kontakt zu den irischen Traditionen ging nicht verloren. Gleich auf der anderen Straßenseite ist der irische Pub „Bittles Bar“ mit einer aus Gemälden, Fotos und Souvenirs angehäuften Dekoration. Es ist die Art von Pubs, in die abends Iren kommen, ein Musikinstrument unter dem Arm tragen und spontan anfangen zu musizieren. *Eigel Wiese*

Osterritt am Ostseestrand

Im Galopp über die Halbinsel: Bevor die Badegäste kommen, füllen in der kalten Jahreszeit viele Reiter die Küste von Fischland

Wenn die Strandkörbe in den Scheunen überwintern, zeigt sich die Ostsee oft von ihrer schönsten Seite, ob zu Fuß oder auf dem Pferderücken. Denn Mecklenburg-Vorpommern mit seinen rund 1500 Kilometern Ostseeküste bietet – je nach Satzung der einzelnen Gemeinden – immer mal wieder die Gelegenheit, vom Strand ins Meer zu reiten.

Doch nicht überall ist es so schön wie auf der Halbinsel Fischland mit ihrem steinlosen, weißen, beinahe karibischen Sandstrand. Hier hat die Gemeinde Dierhagen Reitern erlaubt, noch bis Ostern einige Kilometer des Traumstrandes unter die Pferdehufe zu nehmen. Zusammen mit dem über 10 000 Hektar großen Wald-, Moor- und Heidegebiet, dem Dierhagener Forst und der Rostocker Heide, zu Füßen der Landzunge sind die Wander- und Reit-Möglichkeiten in diesem Gebiet nicht nur besonders vielfältig, sondern auch besonders groß.

Gemeinden erlauben Strandritte bis Ostern

Vor über 100 Jahren waren das Fischland und der Darß, welche im Laufe der Jahrhunderte zur Halbinsel Fischland-Darß-Zingst zusammengewachsen sind, noch ein Geheimtipp, den zuerst die Künstler für sich entdeckten. Um 1890 bildeten sie in Ahrenshoop eine Künstlerkolonie, die den Ort bis heute prägt. Weit breitet neben der Strandhalle das mythische Pferd Pegasus seine Flügel aus. Welch ungewollte, aber hübsche Anspielung ist diese Steinplastik von Ingeborg Hunzinger aus den 90er Jahren auf die Reiter, die heute im Winter ein Stück weit im Galopp über die Halbinsel „fliegen“!

Ansgar Kurp hat es aus Niedersachsen nach Mecklenburg-Vorpommern verschlagen. Aus Liebe zu seiner Pferde liebenden Frau. Denn eigentlich hat Ansgar Kurp Forstwirtschaft studiert und war als Forstmann sogar in Kanada tätig. Dennoch ist das Hinterland der Ostsee seine Heimat geworden. Seit einigen Jahren betreibt das Ehepaar in Hirschburg, dem „Tor zum Darß“, und in Kloster Wulfshagen das Gestüt Nordvorpommern. Man kümmert sich um Zucht, Aufzucht, Ausbildung, Beritt, Unterricht, mit speziellen Kursen für Wiedereinsteiger ab 50 plus, und auf dem Gnadenhof um die Pflege für Pferdesenioren.

„In den ersten Jahren“, so Kurp, „sind meine Frau und ich fast täglich abends die vier Kilometer zum Strand geritten. Wir konnten gar nicht genug von Sand und Meer bekommen. Selbst im Winter bei Eis und Schnee. Im Schnee ist der Strand übrigens ganz besonders reizvoll.“ Heute bemüht sich Ansgar Kurp vor allem, jedem Pferde-Interessenten und jedem Reitgast seine individuellen Wünsche zu erfüllen. „Wir sind vollkommen flexibel. Nach Absprache kann man bei uns vom passenden (Leih-)Pferd bis zur passenden Ausbildung von Pferd und Reiter alles haben. Selbstverständlich muss man die Leistungen bezahlen.“



Freie Bahn für Pferde: Reiterstrand an der Ostsee — Bild: Schnehagen

Auch wenn die Routine die Euphorie inzwischen gedämpft hat, die Freude, das Ostseewasser unter den Pferdehufen wieder einmal so richtig spritzen zu lassen, steht ihm ins Gesicht geschrieben. Dass es sich auf Fischland um ein besonders schönes Fleckchen Erde handelt, hatten schon die DDR-Oberen erkannt und es sich entsprechend gesichert. 1968 ließen sie auf einem Gelände von 100 000 Quadratmetern direkt in den Dünen ein Gästehaus für Regierungsmitglieder und internationale Staatsgäste erbauen. Ein echtes Wellness-Hotel lange bevor dieses zum allgemeinen Trend wurde.

Die anspruchsvolle Ausstattung betrug drei Mastersuiten à 120, 18 Appartements à 60 und fünf Einzelzimmer à 30 Quadratmeter. Dazu gehören außerdem Trockensauna, Schwimmhalle, Arzttrakt, Physiotherapie, Kosmetik und Friseursalon sowie Wirtschaftstrakt mit eigener Wäscherei und Garagen. Das Personal für die maximal 60 Gäste bestand aus 72 Mitarbeitern und drei Auszubildenden.

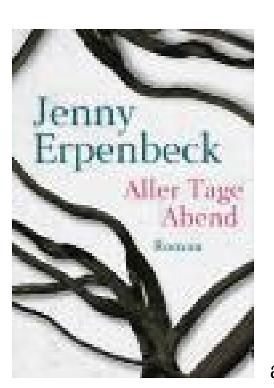
Am Service dürfte bei dieser Quote nichts auszusetzen gewesen sein. Ab 1973 wurde das Haus noch exklusiver. Denn nach dem Ende der Veranstaltungsreihe „Ostseewoche“ wurde das Gästehaus als Gästeheim des Ministerrates genutzt. 1990 ereilte das „Juwel“ an der Ostseeküste das gleiche Schicksal wie die anderen „Regierungs-Juwele“ der DDR-Zeit, die alle Garanten für allerbeste Lagen waren.

Hotel Fischland setzt Wellness-Maßstäbe

Die Einrichtung wurde schließlich durch die Oberfinanzdirektion Rostock abgewickelt, verpachtet und später an einen privaten Investor verkauft. Daraufhin ließen 30 Millionen D-Mark und nach 2001 viele weitere Euros in den alten Grundmauern das funkelnagelneue Strandhotel Fischland entstehen, das mit seiner Lage direkt am Strand – „für die es heute nie und nimmer eine Baugenehmigung mehr gäbe“, so Hoteldirektorin Isolde Heinz – nicht nur die alten DDR-Zeiten toppt, sondern zusammen mit seinem 800 Meter entfernten Schwesterhaus „Dünenmeer“ Maßstäbe in der unübersichtlichen Wellness-Hotel-Landschaft setzt.

So wurde das eine doch zum besten und das andere unter die besten Wellness-Hotels von Mecklenburg-Vorpommern gekürt. Das Gestüt Nordvorpommern als Partner bedeutet auch nicht wirklich Neues. Denn die Reiterei ist in der Region tief verwurzelt. Davon zeugt das Tonnenabschlagen, das an der mecklenburg-vorpommerschen Küste alle gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahrhunderten überstand. Der lebendige Brauch hat Ähnlichkeit mit dem Ringstechen in Schleswig-Holstein und wird vermutlich seit Ende des Dreißigjährigen Krieges mit Begeisterung auf der Halbinsel ausgeübt. Sichere schriftliche Dokumente finden sich 1774 in Barther Protokollbüchern.

Alljährlicher Höhepunkt ist seit 1927 das abschließende Bezirks-Tonnenabschlagen, welches abwechselnd in Wustrow, Ahrenshoop, Born, Wieck und Prerow veranstaltet wird. Von Juni bis August kann man das aufregende Spektakel an fast allen Wochenenden auf und um die Halbinsel Fischland-Darß-Zingst erleben. Dazu frönt man dem Brauch neuerdings auch schon im Februar: mit dem Fastnachts-Tonnenabschlagen in Born. (Alle Termine unter www.fischland-darss-zingst.de.) *Helga Schnehagen*



Was wäre, wenn?

Roman zeigt Varianten auf

Immer ausgeprägter hat sich die Gattung Roman zu einem Experimentierfeld gewandelt. Dabei werden von den Autoren vor allem Elemente des Films und anderer Literaturgattungen aufgenommen. In ihrem neuen Roman „Aller Tage Abend“ hat die 1967 geborene Berliner Autorin Jenny Erpenbeck ein Experiment durchgeführt, das an die Fantasy-Spielbücher der 1980er Jahre erinnert. Nur wird in diesem Fall nicht der Leser ständig vor die Wahl gestellt zu entscheiden, wie die Handlung weitergehen soll, womit das Risiko auszuscheiden einhergeht, sondern die Autorin selbst bietet mehrere Möglichkeiten des Verlaufs an.

Mehrmals spielt sie in kritischen Situationen sowohl den Tod der Protagonistin als auch deren Überleben durch. Letzteres ist dann jeweils die gültige Version, schließlich kann der Roman auch nur so fortgesetzt werden.

In dem von den zwei Weltkriegen und sozialen Umbrüchen geprägten 20. Jahrhundert erreicht ihre Hauptfigur, die mütterlicherseits dem osteuropäischen Judentum entstammt, ein Alter von fast 90 Jahren. Dann ist „aller Tage Abend“. Während der ersten Hälfte ihres Lebens war sie unmittelbar von den mannigfaltigen Katastrophen dieses Jahrhunderts betroffen. Dabei fällt auf, dass ein Hinweis auf Übereinstimmungen mit der Biografie von Erpenbecks Großmutter Hedda Zinner (geboren 1905 in Lemberg, gestorben 1944 in Berlin) fehlen. Die Schriftstellerin, Schauspielerin und Kabarettistin war eine erfolgreiche Künstlerin in der DDR.

Erpenbecks Protagonistin, genannt H., erhält erst kurz vor ihrem Tod 1992 in einem Berliner Altenheim einen Namen: Frau Hoffmann. Im Namen könnte eine Anspielung enthalten sein, denn hoffen musste die Wiener Kommunistin viel aufgrund der Umstände. So entgeht sie, obwohl Mitglied der KPÖ, in ihrem sowjetischen Exil Ende 1938 nur knapp einer Verhaftung. In Verhören muss sie sich rechtfertigen, nachdem ihr Mann wegen angeblicher Spionage verhaftet worden ist. Sie wird nie etwas über sein Schicksal erfahren. Kurz darauf endeten die Verhaftungen in der stalinistischen Sowjetunion. Wäre H. auch verurteilt und nach Sibirien deportiert worden, hätte dies in der Hölle des strengen sibirischen Winters den sicheren Tod bedeutet. Die Situation wird zunächst geschildert, dann aber setzt die Handlung wiederum an dem Punkt an, wo die Entscheidung auf der Kippe steht. Und so legt der zögernde Parteigenosse die Akte H.s doch auf den rechten anstatt auf den linken Stapel, was ihre Rettung bedeutet.

Viermal folgt Erpenbeck diesem gewöhnungsbedürftigen Konzept. Eingeleitet wird die Kehrtwende vom „allwissenden Erzähler“, der betont, dass alles ganz anders hätte kommen können. Schnitt. Im nächsten Kapitel finden wir die Protagonistin zu einem späteren Zeitpunkt an einem anderen Ort.

Über das Leben einer Berliner Kommunistin

Bis zu ihrer Übersiedlung von der Sowjetunion in die DDR nach Kriegsende 1945 gleicht ihr Leben einem erschöpfenden Kampf. „Es war so mühsam, all die Schlachten, in denen man nicht fallen würde, zu bestehen“, befindet die Autorin von ihrer verwinkelten Perspektive aus.

Reflexionen und Aktionen fließen in diesem Roman zusammen und münden in Rückblenden. Jenny Erpenbeck ist ein grandioser künstlerischer Entwurf einer Biografie des 20. Jahrhunderts gelungen. Von Humor findet sich allerdings keine Spur. Zwischendurch Passagen wie aus einer alten Chronik: Dieser Nüchternheit entspricht die genauestmögliche Angabe der Längen- und Breitengrade aller Handlungsorte auf dem geografischen Koordinatennetz. Lesenswert! *Dagmar Jestrzemski*

***Jenny Erpenbeck: „Aller Tage Abend“**, Knaus, München 2012, geb., 283 Seiten, 19,99 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD zu beziehen.



Beeindruckendes Bindeglied

Feinfühliger historischer Reisebegleiter über das Memelland

Bis zum Jahr 1919 war der nördlichste Punkt Preußens der kleine Ort Nimmersatt. Dort gab es eine Gaststätte „Immersatt“, so dass man in der Schule lernte: „Nimmersatt und Immersatt, wo das Deutsche Reich ein Ende hat.“ Nimmersatt war wie das ganze Memelland mit dem Zentrum Memel [heute Klaipeda] seit der frühen Neuzeit Teil des anfangs dem mächtigen König von Litauen tributpflichtigen Herzogtums Preußen, gehörte dann als Teil Ostpreußens zum preußischen Staat, wurde 1920 von Deutschland getrennt, kam 1923 zu Litauen, 1939 auf Druck Hitlers wieder zu Deutschland, wurde 1945 Teil der sowjetisch-litauischen SSR und ist heute westlichster Teil des zur EU gehörenden Litauens.

Die kurze Aufzählung zeigt, dass das kleine Land, mit seinen 2400 Quadratkilometern kleiner als das Saarland, gleichwohl ein Spielball der Mächtigen war, kreuzten sich doch hier über die Jahrhunderte die Interessen von Deutschen, Polen, Litauern und Russen.

Der in Berlin lebende Autor Hermann Pölking hat jetzt diesem einstigen deutschen Grenzland ein sehr informatives Buch gewidmet. Wohl in Abgrenzung zu seinem im Vorjahr erschienenen, vielfach gelobten Ostpreußen-Buch nennt er es einen „historischen Reiseführer“. Das stimmt insofern, als Pölking alle wichtigen Orte wie Memel, Heydekrug, Schmalleningken, Nidden (mit Thomas-Mann-Haus) ausführlich – und mit Blick auf die touristische Nutzung mit genauer litauischer Namensgebung – beschreibt. Aber letztlich ist es doch eine geografische und historische Darstellung, die nicht nur durch die Fülle der ausgewerteten Quellen besticht, sondern auch durch die vielen Abbildungen, die den Zauber dieses schönen Landes für den Leser unmittelbar lebendig werden lassen.

Memelland als Brücke zwischen Litauen und Deutschland

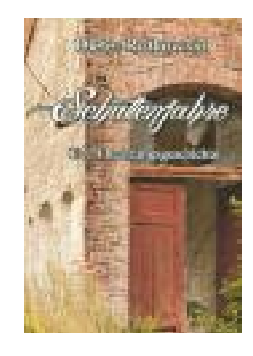
Das bis ins 20. Jahrhundert agrarisch geprägte Land, das mit seinen endlosen Feldern, Wäldern und Stränden schon früh zivilisationsmüde Großstädter und Künstler faszinierte, war eigentlich nur der nordöstlichste Teil Ostpreußens und damit, staatlich gesehen, preußisches, ab 1871 deutsches Land. Und doch hatte es eine Besonderheit, denn während die Bevölkerung in den Städten und größeren Ansiedlungen Deutsch sprach, sprachen viele Memelländer auf dem Land Litauisch oder Kurisch, fühlten sich weniger als Deutsche, sondern als etwas Eigenes, auch wenn die Zugehörigkeit zu Preußen lange nicht infrage gestellt wurde.

Für nationalbewusste Litauer, die schon im Zarenreich ein eigenes „Großlitauen“ anstrebten, war das Memelland „Kleinlitauen“. 1920 musste Deutschland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages das Memelland abgeben; es kam im Auftrag des Völkerbundes unter französische Verwaltung; 1923 besetzte litauisches Militär die Stadt Memel und andere Zentren, zwei Jahre später wurde die Region in der sogenannten Memelkonvention dem litauischen Staat zugesprochen, allerdings unter Wahrung wichtiger Autonomierechte für die deutsche Minderheit. Auf Druck Hitlers musste Litauen das Land im März 1939 an das Deutsche Reich zurückgeben; die große Flucht 1945 vor der Roten Armee beendete die deutsche Geschichte des Memellandes.

Pölking erzählt die teils dramatische, dann wieder lange Zeit in ruhigen Bahnen verlaufende Geschichte des Landes anhand vieler persönlicher Zeugnisse, deren Fülle erstaunt. Das ist auch die hingebungsvolle Arbeit der 1948 in Hamburg gegründeten „Arbeitsgemeinschaft der Memelländer“, die auch Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen ist. Deren Archivarbeit samt Quellensammlungen erlaubt heute diese facettenreiche Darstellung. Auffallend ist, wie friedlich über Jahrhunderte die verschiedenen Nationalitäten (wenn man sie denn wegen ihrer Sprachen so nennen will) zusammengelebt haben; es war das NS-Regime, das die Menschen entzweite. Heute ist davon, wie der wachsende Touristenstrom beweist, nichts mehr zu spüren.

Pölking beschließt sein Buch mit einem anrührenden Abschnitt über den in Tilsit geborenen und im Memelland groß gewordenen Dichter Johannes Bobrowski (1917–1965), der, erstaunlich genug, als in der DDR lebender Autor dieses Grenzland in all seinen Arbeiten thematisierte und für Toleranz, Verständnis und gute Nachbarschaft warb. Nach der Lektüre dieses Buches möchte man glauben, dass das Memelland, so klein und abseits gelegen es ist, noch immer ein Bindeglied zwischen Deutschland und Litauen sein kann. *Dirk Klose*

***Hermann Pölking: „Das Memelland. Wo Deutschland einst zu Ende war. Ein historischer Reisebegleiter“**, be.bra Verlag, Berlin 2013, 430 Seiten, 24,95 Euro*



Weg durch die Hölle

Roman über eine Flucht aus Ostpreußen

Ohne Zweifel, der 1944 in Ostpreußen geborene Autor Dieter Rutkowski hat viel recherchiert über die Zeit der Flucht aus seiner Heimat, die er selbst als Baby nicht bewusst miterlebt hat. Mit Liebe zum Detail entwickelt er seine Figuren und gibt seinem Roman „Schattenjahre“ eine abwechslungsreiche Handlung bei. Damit er jedoch keine reine Fluchtgeschichte erzählt, hat er seinem Roman eine zarte Liebesgeschichte, genauer gesagt sogar zwei, beigefügt, die jedoch nicht jedem gefällt, da es sich um homoerotische Liebeleien handelt.

Hauptfigur Jan Kowalski ist der Sohn eines ostpreußischen Pferdezüchters und erlebt eine unbeschwerte Kindheit, bis die Russen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges so nah sind, dass sein Vater ihn, den Altknecht Kossmann, die Köchin Hilde mit Tochter Jenny und die beiden Zwangsarbeiterinnen aus Polen gen Westen schickt. Schon früh erleben sie etwas, was Jenny nur noch hysterisch schreien lässt, denn in einem Haus, in dem sie Schutz vor der kalten Winternacht suchen, finden sie eine von Sowjets brutal ermordete Familie. Und das wird nicht das letzte Mal sein, dass Jenny fürchtet, den Verstand zu verlieren, angesichts des Leids das sie überall sehen und auch selbst erfahren müssen. Als Rotarmisten Jenny vergewaltigen wollen, wirft sich der Altknecht dazwischen, was er nicht überlebt.

Der Autor schildert Jan als einen sehr femininen jungen Mann, der, als deutsche Soldaten unter den Flüchtenden junge Männer fürs Militär zwangsrekrutieren, sich fortan als Frau verkleidet, obwohl ihm so mehrfach die Vergewaltigung vor den Russen droht.

In einer Episode schildert Rutkowski nachvollziehbar, warum ein altes Ehepaar lieber wie Jans Eltern bei Heim und Hof bleibt, als zu fliehen. Obwohl die beiden wissen, dass ihnen der Tod droht, haben die Eltern zweier im Krieg gefallener Söhne nicht die Kraft, ihr Heim, in dem sie so viele glückliche Jahre verlebt haben, zu verlassen. Wenig schlüssig ist hingegen, dass Jan sein Herz nach dem Tod des Freundes Christian bereits so schnell an den polnischen Zwangsarbeiter Adam verliert.

Im Ganzen ist „Schattenjahre“ ein Roman, der viel Abwechslung bietet, aber man merkt, dass es eine erfundene Geschichte ist und daher erreicht er nicht die Dramatik, die so manche Fluchterinnerung bietet. *Bel*

***Dieter Rutkowski: „Schattenjahre. Eine Flüchtlingsgeschichte“**, Mohland, Goldebek 2012, broschiert, 184 Seiten, 12 Euro*

Männer mit konservativen Ideen

Sammlung verschiedener Kurzbiografien aus der Feder von Klaus Hornung

Zum 85. Geburtstag des ehemaligen Präsidenten des Studienzentrums Weikersheim, Klaus Hornung, hat dessen aktueller Nachfolger Harald Seubert eine Auswahl seiner Aufsätze unter dem Titel „Vernunft im Zeitalter der Extreme. Die konservative Position“ herausgegeben. Entsprechend dem Klischee, dass Konservative die Geschichte der großen Männer schreiben würden, handelt es sich um eine von den Aufsätzen „Dilemma oder Rekonstruktion des Konservatismus? Eine kritische Theorie des Konservatismus für die Gebildeten unter seinen Verächtern“ (1973) und „Die Krise des Fortschritts und der aufgeklärte Konservatismus“ (1990) eingerahmte Sammlung von Artikeln, die politische Denker und deren Werk zum Thema haben. Dabei ist die Auswahl der Biografierten fast noch spannender als die Biografien selber. Denn sie sagt viel über den Autor selber aus, da alle Biografien nicht unkritisch, aber doch unbestreitbar wohlwollend sind. Hier wird ein Einblick gewährt, wem sich der Autor politisch verbunden fühlt, wes Geistes Kind er ist.

Den Anfang macht der Aufsatz „Tocqueville – Welche Art von Despotismus die demokratischen Nationen zu fürchten haben“. Man muss dem Beitrag zugutehalten, dass er mit Jahrgang 1994 nicht mehr der Jüngste ist. In klassischer konservativer Manier wird vor einem Zuviel an Freiheit und Macht der Mehrheit gewarnt. Heute, nach den leidvollen Erfahrungen mit politischer Korrektheit und immer mächtiger werdenden Eurokraten – nicht umsonst sprechen Spötter schon von der „EUdSSR“ –, wären viele deutsche Konservative froh über mehr Meinungsfreiheit.

Ein Jahr vor der Veröffentlichung des Tocqueville-Aufsatzes hielt Hornung einen Vortrag im Bismarck-Mausoleum, der 2005 unter dem Titel „Otto von Bismarck und die deutsche Zukunft“ veröffentlicht wurde. Zu

Beiträge entstanden in den letzten Jahrzehnten

den vielen Verdiensten des Reichsgründers gehört sicherlich, dass er Schattenseiten der Welt messerscharf analysiert, ihnen Rechnung getragen und sie auch schonungslos beim Namen genannt hat. Daraus, dass Bismarck mehr als einmal diese Schattenseiten unverblümt angesprochen hat – man denke nur an seine berühmte „Blut und Eisen“-Rede –, zu schließen, er heiße diese Schattenseiten gut oder verteidige sie, ist entweder dumm oder verlogen. Hornung bietet dem Leser reizvolle Zitate des Kanzlers wie „Wer mich einen gewissenlosen Menschen schilt, soll sein Gewissen auf diesem Kampfplatz erst einmal versuchen“ oder aber der Klassiker, der gerade angesichts der heutigen Verhandlungen in EU und Euro-Gemeinschaft gar nicht oft genug wiederholt werden kann: „Ich habe das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten.“

Der Aufsatz „Preußischer Konservativismus und soziale Frage – Hermann Wagener“ widmet sich einem Sozialpolitiker, der nicht nur Zeitgenosse Bismarcks war, sondern auch mit diesem zeitweise zusammengearbeitet hat. Hornung geht es mit seinem Beitrag offenkundig auch darum, deutlich zu machen, dass konservativ und sozial sich nicht widersprechen.

„Ein konservativer Historiker in Deutschland. Hans Rothfels“ widmet sich dem Doktorvater Hornungs, was den Aufsatz für die politische Verortung des Autors besonders interessant macht. Es folgen Beiträge zu Leben und Werk von Jacob Talmon, François Furet und George F. Kennan.

Für diejenigen, die sich Klaus Hornung weltanschaulich verbunden fühlen, ist die Festschrift ein Muss. Doch auch wer an den in dem Sammelband thematisierten Geistesgrößen und deren Werk interessiert ist, wird mit Gewinn zu diesem Buche greifen. *Manuel Ruoff*

***Klaus Hornung: „Vernunft im Zeitalter der Extreme. Die konservative Position“**, herausgegeben von Harald Seubert, VTR, Nürnberg 2012, broschiert, 240 Seiten, 19,95 Euro*

Weitere Titel

***Christoph Drösser, Andrea Cross, Til Mette: „Stimmt's Baby? 100 Mythen übers Kinderkriegen“**, rororo, Reinbek 2012, broschiert, 206 Seiten, 12,99 Euro*

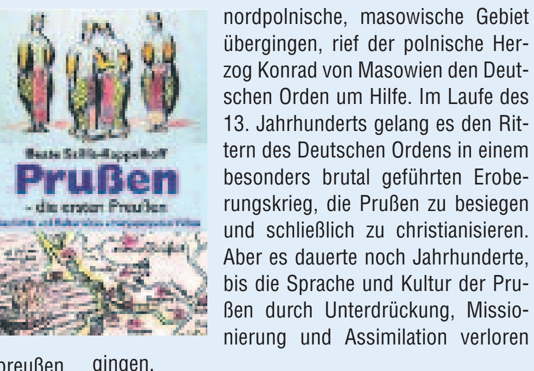
***Rudolf Müller und Thomas Müller (Hrsg.): „Deutsch-polnischer Brückenschlag auf kommunaler Ebene. Zehn Jahre Kreispartnerschaft Trier-Saarburg und Puck (Putzig) 2001 bis 2011“**. Klimomedia, Trier 2012, kartoniert, 200 Seiten, 18,90 Euro*

***Wolfgang Philipp: „Zerstörte Zukunft. Wie Deutschland seinem Nachwuchs die Geburt verweigert. Eine fällige Abrechnung“**, Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2012, broschiert, 160 Seiten, 16,80 Euro*

***Richard Wurmbrand: „Gefoltert für Christus“**, Resch Verlag, Gräfelfing 2013, broschiert, 168 Seiten, 8,90 Euro*

Beate Szillis-Kappelhoff

Prußen – die ersten Preußen



Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in dieser ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Prußen, jenem geheimnisvollen Volk, das dem späteren Staat Preußen seinen Namen gab.
Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten.
Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. Aber es dauerte noch Jahrhunderte, bis die Sprache und Kultur der Prußen durch Unterdrückung, Missionierung und Assimilation verloren gingen.

Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen
Best.-Nr.: 7209

€ 19,80

Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS“





Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215

€ 19,95



Stephan Berndt
Hellseher und Astrologen im Dienste der Macht
Die geheimen Einflüsse auf Politiker und Herrscher
Geb., 392 S. m. zahlr. Abb.
Best.-Nr.: 7217, € 24,90

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

CD — Mit dem Ostpreußenlied

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Manfred Spitzer
Digitale Demenz
Digitale Medien nehmen uns geistige Arbeit ab. Was wir früher einfach mit dem Kopf gemacht haben, wird heute von Computern, Smartphones, Organizern und Navis erledigt. Das birgt immense Gefahren, so der renommierte Gehirnforscher Manfred Spitzer. Die von ihm diskutierten Forschungsergebnisse sind alarmierend: Digitale Medien machen süchtig.
Sie schaden langfristig dem Körper und vor allem dem Geist. Wenn wir unsere Hirnarbeit auslagern, lässt das Gedächtnis nach. Nervenzellen sterben ab, und nachwachsende Zellen überleben nicht, weil sie nicht gebraucht werden. Bei Kindern und Jugendlichen wird durch Bildschirmmedien die Lernfähigkeit drastisch vermindert. Die Folgen sind Lese- und Aufmerksamkeitsstörungen, Ängste und Abstumpfung, Schlafstörungen und Depressionen, Übergewicht, Gewaltbereitschaft und sozialer Abstieg. Spitzer zeigt die besorgniserregende Entwicklung und plädiert vor allem bei Kindern für Konsumbeschränkung, um der digitalen Demenz entgegenzuwirken.
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7216

€ 19,99



Reinhold Busch (Hrsg.)
Stalingrad
Der Untergang der 6. Armee.
Überlebende berichten
Geb., 464 Seiten, ca. 50 ganzseitige S/W-Bilder
Best.-Nr.: 7214, € 24,90



DVD

Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



DVD

€ 14,95

Blutiger Freitag –
Das Schicksal der deutschen Kurland Kämpfer
Laufzeit: 55 Minuten + 6 Min Bonusinterview, FSK: ab 16 Jahren
Best.-Nr.: 7193

Elchschaufel-Brosche

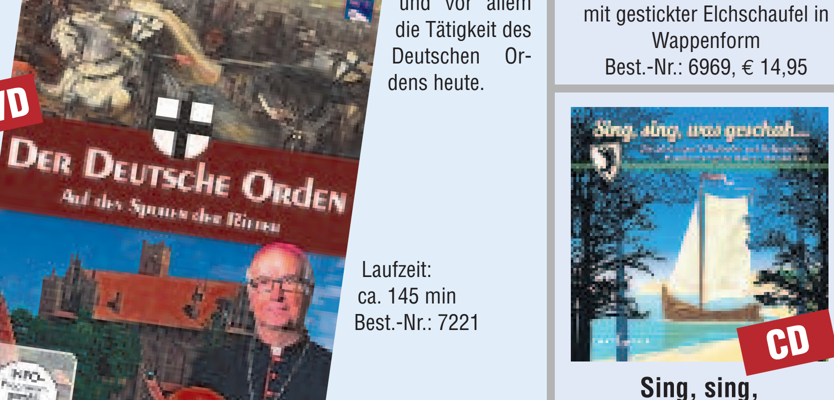


Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert, wertungsfreien Char-
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst

sehensWERT!
Die DVD-Empfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...



DVD

Der Deutsche Orden - Auf den Spuren der Ritter
Vor 800 Jahren begannen Ritter des Deutschen Ordens damit, das Land zwischen Weichsel und Memel zu erobern und Deutsche aus dem Westen dort anzusiedeln. Sie schufen das Land Preußen, das im Spätmittelalter als das modernste Gemeinwesen ganz Europas galt. Der Hauptfilm (ca. 90 Minuten) begibt sich auf die Spuren der Ostlandritter. Ihre gewaltigen Burgen, die heute in Polen stehen, werden ebenso vorgestellt wie ihre Stadtgründungen und die Methoden ihrer Landkultivierung. Über Jahrhunderte waren die Polen mit den Rittern verfeindet. Im Film wird deutlich, dass sich das Verhältnis entspannt hat. Polnische Historiker erkennen an, dass das heutige Polen dem Deutschen Orden vieles verdankt.
Der zweite Film (ca. 55 Minuten) liefert ergänzende Informationen: die Geschichte des Deutschen Kreuzritterordens seit seiner Gründung im Heiligen Land, sein Wirken außerhalb Preußens, und vor allem die Tätigkeit des Deutschen Ordens heute.

Laufzeit: ca. 145 min
Best.-Nr.: 7221

€ 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

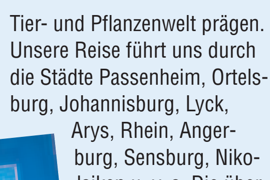
Königsberg-Schirmmütze

Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Preußen-Schirmmütze

Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Kurt von Tippelskirch
Geschichte des Zweiten Weltkriegs



General der Infanterie Kurt von Tippelskirch verfaßte diese grundlegende Darstellung des gesamten Kriegsverlaufs des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1950 bis 1951. Es war dies das erste Werk eines deutschen Generals, das die dramatischen Ereignisse in den verschiedenen Phasen des Krieges und an den unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in einer gut lesbaren, allgemein verständlichen Form im Zusammenhang schildert. Die sachliche und nüchterne Arbeitsmethode des gelernten Generalstäblers spiegelt sich in dieser „Geschichte des zweiten Weltkrieges“ wider. So entstand eine Arbeit mit einem vornehmlich darstellenden, wertungsfreien Charakter, die das Kriegsgeschehen dennoch ganz bewußt von einem deutschen Standpunkt aus beschreibt.
Geb., 896 Seiten, 10 Karten und 55 militärische Skizzen im Textteil, 10 beigelegte militärische Lagekarten
Best.-Nr.: 7210, € 49,80



CD

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95







DVD

Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Romantisches Masuren, DVD



Wer Masuren als „Land der tausend Seen“ bezeichnet, der untertreibt. Es sind weit über 3.000 Seen, die diese romantische Landschaft von unberührten Flußläufen, von verschwiegenen Wäldern, goldgelben Kornfeldern, verträumten Städtchen und einer intakten Tier- und Pflanzenwelt prägen. Unsere Reise führt uns durch die Städte Passenheim, Ortelsburg, Johannisburg, Lyck, Arys, Rhein, Angerburg, Sensburg, Nikolaiken u. v. a. Die überwältigende Naturlandschaft Masurens erleben wir nicht nur in traumhaft schönen Bodenaufnahmen sondern ebenso in faszinierenden Szenen aus der Luft.
Laufzeit: 55 Min.
Best.-Nr.: 5397, € 19,95

DVD



DVD

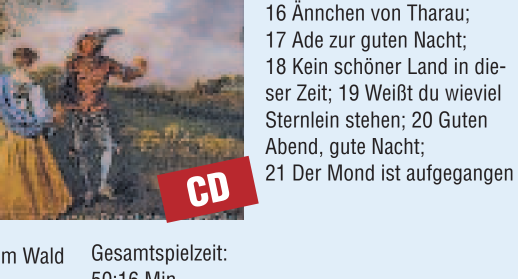
Der Deutsche Osten
in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207, € 9,95



DVD

Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00

Die schönsten Volkslieder





CD

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide;
5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Alfred M. de Zayas
Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts



Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts wurde 1939 mit der Aufgabe eingerichtet, völkerrechtswidrige Handlungen der Kriegsgegner Deutschlands zu dokumentieren. Die Unterlagen dienten juristischen und diplomatischen Stellen des NS-Staates zur Erstellung von Weißbüchern, Protestschreiben und Anklagen gegen Kriegsgefangene.
Professor Alfred M. de Zayas hat als erster die 226 erhaltenen Aktenbände ausgewertet. Diese Akten befinden sich im Bundesarchiv – Militärarchiv – Freiburg im Breisgau. Ausländische Archive wurden auch konsultiert, um die Zuverlässigkeit der deutschen Akten zu verifizieren. Mehr als 300 ehemalige Militärrichter und Zeugen wurden persönlich aufgesucht und mit ihren damaligen Ermittlungen und Aussagen konfrontiert. Dieses Buch legt zugleich eine behördengeschichtliche und völkerrechtliche Studie vor: Im ersten Teil untersucht de Zayas die Glaubwürdigkeit der Institution und des Aktenkorpus, im zweiten Teil schildert er anhand ausgewählter Fälle die Vorgehensweise und die Ergebnisse der Untersuchungsstelle: Schwere Kriegsverbrechen der alliierten Kriegsgegner werden dokumentiert.

Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten, 8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335

€ 29,80

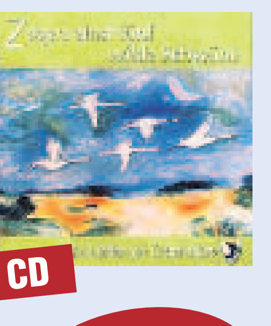
Pro Patria, Märsche und Lieder

CD



1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

€ 17,95



CD

€ 12,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite
Best.-Nr.: 6934



NEU

Karl Albrecht Schachtschneider
Die Souveränität Deutschlands
Wie souverän ist Deutschland wirklich?
Gebunden, 373 Seiten
Best.-Nr.: 7219, € 19,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 11/13
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Geschenk gegen Baugenehmigung

Athen – Nachdem der Emir von Katar keine Baugenehmigung für seine riesigen Ferienhäuser auf seinen für 8,5 Millionen Euro neu erworbenen Inseln im Ionischen Meer erhalten hatte, fragte er nach, was er den Griechen vor Ort Gutes tun könne. Eine neue Wasserversorgung wäre gut, nutzte der zuständige Bürgermeister seine Chance. Nun ist die neue Wasserpipeline bereits in Planung, die Baugenehmigung dürfte demzufolge auch bald erfolgen. *Bel*

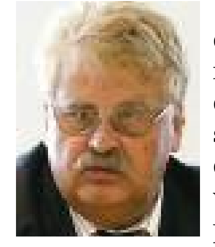
DGB-Tochter zahlt 0,9 Prozent

Düsseldorf – Während Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) wie „verdi“ 6,5 Prozent und IG Metall 5,5 Prozent mehr Lohn für ihre Mitglieder fordern, ist der Streit um die Gehälter der Mitarbeiter der DGB-Rechtschutz GmbH immer noch nicht gütlich geklärt. 0,9 Prozent mehr Gehalt bietet die 100-prozentige Tochter des DGB ihren 700 Angestellten. Mehr sei nicht drin, so der Chef des Unternehmens. *Bel*

ZUR PERSON

Verärgerter EU-Protagonist

Selbst dem eifrigsten Europa-Protagonisten kann irgendwann der Kragen platzen. Bestes Beispiel dafür ist der EU-Parlamentarier Elmar Brok (CDU). Auslöser für seinen Ärger ist der ausufernde Armuts- und Sozialtourismus aus Rumänien und Bulgarien. Der sei legal, behaupten deutsche Politiker und schieben die Verantwortung auf die EU. Falsch, erregt sich Brok, denn dieser Zuzug sei schon seit 25 Jahren in der EU ausgeschlossen. Er fragt, warum eigentlich kein deutscher Politiker in die „Richtlinie über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten“ schauen würde. Diese enthalte nämlich klare Einschränkungen, die dem Zustrom nach Deutschland Einhalt gebieten würden – wenn man sie denn anwenden würde. Auch Asylanträge lässt er nicht gelten, denn alle Staaten der EU müssten ein Maß an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erfüllen, das Asylgründe ausschließe.



Bislang war der 1946 geborene Brok unverdächtig, Obstruktion gegen die Segnungen von „mehr Europa“ zu üben. Der gelernte Journalist sitzt seit 1980 im Europaparlament. Aufgefallen ist er allerdings weniger durch herausragende politische Arbeit als durch eine Kollision seiner parlamentarischen Tätigkeit mit seinen Interessen als leitender Angestellter der Bertelsmann AG. So wurde ihm immer wieder vorgeworfen, sein Mandat mehr zum Wohle seines Arbeitgebers als seiner Wähler auszuüben. Journalisten, die darüber berichteten, setzte er unter Druck.

Brok befürwortet die EU-Erweiterung, allerdings sieht er darin „nicht das einzige Mittel, um Nachbarschaft zu konsolidieren“. Die Aufnahme neuer Mitglieder dürfe daher keinem Automatismus folgen. Vor allem die Neumitglieder Rumänien und Bulgarien sieht er kritisch. *J.H.*



Zeichnung: Mohr

Was heißt hier »Alternative«?

Wie wir mit der neuen Partei fertigwerden, wie die Tagesschau lügt und doch nicht lügt, und was selbst Zehnjährige schon wissen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Schon der Name ist eine einzige Frechheit: „Alternative für Deutschland“, kurz AfD, nennt sich die neue Partei, die auf einen Schlag 1200 Leute ins hessische Oberursel gelockt hat. Alternative? Was soll das heißen? Die Bundeskanzlerin und mit ihr alle weisen Parteiführer von Union bis Grünen haben sich Jahr um Jahr abgemüht, den Deutschen beizubringen, dass es so etwas gar nicht gibt, eine „Alternative“.

Das Wort von der „alternativlosen Euro-Rettung“ nehmen sie zwar schon lange nicht mehr in den Mund, seit die Deutschen anfingen, darüber offen zu kichern. Bis dahin aber hatten Merkel und Co. es derart oft von den Lippen gelassen, dass selbst heute noch die Luft voll davon ist.

Und nun nennen die ihre Partei ausgerechnet so. Aber keine Furcht: Wir haben ein ausgefeiltes Instrumentarium zur Hand, um mit skandalösen Erscheinungen wie der AfD fertig zu werden.

Da wäre zunächst mal das Totschweigen. Aus der CDU-Zentrale verlautete bereits, man wolle die Eindringlinge vorerst ignorieren. Die hätten sowieso keine Chance, assistieren Parteienforscher. Eine „Anti-Euro-Partei“? Das sei ja schon mal schiefgelaufen, wie man am traurigen Schicksal des „Bundes freier Bürger“ (BfB) in den 90er Jahren habe sehen können.

Gut, sicher, die sind damals elend baden gegangen. Aber ob die Wähler den BfB auch dann so hätten absaufen lassen, wenn sie damals schon gewusst hätten, was sie heute jede Woche in der Zeitung lesen? Na, wer weiß.

Also heißt es: Wachsam sein und die Waffen bereitlegen. Die Tagesschau fackelt denn auch nicht lange und setzt gleich einen „Rechtsextremismusforscher“ auf die neue Partei an. Alexander Häusler ist „wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf“. Soll heißen: Er ist Experte darin, Worte und Thesen aus ihrem wahren Zusammenhang herauszulösen, um sie in einen völlig anderen hineinzupressen, wo sie dann irgendwie braun aussehen sollen. Also genau das, was wir jetzt benötigen.

Und Häusler ist, wie es sich für einen dienstbaren „Rechtsextremismusforscher“ gehört, ein Meister im Abspulen von Sprechblasen. So entdeckt er für die Tagesschau bei der AfD „Überschneidungen mit rechtspopulistischer Rhetorik“, die Partei wolle sich „Ängste“ nutzbar machen für „eine Politik des chauvinistischen Wutbürgertums“. Das Ergebnis werde eine „Verrohung der politischen Kultur“ sein, und ganz schlimm wäre es, wenn Union und FDP aus Angst vor Stimmenverlusten „in den Chor rechtspopulistischer Wahlkampfrhetorik“ einstimmten.

Die Tagesschau-Redaktion setzt noch einen drauf und meldet stolz einen gravierenden Fund: In „rechtsradikalen Kreisen“ sei AfD-Gründer Bernd Lucke „gelobt“ worden. Na, da haben wir's doch: Das nennt man „Beifall von der falschen Seite“. Eine wunderbare Sache, denn gegen den kann sich ja niemand wehren. Außerdem kann der politische Scharfrichter völlig frei entscheiden, wann der Beifall strafwürdig ist und wann nicht. Wenn beispielsweise ein NPD-Funktionär die Mindestlohnforderung der SPD lobt, schadet das der SPD nicht im Geringsten. Sollte derselbe NPD-Mann hingegen die Euro-Kritik der AfD loben, reicht das, um der neuen Partei wer weiß was unterzujubeln, bis hin zur „Nähe zum rechten Rand“.

> Euro-Kritik führt zur »Verrohung der politischen Kultur«, weiß der Neonazi-Forscher

Bumm, aus. Nach diesen markerschütternden Enthüllungen der Inquisition brauchen wir über die AfD im Grunde gar nicht mehr zu reden. Moment, was heißt hier „Inquisition“? Im Mittelalter wurden die Träger des Bösen immerhin noch befragt, bevor man sie ins Feuer warf. Das sparen wir uns heute in unserer fortschrittlichen Welt. Wir sagen einfach „Rechtspopulist“ zu dem und schon brennt er.

Aber was geschieht, wenn die Deutschen die Masche durchschauen. Besonders originell oder gar undurchschaubar ist sie ja nun wirklich nicht. Ob die Tagesschau-Konsumenten den faulen Zauber erkennen? Ruhig Blut: Das wäre das erste Mal und damit äußerst unwahrscheinlich.

Und wenn doch? Nun, „wenn es ernst wird, dann müssen wir eben lügen“, lautet der legendäre Rat des langjährigen Chefs der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker. Und was der kann, das kann die Tagesschau schon lange, nein, sogar noch viel besser. Neulich verlas Nachrichtensprecher Thorsten Schröder diese Meldung: „Japan gedenkt heute der Opfer der verheerenden Erdbeben- und Tsunamikatastrophe vor zwei Jahren. Ein Erdbeben der Stärke neun hatte damals den Nordosten des Landes erschüttert und eine bis zu 20 Meter hohe Tsunamiwelle ausgelöst. In der Folge kam es zu einem Reaktorunfall im Kernkraftwerk Fukushima. Dabei kamen ungefähr 16000 Menschen ums Leben.“

Wobei kamen 16000 Menschen ums Leben? Laut der Meldung doch wohl bei der Reaktorkatastrophe, oder? Eben nicht, infolge des Unfalls kam bislang kein einziger Mensch ums Leben. Alle 16000 starben beim Erdbeben und vor allem beim Tsunami.

Der Jurist und Medienkritiker Joachim Steinhöfel hat an Schröder geschrieben und um Stellungnahme zu dieser, wie er meint, dreisten Lüge gebeten. Die Antwort ist noch dreister als die Lüge selbst, fast schon genial. Klein und fein erklärt der Tagesschau-Sprecher, er habe die 16000 zwar „anschließend“ an den Hinweis auf den Reaktorunfall genannt, aber er habe die Opfer nicht ausdrücklich auf den Unfall bezogen. Daher habe er auch nicht gelogen.

So, so. Stellen wir uns mal folgende Meldung vor: „Die Sprecherin des nordkoreanischen Staatsfernsehens sprach über angebliche Kriegsvorbereitungen Südkoreas und der USA. Der Sprecher der Tagesschau sprach von den Opfern in Japan. Dabei kam es zu dreisten Propaganda-Lügen.“

Haben wir dem Tagesschau-Sprecher jetzt einen Lügner genannt? Laut der Logik von Thorsten Schröder höchstselbst haben wir das nicht, weshalb wir wohl auch in Sachen AfD auf ihn bauen können – etwa mit Meldungen dieses Kalibers: „Am Wochenende hielten die rechtsextreme NPD und die populistische Euro-Gegner-Partei AfD ihre Parteitage ab. Dabei sollen verfassungsfeindliche Parolen gefallen sein.“

Sie sehen: Mit Qualitätsjournalismus kann man jede Opposition im Keim ersticken. Dafür haben wir schließlich unsere öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Zumal es bei dem Kampf für den Euro ja auch um die EU geht, die uns diese Woche erneut mit Heiterkeit erfüllte. Der Frauenausschuss des EU-Parlaments hat ein 21-seitiges Papier vorgelegt mit dem Ziel, Pornografie im Internet zu „verbieten“, um „Geschlechterstereotypen“ abzubauen für eine „echte Kultur der Gleichheit“.

Zu ihrem Entsetzen ernteten die Ausschussfrauen nur schallendes Gelächter für ihre Forderung. Es sei völlig unmöglich, so etwas im Internet einfach zu verbieten, das wisse eigentlich jeder zehnjährige Computernutzer, nur diese Parlamentsfrauen offenbar nicht, belustigte sich halb Europa. Die grüne EU-Politikerin Helga Trüpel bekam Mitleid bei so viel Häme und erklärte, die Frauen dort seien wohl nicht so „netzaffin“, sondern handelten „eher im Geiste der Regelsetzung“.

Aha, „im Geiste der Regelsetzung“ – bezaubernd! Das ist weit mehr als eine Floskel, es erklärt einiges: Wieso nur piesacken uns diese Brüsseler Pedanten unentwegt mit neuen Vorschriften, Verordnungen und Belehrungen, haben wir uns immer gefragt. Warum sind die so zwanghaft darauf versessen, jeden noch so kleinen Winkel unseres Alltags mit Gesetzen zu verrammeln?

Jetzt haben wir die Antwort: Wer „im Geiste der Regelsetzung“ lebt, der kann gar nicht anders, der wird richtig krank von dem Gedanken, dass irgendetwas ganz von selbst funktionieren könnte, ohne dass es dafür einheitliche Regeln gibt. Eines Tages wird er auch regeln wollen, von welcher Seite wir das Frühstücks-Ei aufschlagen. Wartens Sie's ab.

MEINUNGEN

In der britischen Zeitung „The Daily Bell“ (3. März) fällt der Chef der Euro-kritischen Partei Ukip, ***Nigel Farage****, ein* ***vernichtendes Urteil*** *über die EU und den Euro:*

„(Das) ist wie Kommunismus, es ist eine gute Idee, die voll nach hinten losging. Der Euro wird einen langsamen, siechenden Tod erleben, der der Euro-Zone ein verlorenes Jahrzehnt bescheren wird.“

Der luxemburgische Ministerpräsident und Ex-Chef der Euro-Gruppe, ***Jean-Claude Juncker****, macht sich im „Spiegel“ (11. März) wegen der Euro-Krise große* ***Sorgen um den Frieden in Europa****:*

„Mich frappiert die Erkenntnis, wie sehr die europäischen Verhältnisse im Jahr 2013 denen vor 100 Jahren ähneln ... Viele haben im Jahr 1913 gedacht, es werde in Europa nie mehr Krieg geben. Die großen Mächte des Kontinents waren wirtschaftlich derart verflochten, dass die Auffassung weit verbreitet war, sie könnten sich militärische Auseinandersetzungen überhaupt nicht mehr leisten.“

Necla Kelek*, deutsche Sozialwissenschaftlerin mit türkischen Wurzeln, warnt im „Focus“ (11. März) vor der* ***doppelten Staatsbürgerschaft*** *und kritisiert das* ***deutsche „Schuldsyndrom“****:*

„Die doppelte Staatsbürgerschaft wäre ein einseitiges Privileg; die Türkei käme nie auf den Gedanken, Ausländern dieselben Rechte zu gewähren, die sie für ihre Landsleute in Deutschland fordert ... Wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die



sich mit Deutschland identifizieren, deren Interessen nicht mal hier, mal dort liegen. Aber dafür müssten die Deutschen auch selbst viel mehr den Wunsch nach eigener Identität verspüren, Interessen formulieren und nicht nur die Pflege ihres Schuld- und Helfersyndroms betreiben.“

Der Euro-kritische CDU-Bundestagsabgeordnete ***Klaus-Peter Willsch*** *sagte der „FAZ“ (4. März) zur Gründung der Partei* ***„Alternative für Deutschland“*** *(AfD):*

„Es ist schlimm, dass die Union mit ihrer falschen Währungspolitik hervorragende Ökonomen wie zum Beispiel die Professoren Lucke und Homburg von sich wegtreibt.“

Werner Weidenfeld*, Politikforscher an der Uni München, malt im „Handelsblatt“ (10. März) ein düsteres Bild vom* ***Vertrauen*** *der Deutschen in die* ***Politik****:*

„Mehr als 70 Prozent der Bürger sehen keinen Unterschied zwischen den Parteien ... Deutlich mehr als 50 Prozent vertrauen keinem einzigen Politiker. Im jährlich ermittelten ‚Trust Barometer‘ nimmt Deutschland international den Spitzenplatz im Misstrauen ein.“